

maggiore, Podrena in Sudrino, Beltrami in Bassano, Rossi in Turin, Merlani in Valenza, Duagino in Biella, Mancini in Pesaro. Unsere Partei ist außerdem an 27 Stichwahlen beteiligt, von denen 8 für uns aussichtsreich sind. Unter den Wiedergewählten befinden sich die Genossen Enrico Ferri in Gonzaga, Turati und Treves in Mailand V und VI, Costa in Imola. Bis jetzt verzeichnet die Partei einen Gewinn von drei Mandaten.

Die Wahlen sind im ganzen Lande ohne bemerkenswerte Zwischenfälle verlaufen. Daß die Regierung wieder eine Majorität erhalten werde, war bei den italienischen Verhältnissen von vornherein gewiß. Immerhin scheint die Mehrheit Giolitti nicht so bedeutend zu sein, als dieser wohl erwartet hatte. Giolitti selbst wurde in Messina aus „Danbarkeit“ zweimal gewählt. Trapani blieb seinem Rastri treu. Wiedergewählt sind auch die republikanischen Führer Dargilati und die ehemaligen Minister Fortis und Luzzatti.

Nam, 8. März. (W. Z. B.) Bis 4 1/2 Uhr nachmittags waren von 505 Wahlen 403 Wahlresultate bekannt. Es wurden 189 Ministerielle wiedergewählt, 48 neugewählt, von der konstitutionellen Opposition 33 wiedergewählt, Radikale 20 wiedergewählt, 7 neugewählt, Republikaner 18 wiedergewählt, 5 neugewählt, Katholiken 8 wiedergewählt, 8 neugewählt. Es finden etwa 50 Stichwahlen statt.

Die Balkankrise.

Die Aufforderung der österreichischen Regierung in Serbien, in direkte Verhandlungen einzutreten, bedeutet gleichzeitig, daß Serbien eine bestimmte Frist für seine Entscheidung gestellt wird. Denn der provisorische Handelsvertrag Österreichs mit Serbien läuft am 1. April ab und ein Zollkrieg wäre für Serbien mit den schwersten wirtschaftlichen Folgen verknüpft. So kann die serbische Regierung ihre schließliche Entscheidung wohl nicht mehr allzu lange hinausschieben. Daß aber diese Entscheidung für den Frieden abgegeben wird, ist noch ziemlich ungewiß. Vielmehr werden die Kriegsvorbereitungen mit aller Energie fortgesetzt. Der Belgrader „Politica“ zufolge soll der Gesamtanschlag der Skapschina einen außerordentlichen Kredit von 35 Millionen für Rüstungen und eine Vermehrung des Kriegsbudgets von 15 Millionen empfehlen, die durch Steuererhöhungen aufgebracht werden sollen. Ebenfalls dauern die Truppenansammlungen an der Grenze fort und alles deutet darauf hin, daß Serbien bis zum 1. April, dem Termin für den Ablauf des Handelsvertrages, seine Kriegsbereitschaft vollenden will. Gegenüber solchen Tatsachen wird man Worten wenig Gewicht beilegen dürfen und es ist nicht allzu hoch zu betonen, wenn der serbische Minister des Aeußeren erklärt, daß seiner Ansicht nach der tote Punkt überwunden und ein kriegerischer Konflikt nicht mehr zu befürchten sei.

Diese Steifheit wird um so angebrachter sein, als Rußland nach immer neuen Versuchen aussieht, der österreichischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. So wenigstens muß ein Telegramm aus Sofia gedeutet werden, das folgendes besagt:

Der Belgrader Korrespondent der hiesigen „Ambassa“ meldet seinem Blatte, er habe aus amtlicher serbischer Quelle erfahren, daß die russische Regierung dem Fürsten von Bulgarien während seines Aufenthalts in Petersburg eine wirtschaftliche Annäherung an Serbien auf der Basis der Zollunion von 1904 vorgeschlagen habe. Durch Vermittlung der Beteiligungen Rußlands in Belgrad und Sofia seien entsprechende Verhandlungen eingeleitet worden. In amtlichen serbischen Kreisen hoffe man auf eine Verständigung.

Man muß wissen, daß diese Zollunion im Jahre 1904 an dem außerordentlich heftigen Widerstand der österreichischen Regierung gescheitert ist, die diesen Plan als gänzlich unannehmbar und mit den Handelsverträgen in Widerspruch stehend bezeichnete. Daß dieser Widerstand gegen die Schaffung größerer Wirtschaftgebiete auf dem Balkan gänzlich ungerechtfertigt ist, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Aber ebenso wenig, daß die Herdrehung dieses längst verlassenen Projektes gerade in dem gegenwärtigen, so kritischen Moment und gerade durch Rußland, nichts anderes ist, als eine neue Intrige, um die Einleitung direkter Verhandlungen zwischen Oesterreich und Serbien hinauszuschieben.

So dürfen die Erwartungen, die auf den neuesten Schritt Oesterreichs in Belgrad gesetzt werden, sicher nicht überspannt werden. Rußland behält seine Sonderstellung und will sich durchaus eine entscheidende Stimme bei der schließlichen Regelung vorbehalten. Deshalb unterstützt es das serbische Verlangen, die Entscheidung einer Konferenz zu überlassen, die Oesterreich nur beschließen will, wenn es vorher weiß, daß deren Beschlüsse mit seinen Interessen übereinstimmen. Die ungeschickte und bräute Art aber, mit der sich die deutsche Regierung ganz auf die Seite Oesterreichs gestellt hat, hat Frankreich und England nur um so mehr an Rußland gekettet, und so besteht auch zwischen den unbeteiligten Mächten in der Konferenzfrage ein Gegensatz, der gefährlich werden muß, wenn es nicht gelingt, ihn beizulegen. Da aber zwischen Serbien und Oesterreich nicht bloß wirtschaftliche Fragen solcher Art, die nur durch direkte Verhandlungen lösbar sind, zu regeln sind, sondern auch solche mehr internationalen Charakters, wie die Frage der Adriabahn und der Verletzung Serbiens in der Donaukommission, so wäre es allerdings möglich, durch Verweisung dieser wenig gefährlichen Probleme an die Konferenz den Serben den Rückzug zu erleichtern. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß es Serbien mit seiner Friedensliebe ernst ist, und daß diese Voraussetzung nichts weniger als gewiß ist, läßt die Krise nach wie vor so gefährlich und erschauern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. März 1909.

Beendigung des Postetats.

Aus dem Reichstag, 8. März. Eigentlich sollte heute mit der zweiten Lesung des Weingesetzes begonnen werden, aber so weit kam es nicht, denn der Etat der Post nahm noch die ganze heutige Sitzung in Anspruch. Ein Fülle von Einzelbeschwerden über mangelhafte postalische Zustände wurde zur Sprache gebracht, so über einen Mangel an Postämtern in Strahburg durch den Genossen Böhle. Eine längere Auseinandersetzung gab es dann beim Titel 62 wegen der Verträge mit fremden Staaten und Dampfschiffahrtsgesellschaften wegen der überseeischen Post. Erzberger (Z.) und Gothein (Fr. Bg.) kritisierten die Verträge mit den Dampfergesellschaften wegen ihrer übermäßigen Ausdehnung, die dem Reich die Hände viel zu sehr bindet. Herr Kraetke konnte diese Kritik nur zum Teil entkräften. Auch die Verträge mit der englischen Marconi-Gesellschaft wegen der Funkentelegraphie kamen zur Sprache. Auf Erzbergers Befürwortung der deutschen Funkenapparate, erwiderte

der Staatssekretär, die Engländer seien früher am Platze gewesen mit ihren Einrichtungen und deshalb seien die deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaften genötigt gewesen, sich Marconiapparate zuzulegen. Da geltend gemacht wurde, daß es wünschenswert sei, in der Budgetkommission die Postverträge mit den Dampfergesellschaften zu prüfen, wurde der Titel 62 an die Kommission zurückverwiesen.

Eine kurze Diskussion entspann sich auch noch über die Postfreiheit der Fürsten, die in der Generaldebatte von Singer zur Sprache gebracht worden war. Herr Kraetke versuchte nochmals eine lahme Verteidigung dieser Privilegien. Schließlich wurde jedoch gegen die Stimmen der Konservativen eine Resolution des Zentrums angenommen, in der Erhebungen über dieses fürstliche Vorrecht verlangt werden.

Schließlich wurde schnell noch abgestimmt über die juristischgestellten Titel 19-21. Nachdem die Anträge des Dröschers auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage abgelehnt waren, blieb es bei der von der Budgetkommission geforderten Herabsetzung der Posten.

Morgen: Weingesetz.

Sozialpolitik im Dreiklassenparlament.

In der sozialpolitischen Debatte, die sich an den Titel „Gehalt des Handelsministers“ angeschlossen, kam am Montag endlich ein Vertreter der Klassenbewußten Arbeiter Genosse Vorkmann zu Wort. In großzügiger Rede gab der Vorsitzende der Sozialdemokratie eine Uebersicht über den mangelhaften Arbeiterschutz im größten deutschen Bundesstaate, scharf geißelte er die sozialpolitische Rückständigkeit derer um Krallwitz und rief dem Minister zu, daß ein Mann, der den Anregungen der Konservativen auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik folge, ein Volksfeind sei, der nichts mehr in der Regierung zu suchen habe, sondern seinen Platz möglichst bald räumen möchte. Einen breiten Raum nahm in seiner Rede die Kritik der Gewerbeaufsicht in Preußen, die Begründung des sozialdemokratischen Antrages auf Hinzuziehung von Ärzten, Frauen und Arbeitern zur Fabrikinspektion und endlich das Verbot des Ministers an die Ortskrankenkasse der Kaufleute zu Berlin auf Veranstaltung weiterer Wohnungsenqueten ein.

Nachdem der konservative Herr Hammer, der von freisinnigen Gnaden wiederholt in das Dreiklassenparlament entsandte Vertreter von Teltow-Beesem, einige seiner belamten Tiraden losgelassen und eine halbe Stunde lang dummes Zeug über die Sozialdemokratie dahingeredet hatte, ergriff der Minister Dr. Delbrück das Wort zu einer Programmrede, die im Grunde genommen auf die Verleugnung der Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues der Sozialpolitik hinauslief. Der Minister will nichts wissen von Ärzten in der Gewerbeinspektion, ganz zu schweigen von Arbeitern, vor denen er einen direkten Abscheu empfindet. Auch Kassenärztinnen sind seiner Ansicht nach nicht so bringend nötig, er hält die fünf Frauen, die wir heute in der Gewerbeinspektion haben, für ausreichend und sucht durch Anführung einiger Zahlen aus dem Auslande zu beweisen, daß Preußen in der Welt voran ist. Sein Verbot der Veranstaltung von Wohnungsenqueten rechtfertigt er damit, daß die Arbeiten des Akontanten der Ortskrankenkasse für Kaufleute nicht wert und tendenziös seien. Und das, obwohl selbst politische Gegner die Bedeutung dieser Statistik anerkennen haben. Der Minister wäre der Wahrheit näher gekommen, wenn er rund heraus erklärt hätte, daß die Ergebnisse der Statistik der preussischen Regierung unangenehm sind, weil sie die Notwendigkeit einer Wohnungsgesetzgebung aller Welt vor Augen führen. Von ähnlichem Geiste waren die übrigen Ausführungen Delbrücks diktiert, die konservativen Scharfmacher werden ihm ein glänzendes Zeugnis ausstellen.

Den Schluß der Sitzung, die gegen 4 1/2 Uhr abgebrochen und auf den Abend verlegt wurde, bildete die Befürwortung des Ausbaues der Gewerbeinspektion durch den Abg. Dr. Pieper (Z.) und eine echte Scharfmacherrede des nationalliberalen Sachwalters großkapitalistischer Interessen, des Abg. Hirsch-Offen, der der Regierung klar zu machen suchte, daß sie sich heute schon auf einer schiefen Ebene befinde, weil das sozialpolitische Tempo ein zu schnelles sei.

In der Abend Sitzung versicherte der konservative Nahardt die Regierung für ihre reaktionäre Haltung auf dem Gebiete der Sozialpolitik seiner vollen Zustimmung; er hält die Verbindung von Pflichtfortbildungsschulen und Lehrwerkstätten für wahnwitzig. Selbst dem Handelsminister Delbrück schien diese Auffassung ein wenig zu rückständig. Er betonte, daß die Errichtung von Lehrwerkstätten im Anschluß an die Pflichtfortbildungsschulen nicht ganz von der Hand zu weisen sei. Jedoch werde in Preußen die Errichtung solcher Werkstätten nur erfolgen, wenn die Interessenten es wünschen. Unter „Interessenten“ versteht der Minister offenbar die mittelständischen Handwerksmeister, die sich gegen die Einführung mit allen Mitteln sträuben. Genosse Hirsch begründete einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Hinzuziehung von Arbeitern und Ärzten zur Gewerbeinspektion und Anstellung von mindestens einer Gewerbeinspektorin für jeden Inspektionsbezirk fordert.

Hausagrariarideale.

Der Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Circus Busch folgte gestern in Wägersaale des Berliner Rathauses die Parade der preussischen Hausagrariar oder wie sie sich selbst nennen: des preussischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzer. An Selbstbewußtsein, Profitsucht und Ungelehrtheit stehen die Hausagrariar um nichts hinter ihren Geistesverwandten aus den ländlichen Fluren Osteldens zurück. So wurde denn auch die Nützlichkeit des Hausagrariarismus für das Wohl der Menschheit in den höchsten Tönen gepriesen und mit Emphase gegen die staatlichen Maßnahmen gedonnert, die die selbstlosen, idealen Bestrebungen der Hausbesitzer ein wenig einschränken sollen. Besonders fand es bei den Anwesenden wenig Verständnis, daß der Staat den Baugenossenschaften, die sich das Ziel gesetzt haben, billige und gesunde Wohnungen herzustellen, Darlehen zu niedrigen Zinsen aus den Mitteln der Landesversicherungsanstalten gewährt. Solches unsoziale, die heiligsten Güter des deutschen Volkes aufs schwerste verlegendes Verhalten erscheint den Herren Hausagrariar als die schwerste Schädigung der Nationalinteressen; denn erste Bedingung der nationalen Wohlfahrt ist natürlich das fortgesetzte rasche Steigen der Wohnungsmieten. Die Versammlung gab denn auch ihrer eithischen Empörung in folgender Resolution Ausdruck:

„Die Bevorzugung der Baugenossenschaften dadurch, daß ihnen ein billigerer Kredit gewährt wird, als ihnen der private Grundbesitzer erhält, ist an sich schon verwerflich. Geradezu unverständlich aber erscheint es, wenn in einer Zeit der größten Finanznot die billigen Darlehen aus Staatsmitteln und aus den Mitteln der Landesversicherungsanstalten auch solchen Mitgliedern von Baugenossenschaften zugute kommen, die in der Lage sind, Wohnungen von mehr als zwei Stuben, Kammer und Küche zu vermieten, insbesondere, wenn die Mieter

für solche große Wohnungen mehr als 500 M. oder gar 1000 M. Miete zahlen. Solche Personen haben auf eine derartige Bevorzugung, die den Charakter des Geschenkens an sich trägt und durch die den Rentenempfängern im Reich etwa 2 Millionen Mark entzogen werden, keinen Anspruch. Der preussische Landesverband hält es für angebracht, die Aufmerksamkeit der Allgemeinheit auf diese Verschwendung von öffentlichen Mitteln zugunsten von Personen zu lenken, die nicht zu den Kinderbedürftigen gehören.“

Nicht minder erbost zeigten sich die Hausagrariar, daß selbst einige der bürgerlichen Parteien sich in ihrer Rücksichtslosigkeit nicht scheuen, die Forderung aufzustellen, wenigstens ein Teil der zur Sanierung der Reichsfinanzen nötigen Einnahmen müsse durch Steuern auf die großen Vermögen aufgebracht werden. Solche theoretische Verantwörtlichkeit leuchtet den durch ihre große geistige Leistungen abgearbeiteten Hirnen der verhabigen Hausagrariar nicht ein. Nach ihrer Ansicht muß vielmehr, soll das teure Vaterland seine Stellung als Stütze des Idealismus und der reinen Humanität behaupten, der Besitz von Steuern entlastet und der Mittellose durch weitere Vermehrung der Verbrauchssteuern belastet werden. Deshalb faßten sie in ihrer Fürsorge für das Wohl ihrer Mitmenschen eine zweite Resolution, in der es heißt:

„Die neuen Reichssteuern müssen dem Grundgedanken der Reichsverfassung entsprechend durch indirekte Steuern aufgebracht werden. Der Besitz wird schon in genügender Weise durch die in den Bundesstaaten und den Kommunen erhobenen Steuern getroffen. Der preussische Landesverband wird jedoch gleichwohl einer Besteuerung des Besitzes nicht widerstreben. Er verlangt jedoch, daß bezüglich der Veranlagung und Erhebung der Steuer eine angemessene Rücksicht auf den in schwieriger wirtschaftlicher Lage befindlichen städtischen Hausbesitzer genommen wird. Falls die von der Regierung vorgeschlagene Nachlaststeuer angenommen werden sollte, so wird gebeten, dem städtischen Hausbesitzer dieselben Vergünstigungen zuteil werden zu lassen, die für den ländlichen Grundbesitzer vorgesehen sind.“

Der Besteuerung von Gas und Elektrizität muß widersprochen werden, und zwar nicht allein deswegen, weil hierdurch der städtische Hausbesitzer belastet wird, sondern auch, weil die Einnahmen aus den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken in einer für die Kommunen nachteiligen Weise dadurch beeinflusst werden.“

Auch gegen die Warenhäuser und die Bäckerei-Verordnung wurde protestiert, da erstens die Warenhäuser die Ausdehnung der Detailgeschäfte und damit die profitable Vermietung der Läden hindern, und zweitens die Bäckereiverordnung verbietet, in kumpfigen, niedrigen Kellerkuchentuben einzurichten, eine Beschränkung, die ganz entschieden gegen das Recht auf den höchsten Profit verstößt.

Nachdem die Hausagrariar auf diese Weise im Schweiße ihres Angesichts für den kulturellen Fortschritt gekämpft hatten, zogen sie zur Stärkung ihres eithischen Körperlebens nach den feineren Weinrestaurants von Berlin.

Auswechselbarer Patriotismus

Ist in unserer modernen Zeit jedenfalls ein längst gefühltes Bedürfnis, dem Rechnung getragen zu haben ein Verdienst eines patriotischen Verlages (E. Wartels) in Weihenstephan. In einer Antikündigung seiner Verlagsartikeln heißt es wörtlich unter

28. Des Kaisers Bild. „Völker Europas wahret Eure heiligsten Güter! Patriotisches Festspiel von Amada Sonnenfels. Dagegen das Festspiel zu Kaisers Geburts-tag gedacht ist, kann es ebenso zur Silberhochzeit verwandt werden. Die bezüglichen Stellen sind sehr leicht mit wenigen Worten zu ändern.“

Die Idee ist einfach großartig. Bei dieser auswechselbaren patriotischen Festspiel-Fabrik sollten die Regisseure des Bundes der Landwirte zu ihrer jährlichen Festvorstellung im Circus Busch ihre Komödie beziehen mit auswechselbaren Stellen, je nachdem, ob der jeweilige Stanzler einen agrarischen Grabstein verdient hat oder ein Mann ohne Kr und Dalm ist.

Auch Denkmäler ließen sich vielleicht mit auswechselbaren Köpfen anfertigen, da ja die „Sparbarkeit“ zum Staatsprinzip erhoben werden soll. Ungeahnte Gebiete eröffnen sich dem auswechselbaren Patriotismus! —

Die tapferen Zentrumschriften.

Aus Essen wird uns geschrieben:

Der „Vorwärts“ berichtete schon, daß am Sonntag, den 28. Februar d. J. eine Kolonne von Zentrumsgewerksvereiner den Versuch gemacht hat, die Protestversammlung der nichtultramontanen Bergarbeiter gegen die „Sicherheitsmänner“ und gegen die Kohlensteuer zu sprengen. Unter Führung des Herrn Imbusch, Bruder des Landtagsabgeordneten, rückten eine Anzahl ultramontane Bergleute, aber eine noch größere Anzahl „Christlicher“ Holzarbeiter, Metallarbeiter, Schuster und Schneider zum Lärmmachen in die ausdrücklich als öffentliche Bergarbeiterversammlung bezeichnete Versammlung. Da hinterher in echt kirchlicher Weise die Kadaverbräder die Sache so hinstellen möchten, als seien sie die Aufständigen, die „unschuldig Vergewaltigten“, sei nachstehend mitgeteilt, was die den freien Gewerkschaften sicher nicht holde „Kölnische Btg.“ schreibt. Sie berichtet über die Versammlung:

„Die interessanteste Versammlung war wohl die in Essen. Hier versuchten die Führer des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter mit einer Truppe kirchlich organisierter Arbeiter, darunter Metallarbeiter und Holzarbeiter, die Versammlung des alten Bergarbeiterverbandes zu sprengen. Dabei traten scharf hervor sowohl die Uneinigkeit unter den Bergarbeiterverbänden, als auch die auffallende Festigkeit, mit der der christliche Verband den alten Verband bekämpfte, während doch bisher jahrelang die christliche Organisation Arm in Arm mit dem alten Verband schwere Kämpfe durchgeschlagen und immer die gleichen Forderungen erhoben hatte. Schon bei dem Beginn der Versammlung hatten die Christlichen unter Führung des Redakteurs des „Vergnappens“, Imbusch, eines Bruders des Zentrumsabgeordneten, unter großem Lärm die Bureauwahl zu beanstanden versucht, und während der Rede Sachse löste ein von den Christlichen hervorgerufenen lärmender Zwischenfall den anderen ab. Nach Sachse erhielt der christliche Führer Imbusch das Wort: offensichtlich suchte er die Versammlung zu reizen durch die Anekdote der Versammlung mit „Genossen“, durch die wiederholte Betonung des „sozialdemokratischen“ Vorstandes des alten Verbandes. Wüstenlange Ausbrüche des Widerpruchs ununterbrochen die Sache Imbuschs. Die Führer des alten Verbandes beschwichtigten aber immer wieder ihre Leute, und als keine Aussicht mehr bestand, die Versammlung zu sprengen, brach Herr Imbusch ab, und die Christlichen verließen den Saal.“

Diese Kennzeichnung der zentrumschriftlichen Unschuldskammer durch ein bürgerliches Blatt ist des Aufhebens wert für alle Fälle, wenn die Zentrumsgewerksvereiner sich über sozialdemokratischen Terrorismus künstlich enträften.

Gleich nach der Versammlung wurde von den Zentrumskristen angekündigt, sie würden auch eine öffentliche Bergarbeiterversammlung abhalten, dort würde Imbusch seine Rede „ganz halten“ und Sachse erhielt „freie Redezeit“. Selbstredend freuten wir uns auf die Rechtfertigung des Zentrums. Doch wir freuten uns vergebens. Vornehmern liegen die Zentrumsgewerksvereiner ein Klau-

Blatt zur Einladung für eine „Große öffentliche Vergarbeiterversammlung“ verteilten. Angekündigt wurde, der Verbandsvorsitzende Sachse sei eingeladen. Wer aber geglaubt hatte, Herr Juchacz würde den totalen Umfall des Gewerkschaftsvorstandes in Sachen der Gewerkschaften vor einem öffentlichen Forum zu rechtfertigen versuchen, sah sich getäuscht. Auf dem Flugblatt heißt es nämlich, es hätten „nur christliche Arbeiter“ Zutritt! Die anderen werden nicht in den Saal gelassen. Also soll nur vor Zentrumsanhängern die Vorstellung aufgeführt werden! Es geht doch nichts über die Tapferkeit der Zentrumschristen, die wohl randolierend in die Versammlung anderer Organisationen kommen, in die eigenen Versammlungen aber „nur christliche Arbeiter“ einlassen.

Der Genosse Sachse hatte die Absicht, in die vom Zentrumsgewerksverein arrangierte Versammlung zu gehen, wenn es eine öffentliche Vergarbeiterversammlung gewesen wäre. In eine Mitgliederversammlung des Zentrumsgewerksvereins zu gehen, um dort von den fanatisierten Minimalen den gemeinsamen Zusätzen ausgesetzt zu sein, darauf hat Sachse selbstverständlich verzichtet. Was einem Minimalisten in einer nur von Ultramontanen besuchten Versammlung passieren kann, davon können manche Offener Genossen ein Liedchen singen. Was für eine „Vergarbeiterversammlung“ zustande kommen soll, geht auch daraus hervor, daß auf der Krupp'schen Fabrik unter den „christlichen Metallarbeitern“ für den starken Besuch der „Vergarbeiterversammlung“ agitiert wird! Das läßt „tief blicken“.

Zentrumsarbeiter gegen Zentrumsfürsten.

In Düren fand gestern eine von circa tausend katholischen Arbeitern besuchte Versammlung statt, die gegen die von der Zentrumsparteileitung proklamierte Kandidatur des Fürsten Salin-Dud-Reifferscheid im Wahlkreise des verstorbenen Abg. Pompej protestierte.

Zentrum und Landarbeiterorganisation.

In ihrer jüngsten Nummer gibt die zentrums-agrarische „Rheinische Volkstimme“ eine Auslassung der „Neu-Grevenbroicher Zeitung“ vom 4. wieder, worin das letztgenannte Zentrumblatt, ausgeführt, „alle einsichtigen Führer der christlichen Bauernschaft“ hätten schon lange auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Landarbeiter christlich zu organisieren, um so der sozialdemokratischen Agitation am wirksamsten entgegenzutreten.

Das Neuher Zentrumblatt gesteht also offen zu, daß man in seiner Partei die Landarbeiter nicht organisiert, um ihre jammervolle Lage zu verbessern und für sie andere als die heutigen slavenhaften Verhältnisse zu schaffen, sondern lediglich aus parteipolitischen Gründen. Und es fügt hinzu: „Angeichts der neu einsetzenden sozialdemokratischen Propaganda heißt es Achtung geben und unsererseits organisieren, ehe es zu spät ist.“ Dazu schreibt die „Rheinische Volkstimme“, das Organ des Rheinischen Bauernvereins, es sei ihm völlig unbekannt, daß ein Führer des Rheinischen Bauernvereins für Landarbeiterorganisationen auf christlicher Grundlage (was wohl heißen sollte: christliche Landarbeitergewerkschaften nach dem Muster der übrigen Gewerkschaften) eingetreten sei.

Die „Rheinische Volkstimme“ ist „auf den Beweis der Neu-Grevenbr. Zeitung“ gespannt und sie fragt, ob etwa „in Neu der Karneval noch nicht zu Ende“ sei. Ein Zentrumblatt, wenn auch ein agrarisches, erachtet es demnach für eine Verächtlichkeit, anzunehmen, daß einer dieser Führer für Landarbeiterorganisationen eingetreten sei.

Die deutschen Fremdenlegionäre.

Dran, 8. März. Vor dem Kriegsgericht erschienen heute die deutschen Soldaten der Fremdenlegion, welche wegen Fahnenflucht sich zu verantworten hatten. Der Hauptangeklagte und Räubersführer Pal, ein früherer deutscher Offizier, gestand die ihm zur Last gelegten Taten ein und bestritt, daß er es gewesen, welcher seine Kameraden zur Fahnenflucht verleitet habe. Pal bestritt aber, auf Aufforderung einer deutschen Desertierungsbureau gehandelt zu haben, gesteht jedoch ein, im schriftlichen Verkehr mit dem Berliner Professor Samosa gehandelt zu haben. Die übrigen Angeklagten erklärten, daß sie von Pal zur Fahnenflucht aufgefordert wurden.

Ein Soldatenhändler ärgster Sorte.

Der Unteroffizier der Reserve vom 19. Infanterieregiment Jelig Friedrich aus Götlich hatte sich wegen schwerer Mißhandlung von Untergebenen vor dem Kriegsgericht zu Slogau zu verantworten. Am 31. Oktober kam Friedrich von Wode und erfuhr von der abfälligen Kritik des Hauptmannes über seine Abteilung. Dafür ließ er an einem Sonnabendabend seine Leute auf der Stube eine Stunde vor dem Baden kniebeugen machen, ebenso Hinlegen und Aufstehen üben, wodurch sie sehr erkrankt wurden. Als sie vor dem Baden immer noch warten mußten, ließ der Mannsch die Soldaten weiter kniebeugen machen, was nach dem Baden fortgesetzt wurde. Er verbot ihnen ferner, sich aus der Küche des Abendbrot zu holen, so daß sie auch hungern mußten. Als der Sekretär Gevorgjan bei den Übungen bewußtlos zu Boden stürzte, goß ihm der Unteroffizier einen Krug kaltes Wasser über den Kopf. Auch im Bett, wohin er von seinen Kameraden gebracht wurde, hatte der Schwertknecht keine Ruhe, er sollte, wie die anderen, weiter die Übungen fortsetzen. Er fiel aus dem Bett und abermals wurde er mit Wasser begossen. Am Montag darauf wurde er ins Lazarett gebracht, wo er sich noch heute befindet. Der Bedauernswerte wird wohl an den Folgen dieser Mißhandlung zeitlich zu kranken haben, denn die Ärzte stellen bei ihm Bronchialkatarrh und starken Herzenschlag fest und erklären ihn vorläufig auf ein Jahr gänzlich arbeitsunfähig. Die Verhandlung wurde vertagt, da noch weitere medizinische Gutachten eingeholt werden sollen. Auf das Urteil gegen diesen Soldatenpeiniger sind wir wirklich gespannt.

„Minderwertige“ Soldatenmißhandlungen.

Vor dem Kriegsgericht der 8. Division in Halle stand der Sergeant Kuhn vom Kürassier-Regiment in Halberstadt. Er hatte nach durchwärmter Nacht eines Morgens im Stall einem Reuten ohne Anlaß mit dem Reitstiefel einen Tritt gegen den Unterleib verlegt, der als schmerzlos empfunden wurde. Dann trat er noch einem zweiten Reuten und verlegte diesem — ebenfalls unbegründet — mit dem Reitstiefel einen Schlag über den Kopf, so daß eine blutende Wunde entstand. Der Mann wurde zu 18 Tagen Mittelarrest verurteilt, da das Gericht die Fälle als „minder schwer“ ansah.

Das Kriegsgericht zu Danzig verurteilte den Unteroffizier Schamm vom 129. Infanterieregiment, der einen Wundstich wegen eines geringfügigen Vergessens mit Faustschlägen ins Gesicht und Genick und Fußtritt in den Rücken traktiert hatte, so daß der Verurteilte ohnmächtig wurde und einige Tage krank lag, zu drei Monaten Gefängnis. Von Degradation wurde Abstand genommen, da in der Handlungsweise des Unteroffiziers eine ehrlose Gefinnung nicht zu erblicken sei.

Frankreich.

Ein Sieg der Sozialdemokratie.

Paris, 8. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Gestern fanden 15 Ersatzwahlen für die Kammer an Stelle der in den Senat gewählten Deputierten statt. Die Wahlen gestalteten sich zu einem bemerkenswerten Erfolg

unserer Partei. In Lyon entziff Genosse Rognon den Radikalen den vierten Wahlkreis. In Amiens fehlen unserem Genossen Demante nur 400 Stimmen zur absoluten Majorität. Die Radikalen, die bisher das Mandat besaßen, verloren 5000 Stimmen und rangieren hinter den Progressisten. Der Sieg in der Stichwahl ist uns fast gewiß. In Lorient unterlag leider Genosse Renaud dem Regierungskandidaten, dem Ernationslisten Petin, doch nur, weil sich gegen ihn die ganze soziale Reaktion zu einem antisozialistischen Block vereinigt hatte. Im Pas de Calais, dem Wahlkreis Ribots, erlitten die Radikalen gleichfalls eine schwere Niederlage. Der Kreis wurde von den Konservativen erobert, weil die gemäßigten Demokraten gegen den Radikalsozialisten stimmten. So hat die Mehrheit Clemenceaus zwei Mandate verloren. Die radikale Wählerschaft ist gespalten und bröckelt ab. Der Vormarsch des Sozialismus, der Rückgang der kleinbürgerlichen Demokratie, das ist das Charakteristische an den geistigen Wahlen. Es sind noch sechs Stichwahlen erforderlich.

Eine Demonstration gegen Clemenceau.

Paris, 7. März. (Fig. Ber.)

Während im ganzen Lande in den Volksmassen die Opposition gegen das System Clemenceau anwächst, hat der Ministerpräsident den Einsall gehabt, just an dem Tage, wo die nicht zur Sozialreaktion abgewandten Radikalen an der Seite der Sozialisten mit dem Block des neuen Opportunismus die Entscheidungsschlacht auskämpften, in Paris gegen diese Opposition zu demonstrieren. Die Gelegenheit dazu bot die Enthüllung eines Denkmals für den Sozialdemokraten Floquet, die mit einem ganz unerschwinglichen Pomp in Szene gesetzt werden sollte. Die sozialistische Partei aber hat den Plan Clemenceaus, der hauptsächlich die Bevölkerung der demokratischen Popularität zu manifestieren, gründlich vereitelt. Die Seine-Föderation berief die Pariser Sektionen zu einer öffentlichen Gegendemonstration ein — ein bisher in der Geschichte der geeinigten Partei noch nicht vorgekommener Fall — und der Aufruf fand eine lausfertige Stimmung in dem über die zahllosen arbeiterfeindlichen Akte des letzten Jahres namenlos erbitterten Proletariats. Clemenceau hatte gegenüber dieser drohenden Kundgebung an seine Sympathien bei den Pariser zu appellieren und so suchte er Schutz bei den Polizisten, als deren Obersten er sich einmal mit mehr tatsächlichen Ernst, als es den Anschein haben wollte, bezeichnet hat. Die Denkmalsenthüllung hat vor spärlichen, geladenen und gestielten Zuschauern stattgefunden und zwischen ihr und dem weit weggedrängten Volk stand eine dichte Polizeikette. Gleichwohl hat auch das Angebot der berufsmäßigen Regierungsstellen nicht verhindern können, daß die Entrüstung der Massen in die Ohren des Ministers und des Präsidenten der Republik brausete und gellte. Auf der Place de la Republique, die den Zugang zum Denkmalsplatz bietet, wogte stundenlang eine riesige Menge, die bald pfeifend und schreiend, bald mit dem Gesang der „Internationale“ den offiziellen Republikanern die Meinung der wirklichen Ausdrückte. Die Manifestation war von einem ganz anderen Umfang und von einem ganz anderen Ernst als die royalistischen Hanswurtereien, die jetzt das tägliche Vergnügen im Quartier Latin sind. Die Polizei aber zeigte heute eine gegenüber ihren wochentäglichen Staatsstreitungen noch gesteigerte Schneidigkeit. Die Zahl der Verhafteten ist bis zur Stunde noch nicht bekannt, sie geht jedenfalls in die Hunderte. In jedem Fall aber ist durch die heutigen Vorgänge bewiesen, daß die Regierung Clemenceau gegen sich den Haß der Arbeiterschaft und für sich nichts als den Verweis der Polizisten hat. Dieser Beweis ist der sozialistischen Seine-Föderation gelungen, die heute eine Kraft der Initiative an den Tag gelegt hat, auf die sie in den letzten Jahren oft freiwillig zu verzichten hat. — Bemerkenswert ist, daß der sonst so kampflustige Clemenceau selbst vor seinem ausgewählten Publikum aktuelle Anspielungen vermied und sich auf eine wohlgeleitete Lobrede beschränkt hat.

Rußland.

Der Ausnahmezustand als Regel.

Petersburg, 8. März. Die Duma verhandelte heute den Etat des Ministeriums des Innern. Die Sozialdemokraten und die Mitglieder der Arbeiterpartei beantragten, das Budget des Ministeriums des Innern abzulehnen unter der Begründung, das Ministerium verwende die angewiesenen Mittel ausschließlich zum Gefängnisbau, zum Unterhalt der Polizei und zur Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes. Die Radikalen betonten, daß die Politik des Ministeriums des Innern auf einem unhaltbaren Standpunkte basiere, da das Ministerium nur durch Anwendung roher Gewalt, nicht aber durch Anwendung strenggesetzlicher Ordnung die Ruhe aufrecht erhalte. Das Zentrum vertrat die Ansicht, daß Ausnahmezustände nur in Ausnahmefällen eingeführt werden sollten. Wenn eine Ausnahmezustand solange fortbestehe, daß er zur Norm werde, so sei der Zweck der Einführung des Ausnahmezustandes verfehlt. Der Ausnahmezustand demoralisiere die Bevölkerung und die Administration. Es sollten freie öffentliche Prinzipien durchgeführt werden, damit die verabschiedungswürdigen Erscheinungen der letzten Jahre nicht wiederkehren. In Rußland traten Erscheinungen auf, mit denen die Duma sich nicht versehen könne und gegen die sie protestieren müsse, indem sie von ihrem Recht Gebrauch mache, von der Dumatriebüne herab die Wahrheit zu sagen. Die Gewohnheit, einige Jahre auf Grund eines Ausnahmezustandes zu regieren, mache für die Handhabung des Gesetzes unfähig.

Nach der Meinung der Fraktionen der Dittobristen ist der Waden für ein Fortbestehen des Ausnahmezustandes im bisherigen Umfang nicht vorhanden. Die gemäßigten Rechte erkennen die Notwendigkeit der Einführung des Ausnahmezustandes in einer Periode der Wirren an, hält ihn aber für ein unzulässiges Mittel, in ruhiger Zeit zu regieren und brüdt die Hoffnung aus, die Ausnahmemahregein würden allmählich abgeschwächt werden.

Aus der russischen floake.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Pokrowski wies während der Agew-Debatte in der Duma auf eine ganze Reihe von Regierungsbeamten hin, die nachgewiesenermaßen provokatorische Handlungen begangen haben und doch — entgegen den Versicherungen Stolypins — hohe Stellen im Polizeiparlement und in der Petersburger Sicherheitspolizei einnehmen. Er nannte auch den Beamten Dobrosolof, der in den Revolutionsjahren Geheimdruckerien errichtete, illegale Literatur im ganzen Reich verbreitete und nach Südrussland eine große Anzahl von Bomben transportierte. Nun veröffentlicht dieser Polizeispion in der „Russkoje Snamja“, dem Ablagerungsort aller ecktrussischen Gemeinheiten, folgenden Brief an die Redaktion:

„Nachdem ich die Rede des Mitgliedes der Reichsduma Pokrowski, des Führers der sozialdemokratischen Dumafraktion, der mich als Provokateur bezeichnete, in den Zeitungen gelesen habe, sehe ich unsere berüchtigten Sozialdemokraten in Kenntnis, daß ich seit meiner Kindheit in den Lehren der rechtgläubigen Kirche, in der Liebe und grenzenlosen Jungung zu Thron und Vaterland erzogen wurde, und inselgedessen kein Sozialdemokrat sein konnte.“

Wenn ich mich aber doch als Sozialdemokrat ausgeben habe, so nur zu dem Zweck, um in die

Reihen dieser verbrecherischen Bande einzu- bringen und die Regierung von ihrer verbrecherischen Tätigkeit in Kenntnis zu setzen. Den Namen eines Sozialdemokraten betrachte ich als eine Schmach und ein Verbrechen, und niemals bin ich ein Sozialdemokrat gewesen.“

J. W. Dobrosolof.

Selbst in den finsternen Reaktionsjahren unter Alexander III. wäre ein solches öffentliches Hervortreten eines agent provocateurs unmöglich gewesen. Nur die mordpatriotischen Organe in der dritten Duma, nur die öffentliche Verbrüderung der Männer des 16. Juni mit dem Abschaum der Gesellschaft und die Anerkennung der „staatsverhaltenden“ Tätigkeit der großen und kleinen Agens von seiten der „konstitutionellen“ Regierung konnte einen Zustand schaffen, da sich ein Lockspiegel öffentlich seiner Verworfenheit rühmt.

Wenn übrigens der deutsche Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erst noch einige Jahre seiner segensreichen Wirksamkeit hinter sich haben wird, werden wir in Deutschland auch zu dieser Stufe politischer Verkommenheit gelangen.

Amerika.

Der neue Zolltarif.

New York, 8. März. Nach einer Blättermeldung aus Washington wird die neue Tarifvorlage größere Einfuhr für Häute, sowie eine Verringerung des Zolles auf Druckpapier, Schuh- und Lederwaren, Bauholz, Stahl und Bekleidungsstoffe vorsehen.

Aus der Partei.

Der neue badische Landesvorstand. Bei der im sozialdemokratischen Verein Mannheim vorgenommenen Wahl des Landesvorstandes wurden die Genossen Geiß, Gahn, Ling, Pfeiffle und Schäfer wiedergewählt.

Gemeindevorstand.

Bei der Gemeindevahl der dritten Klasse in Stellingen (Schleswig-Holstein) wurde ein Genosse mit 77 gegen 62 bürgerliche Stimmen wiedergewählt.

Soziales.

Die Chemnitzer Gießereifabrik vor dem Oberlandesgericht.

Der bekannte Chemnitzer Schubert-Prozess, in den auch ein Chemnitzer Arzt Dr. med. Drosser, jetzt in Leipzig, hineinverwickelt wurde, fand jetzt vor dem Dresdener Oberlandesgericht seinen endgültigen Abschluß. Wie noch bekannt sein dürfte, veröffentlichte im Frühjahr 1907 der bei der Chemnitzer Ortskrankenkasse angestellte, inzwischen zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilte Expedient Amandus Schubert eine Broschüre, in der dem Krankenkassenvorstande nach verschiedenen Richtungen hin schwere Vorwürfe gemacht und zahlreiche vermeintliche Mißstände aufgedeckt wurden. Der Bevollmächtigte der Krankenkasse Möbius erhob daraufhin gegen Schubert die Privatbeleidigungsklage. Sch. hatte aber alle Ursache zu wünschen, daß diese nicht zur Verhandlung kam. Er wandte sich an den derzeit noch in Chemnitz praktizierenden Arz Dr. Drosser und bat diesen um seinen Beistand. Dr. Drosser entsand nun einen Brief an den Vertrauensarzt der Chemnitzer Ortskrankenkasse Dr. Groeber, der mit dem Privatkläger Möbius auf freundschaftlichem Fuße stand, in dem dem Arzte angesonnen wurde, dafür zu sorgen, daß jene Beleidigungsklage zurückgenommen werde, da man bestimmt wisse, daß er, Dr. Groeber, hinter Möbius stehe. Andernfalls würden in der zweiten Auflage der Broschüre noch andere Mißstände aufgedeckt und Dr. Groeber rücksichtslos an den Pranger gestellt werden. Dr. Groeber ließ sich indessen nicht einschüchtern, sondern unterbreitete die ganze Sache der Staatsanwaltschaft, die dann feststellte, daß Dr. Drosser jenen Brief entworfen und ein gewisser Schloffer Rath ihn abgeschrieben hatte. Gegen Dr. med. Drosser wurde Anklage wegen Weishe zu verlustigen Mißgunst erhoben und Dr. Drosser verurteilt. Das Landesgericht Chemnitz stellte die Wiederrechtlichkeit des Vorgehens des genannten Arztes in objektiver und subjektiver Hinsicht fest, sprach jedoch aus, daß Dr. Drosser nicht aus Haß gegen Dr. Groeber gehandelt habe. Der erstere legte Revision ein und machte geltend, daß, da er nach dem landgerichtlichen Urteil nicht aus Haß gehandelt hätte, das Landesgericht die von der ersten Instanz festgesetzte Strafe hätte herabsetzen müssen. Eine Revision liege nicht vor, es hätten tatsächlich Mißstände aufgedeckt werden sollen. Das Oberlandesgericht verworft die Revision und führte aus, daß das Landesgericht Chemnitz das Urteil in erster Instanz nur aufrecht erhalten, aber nicht verschlimmert habe. Es genüge zur Verurteilung, wenn eine Drohung ausgesprochen werde mit einem Angriff auf die Ehre der betreffenden Person. Das sei in diesem Falle durch jenen Brief, den Dr. Drosser entworfen habe, geschehen, in welchem Dr. Groeber angedroht wurde, daß er an den Pranger gestellt werde, wenn er nicht einen Druck auf den Privatkläger Möbius ausübe, um diesen geneigt zu machen, die Privatklage gegen Schubert zurückzunehmen.

Gewerkschaftliches.

Sparen — aber woran?

Seit Jahren haben die Arbeiter der Reichswerke in Kiel eine vernünftige Lohnregulierung und vor allem eine Einschränkung des ungeheuerlichen Lohnlössensystems gefordert, bisher ohne wesentlichen Erfolg. Ja augenblicklich werden sogar auf der Reichswerke nach allen Regeln der Kunst die Arbeitspreise gedrückt. Doch nun soll anscheinend der Not der Arbeiter mit einem Unterfallmittel abgeholfen werden. An den Anschlagtafel der Werkst prangt folgende Bekanntmachung:

Hausparzellen.

Um den Angehörigen der Werkst das Sparen zu erleichtern und ihnen das Zurücklegen selbst kleinster Beträge zu ermöglichen, hat der Wohlfahrtsverein mit der Waardener Bank ein Abkommen getroffen, wonach den Werkstangehörigen lediglich gegen die Verpflichtung, die Wätschen bei Nichtgebrauch wieder abzuliefern,

Hausparzellen unentgeltlich.

durch den Wohlfahrtsverein zur Verfügung gestellt werden. Die Wätschen dienen zugleich als Schmutztück für die Wohnungen. Die Sparbeiträge werden mit 4 Prozent verzinst. Näheres im Zimmer 8 des Hauptverwaltungsgebäudes, woselbst auch Heimparzellen zur Ansicht ausstehen.

Wohlfahrtsverein Kiel.

Der Wohlfahrtsverein ist eine aus Offizieren und hohen Beamten der Werkst bestehende Körperschaft, der die Wohlfahrts-einrichtungen der Werkst unterstehen. Zu diesen Einrichtungen gehören Erholungsheim mit Park, Werkstfestsaal, Erfrischungshallen mit Bierverkauf auf der Werkst u. dergl. mehr. Als Grundlage für alle Wohlfahrts-einrichtungen hat der Ueber-schuß aus dem Biervertrieb auf der Werkst gedient, der durch den Wohlfahrtsverein verwaltet wird. Den Arbeitern ist es direkt verboten, sich selbst Flaschenbier mitzubringen. Obgleich die Arbeiter also als Konsumenten ihre Groschen für die Wohlfahrts-einrichtungen hergeben, haben sie keinerlei Einfluß auf die Geschäftsführung, auch sind Wünsche der Arbeiter niemals berücksichtigt worden. Und daß die Wohlfahrtsmänner smarte Geschäftsleute sind, zeigt obige Bekanntmachung. Sie verstehen das Letzen vorzüglich: den Arbeitern, die als Konsumenten die Mittel für die Wohlfahrts-einrichtungen liefern, die Sparbüchsen und dem Wohlfahrtsverein die Ueberschüsse, damit er seinen Wohlfahrts-sport weitertreiben kann. Die

Arbeiter aber wissen nun, weshalb es ihnen so schlecht geht, daß sie immer mit neuen Forderungen an die Marineverwaltung kommen. Sie haben Fürst Bülows Rat nicht befolgt: „Wir müssen alle sparen!“ Nun wird ihre Not bald ein Ende haben, denn jetzt können sie sich nicht mehr damit ausreden, daß sie nicht sparen können, werden ihnen doch die Sparbüchsen unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Auch auf das ästhetische Gefühl hat der Wohlfahrtsverein Rücksicht genommen, denn die „Büchsen“ dienen zugleich als Schmuckstück für die Wohnungen. Also schmückt Euer Heim und spart, Ihr Werkarbeiter, dann braucht Ihr das Marineamt nicht mit Forderungen zu belästigen!

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Kostümschneider und Schneiderinnen.

Wie uns vom Verband der Schneider mitgeteilt wird, haben die Arbeitgeber in der Kostümbrauere einen Verband der Berliner Damen Schneidererei gegründet. — Diese Organisation hat zu der Tarifvorlage Stellung genommen und dieselbe mit Rücksicht auf die schlechte wirtschaftliche Lage für unannehmbar erklärt. Zu dieser Mitteilung der Arbeitgeber wird in den nächsten Tagen eine Sitzung der Vertrauensleute Stellung nehmen.

Die Gasmesserkontrollure der englischen Gasanstalten versammelten sich am Sonnabend bei Meyer in der Oranienstraße, um gegen die Ausbeutung der Arbeiter Stellung zu nehmen. Durch Verfügung der Direktion ist seit dem 1. März das Tagespensum der Wasserzähler von 80 auf 110 Revisionen erhöht worden. Die Entrüstung über diese Verfügung ist groß unter den Kontrolluren. 1905 wurden 50 bis 60 Gasmesser täglich aufgegeben, 1908 erhöhte man das Pensum auf 70, bald darauf auf 80 Revisionen täglich. Jetzt hat man plötzlich entdeckt, daß für die Revisionen zu viel Geld ausgegeben werde, ohne zu bedenken, daß der Konsum ungeheuer zugenommen hat. Der Aushub-Radenschluß hat nicht die mindeste Wirkung auf den Konsum im allgemeinen ausgeübt. Nach der Arbeitsordnung, die die Direktion herausgegeben hat, wird den Arbeitern allerlei Vorfrist einverleibt, und wollen sie nach den Vorschriften verfahren, so können sie unmöglich das jetzt vorgeschriebene Pensum erledigen. Das Publikum wird entschieden dadurch geschädigt werden, die Sicherheit bei dem Verbrauch von Gas wird in Frage gestellt. Die Gesamtheit der Kontrolluren muß natürlich schwer darunter leiden, wenn die Leute treppauf, treppab den Tag über herumlaufen, um wenigstens 110 Revisionen vorzunehmen. Wenigstens heißt es jetzt, denn ein Direktor will versuchen, bis zu 125 Revisionen täglich zu verlangen. Man will 30 000 M. jährlich an den Revisionen, die im letzten Jahre 190 000 M. kosteten, sparen. Die Kontrolluren erhalten 4 M. pro Tag für eine neunstündige Arbeitszeit. — Die folgende Resolution wurde von den Versammelten einstimmig angenommen:

„Die heute am 6. März 1909 versammelten Gasmesserkontrolluren der Englischen Gasanstalten protestieren gegen die Erhöhung ihres täglichen Pensums von 80 auf 110 Revisionen. Sie erklären, daß die verlangte Anzahl Revisionen unmöglich durchführbar ausgeführt werden können. Die Verfügung steht im Widerspruch mit den von der Direktion herausgegebenen Dienstvorschriften für die Gasmesserkontrolluren.“

Die erhöhte Anzahl Revisionen ist nur möglich unter Umgehung der Dienstvorschriften.

Im Interesse der Sicherheit der Konsumenten wie der Gesundheit der Arbeiter richten deshalb die Versammelten das Ersuchen an die Direktion, diese Verfügung zurückzuziehen.“

Dringend empfehlen die Versammelten allen Gasmesserkontrolluren, dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter beizutreten.

Verwahrung.

Unsere Veröffentlichung der Streikbrecherliste aus Zürich hat uns einige Zuschriften eingetragen, in denen Genossen Verwahrung dagegen einlegen, daß sie mit den dort aufgeführten Arbeitswilligen verwechselt werden. So bittet uns Genosse Kurt Schulz, Rummelsburg, Liebigstraße 6, um die Mitteilung, daß er mit einem ähnlich benannten Arbeitswilligen nicht identisch sei. — Der Genosse Hermann Lutschke, Mahlsdorfer 8, bittet uns um den Hinweis, daß der in der Liste aufgeführte Arbeitswillige Wilhelm Lutschke heißt und Mariannenstraße 46 wohnt. Hermann Lutschke teilt bedauernd mit, daß dieser Arbeitswillige sein Bruder sei, der leider nur zu arbeiten pflege, wo andere streiken oder ausgesperrt sind. Wenn alle die gewonnenen Rauscheifer von derselben Qualität sind, wie dieser Wilhelm Lutschke, dürften dieselben übrigens in Zürich keinen großen Schaden anrichten.

Deutsches Reich.

Erfolge des Löhnerverbandes.

Verbesserte neue Tarifabschlüsse erreichten die Löhner in Stendal, Wittenberge, Lübeck und Küstrin. In den beiden ersten Orten hatten die Unternehmer die Tarife gelündigt, trotzdem wurden in Stendal die Affordlöbne um durchschnittlich 10—15 Proz. und der Stundenlohn um 5 Pf. erhöht. Die Arbeitszeit wurde um täglich $\frac{1}{2}$ Stunde verkürzt. — In Wittenberge wurden gleichfalls Tarifstärkungen vermindert, im Gegenteil einige Verbesserungen erreicht und der Stundenlohn von 45 Pf. auf 47 Pf. erhöht. — In Lübeck wurde ein Organisationsvertrag abgeschlossen, ein paritätischer Arbeitsnachweis beschlossen und die Affordlöbne wurden um 5 Proz. aufgebessert. Die Stundenlöhne wurden durchgängig um 4 Pf. erhöht. — In Küstrin wurden den Gehilfen durchgängig 7 Proz. Lohnerhöhung zugestanden. — Diese Erfolge sind angesichts der wirtschaftlichen Krisis nicht von der Hand zu weisen und nur der guten Organisation der Arbeiter in den betreffenden Orten zu verdanken.

Der Deutsche Bergarbeiterverband im Krisenjahr 1908.

Unter den wenigen Gewerkschaften, die im verflochtenen Jahre weiteren Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hatten, befindet sich auch der Deutsche Bergarbeiterverband. Die von uns schon kurz im Auszuge wiedergegebene Jahresabrechnung für 1908 weist gegen das Vorjahr eine reine Mehrerinnahme an Mitgliederbeiträgen von über 100 000 M. auf, was einem Zuwachs von rund 5000 zahlenden Mitgliedern entspricht. Das ist besonders erfreulich, wenn man bedenkt, daß diese freie Gewerkschaft sich im engsten Nahkampf mit den syndikalisierten Riesenkapitalisten befindet, deren System der schwarzen Listen darauf angelegt ist, den freien Arbeiter in flüssige Unterwürfigkeit zu wandeln. Zu den Bedenkenhaken gestellt sich mit einer beispiellos niederrückigen Befämpfung des Bergarbeiterverbandes die ultramonarchische und antisemitische Kadaverpresse. Der konzentrische Kampf der sog. „Christlich-nationalen“ richtet sich gleichfalls besonders gegen den Bergarbeiterverband, dessen Leitung zu verleumden einer der „Christlich-nationalen“ schon mal jenseit als „mein Geschäft“ bezichnete. Doch sie gegenüber solchen Feinden das Feld behauptet und sogar vorwärts kommt, stellt der Verbandsmitgliedschaft ein ehrendes Zeugnis aus. Es haben beim Deutschen Bergarbeiterverband betragen die

	Einnahmen an Mitgliederbeiträgen	Kassenbestände am Jahresfluß
1906: . . .	1 587 888,40 Mark	1 252 645,00 Mark
1907: . . .	1 600 406,10	2 000 494,23
1908: . . .	1 702 063,75	2 516 944,04

Die Gesamteinnahme belief sich letztjährig auf 2 019 203,84 M. Davon wurden ausgegeben 31 808,88 M. für Gemeindegelder und Angehörte (Schwarze Listen), 45 984,59 M. für Streikende, 18 050,49 M. für Arbeitslose (gegen nur 5655,70 M. im Vorjahr!).

80 663,34 M. für Rechtschutz der Mitglieder (Rechtschutzbüreau, Arbeitersekretariate usw.), 254 397,95 M. für Kranke Mitglieder, 74 010 M. an Sterbegelder für Hinterbliebene. Der Verband hat in den letzten drei Jahren an seine Mitglieder 2 122 239,93 M. Unterstützungen ausgeschüttet und vermehrte sein Vermögen in derselben Zeit um 1 564 200,04 M. auf über 2,8 Millionen. Da der Bergarbeiterverband nur 40 Pf. Wochenbeitrag erhebt, wovon auch die gesamten örtlichen Verwaltungsstellen und die Boten der Verbandszeitung bezahlt werden, so bietet die Verbandsleitung das Beispiel einer umsichtigen und sparsamen Verwaltung von Arbeitergroschen. Das hat die Arbeiterfeinde vom Schlage der Reichslügenverbändler natürlich nicht gehindert, auch die Verwaltung des Bergarbeiterverbandes zu verleumden, sie „verraute die Arbeitergroschen“.

Lohnbewegung der Schneider in der Oberlausitz (Sachsen). Auf die Forderungen, welche die Schneider von Seiffenauersdorf, Eiban, Seutersdorf, Neugersdorf an die Arbeitgeber stellten, habe nur einzelne es für notwendig gehalten, Zugeständnisse zu machen. Die Herren vom Arbeitgeberverband machen den Arbeitern nicht die geringsten Zugeständnisse. Die Schneider haben daher beschlossen, die Kündigung einzureichen, da die Herren Unternehmer nicht gewillt sind, die Lohnfrage friedlich zu regeln. Arbeitsangebote aus den genannten Orten sind abzulehnen.

Schwarzer Terrorismus.

Der katholische Arbeiterverein in Neumarkt i. O. zählte 500 Mitglieder. Das Stimmenverhältnis bei den letzten Wahlen erwachte in den schwarzen Führern den Verdacht, die 500 könnten nicht alle fittelfeste Zentrumswähler sein. Deshalb mußte etwas geschehen. Der Präses erließ den Befehl, daß sämtliche Mitglieder den „Arbeiter“, das nach Reichsverbandomanier redigierte Organ der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, abonnieren müssen, andernfalls der Ausschluss aus dem Verein erfolge. Einige wurden tatsächlich ausgeschlossen, während die Mehrzahl freiwillig den schwarzen Terroristen den Rücken kehrte. Nun betrauern die Zentrumsgläubigen den Verlust von 400 Mitgliedern.

Sie wissen sich zu helfen. Die große elektrische Ueberlandzentrale in der Oberpfalz, an die Hunderte von Gemeinden angeschlossen sind, hat in ihre Verträge einen Passus aufgenommen, der kurz und bündig lautet:

Bei eventueller Einführung einer Gas- und Elektrizitätssteuer sind die hierdurch entstehenden Mehrkosten vom Konsumenten zu tragen.

Für die Strupellosigkeit der Herren Stinnes und Konsorten, der Gründer dieses Riesenunternehmens, zeugt übrigens auch die Tatsache, daß sie den Dupenden von Monteuren, die von auswärts herangezogen wurden, nach der ersten Woche gleich einen Lohnabzug von 12 M. pro Woche zumuten wollten. Zufällig waren die meisten der Monteure aus Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der sofort eingriff. Der Lohnabzug wurde rückgängig gemacht. Der Unternehmer hielt es aber für notwendig zu bemerken, daß die Arbeiter darin nicht etwa einen Erfolg des Deutschen Metallarbeiterverbandes erblicken sollten.

Die Internationale wächst weiter.

Den internationalen Kapitalinteressen passen sich die Gewerkschaften immer besser an. So teilt das „Bulletin“, die in drei Sprachen erscheinende Zeitung des internationalen Bundes der Lithographen, Steinbruder und verwandter Berufe in der jüngsten Nummer mit, daß sich die Rotendrucker Londons und die Verbandskollegen Finnlands angeschlossen haben. Die Rotendrucker Londons bilden besondere Organisationsgruppen, während die Lithographen und Steinbruder Finnlands gemeinsam mit den Buchdruckern eine Organisation besitzen. Die Lithographen und Steinbruder gehören von jetzt ab ebenso zu ihrer Berufsinternationale wie die Buchdrucker zu der ihrigen.

Dem internationalen Sekretariat sind bis jetzt — sein Sitz ist Berlin — die Berufsverbände Amerikas, Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, weiterhin England, Frankreich, Finnland, Holland, Italien, Schweden, Norwegen, Oesterreich, die Schweiz und Ungarn angegliedert. Weitere Anschlüsse stehen für die nächste Zeit noch bevor.

Um den Verkehr der Kollegen von Land zu Land leichter zu gestalten hat jetzt das Sekretariat eine internationale Reisekarte in Buchform herausgegeben. Jeder ins Ausland reisende Kollege erhält ein solches in den sechs Sprachen deutsch, englisch, französisch, holländisch, italienisch und skandinavisch vorgegedrucktes Buchlein. Die erste Eintragung erfolgt auf der entsprechenden Seite des Mutterlandes, in jedem Lande wird die mit der Nationalsprache korrespondierende Seite zu den Eintragungen über erhaltene Reiseunterstützung usw. benutzt. Für sämtliche Seiten ist genau der gleiche Text an dieselbe Stelle gesetzt, so daß auch der in der Frage kommenden Sprache Unkundige kontrollieren und Eintragungen machen kann. Auf jeder Seite sind die wichtigsten Bestimmungen des internationalen Statuts abgedruckt. Sie enthalten die Verpflichtung, daß jedes Mitglied, welches Stellung im Ausland sucht, erst bei dem Vertrauensmann des betreffenden Landes Erkundigungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuziehen hat. Weiterhin besteht die Verpflichtung, sofort in derjenigen Landesorganisation Mitglied zu werden, die da besteht, wo der Kollege in Arbeit getreten ist. Jedes Mitglied, welches in seiner Landesorganisation wenigstens 26 Wochenbeiträge geleistet hat, hat bei seiner Ankunft im fremden Lande nicht nur Anrecht auf freie Aufnahme in die Organisation, sondern auch auf Reiseunterstützung in derselben Höhe wie die eigenen Mitglieder des betreffenden Landesverbandes.

Mit dieser Erleichterung des internationalen Verkehrs ist ein neues Glied in der Verbindung der Lithographen, Steinbruder und verwandter Berufe aller Länder, und damit der Arbeiter aller Staaten geschaffen.

Ausland.

Gewerkschaftliche Beamtenvereine in Frankreich.

In den nächsten Tagen halten die Beamten ihren Kongress in Paris ab. Dieser Verband ist ein gewerkschaftlicher, wie es bekanntlich eine ganze Reihe Beamtenverbände mit gewerkschaftlicher Tendenz gibt. Haben sich doch die Vriestäger, die Beamten der Steuern und selbst die Volksschullehrer gewerkschaftlich organisiert und zum Teil dem „roten“ Gewerkschaftsbunde angeschlossen. Die Arbeiter der Zollverwaltung haben zum Teil ein sehr geringes Einkommen; Laufende von ihnen bringen es nicht über 2 Francs den Tag. Neben der Lohnfrage haben sich aber die Beamten-gewerkschaften nach andere sehr wichtige Aufgaben gestellt. Die französische Republik hat neben einer demokratischen Sozialverwaltung eine sehr straffe zentralisierte Verwaltung, die ganz auf dem Autoritätsprinzip aufgebaut ist. In den Beamtenhierarchien herrscht eine übermäßige Disziplinargewalt der oberen über die untergeordneten Organe. Minister und Parlamentarier versuchen sich dieses Beamtenapparates bei den Wahlen zu bedienen; eine weitausgebildete Bürokratie bedrängt nicht die Tüchtigen, sondern diejenigen, welche politisch den Ministern und Parlamentariern nützlich sind. Sobald Beamte aber in oppositionellem Sinne sich politisch betätigen, dann droht ihnen die Maßregelung. Das ist namentlich unter dem jetzigen Ministerium geschehen; u. a. hat Clemenceau besonntlich eine Anzahl Postbeamte und auch den Genossen Lehrer Régné dieserhalb gemahnt. Gegen diese Maßregelung kämpfen die Beamten-gewerkschaften; sie fordern eine gerechte Regelung des Avancements und der Gehälter und suchen das Selbstbewußtsein der Beamten zu stärken. Der gewerkschaftliche Gedanke greift unter den Beamten immer weiter um sich. Nachdem sich trotz des Regierungsauftrages die Volksschullehrer den „roten“ Gewerkschaften angeschlossen haben, gehen auch die Gymnasiallehrer mit der Absicht um, sich gewerkschaftlich zu organi-

zieren. Das nächste Ziel der Beamten-gewerkschaften geht auf die Wiedereinführung der Gemahregelungen; sie hoffen, dieses Ziel zu erreichen und die ganze Verwaltung der kommunalen und staatlichen Einrichtungen in fortschrittlichem Sinne umzuwandeln.

Verfammlungen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Die Verwaltungsstelle Berlin II des Transportarbeiterverbandes hielt am Mittwoch im Keller „Neue Philharmonie“ ihre ordentliche Generalversammlung ab, in der der Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1908 vorgelegt wurde. Er bildet diesmal einen Teil des 128 Druckseiten starken Jahresberichts des Bezirkes Groß-Berlin, der, herausgegeben von der Bezirksleitung, sämtliche Verwaltungsstellen Berlins sowie der Vororte umfaßt. Im allgemeinen Teil des Berichts werden zunächst verschiedene Vorgänge erwähnt, die die Arbeiter-schaft allgemein, aber die Transportarbeiter ganz besonders interessieren, wie die Einführung des Reichsvereinsgesetzes, die Kaiserfeier, die Landtags- und die Gewerbegerichtswahlen, dann die Einführung des Achtuhrladenschlusses und ferner das Gutachten des Reichsgesundheitsamtes über die Arbeitszeit in den gewerblichen Fabrikbetrieben und die entsprechenden Vorschläge des Bezirkes für Arbeiterstatistik, die den Kaufmännern, Ritzfahrern und Stollenleuten, denen keine Verkürzung ihrer übermäßig langen Arbeitszeit in Aussicht gestellt ist, zur Abhaltung von Protestversammlungen Veranlassung geben. Hinsichtlich der inneren Organisation ist vor allem zu bemerken, daß Groß-Berlin seit Anfang 1908 einen besonderen Bezirk oder Gau des Verbandes bildet, und daß im Laufe des Jahres im ganzen Bezirk das System der Hausfassung durch angestellte Beitragskassierer eingeführt ist, die nicht mit den einzelnen Verammlungen, sondern mit der Bezirksleitung abzurechnen haben. Es sind jetzt 27 Einkassierer und 3 Revisorassierer angestellt, wogegen früher nicht weniger als 1500 Mitglieder mit dieser Arbeit betraut waren. Die angestellten Einkassierer bringen den Mitgliedern auch allwöchentlich das Verbandsorgan ins Haus. Eine weitere Zentralisierung der Geschäftsleitung mit dem Ziel einer einheitlichen Bezirksverwaltung von Groß-Berlin ist in der Entwicklung begriffen und zur Diskussion gestellt.

Die Lohnbewegungen des verflochten Jahres hatten trotz der schweren Wirtschaftskrise in den meisten Fällen guten Erfolg. Auf die Verammlungen kamen 19 Lohnbewegungen ohne Streik bei 66 Firmen mit 2618 Beschäftigten; 12 endeten erfolgreich, die übrigen 7 mit teilweisem Erfolg. Lohnbewegungen mit Streik hatte die Verwaltungsstelle II 2 bei 2 Firmen zu führen, und davon war eine erfolgreich, die andere erfolglos. Dazu kamen 18 Abwech-bewegungen bei 30 Firmen mit 431 Beschäftigten, und davon verliefen nur 2 erfolgreich. In einer ganzen Reihe von Branchen wurden mit verschiedenen Firmen vorteilhafte Tarifverträge abgeschlossen, die Lohnerhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit und andere Vorteile brachten.

Daß eine eifrige Agitationstätigkeit entfaltet worden ist, geht schon daraus hervor, daß außer 71 großen Versammlungen 1872 Betriebsbesprechungen, 65 Bezirksversammlungen und 197 Kommissions-sitzungen abgehalten wurden. Auch den Bildungsbestrebungen wurde Rechnung getragen, vor allem in der Jugend-abteilung, deren Mitgliederzahl von 526 auf 541 gestiegen ist, was bei der traurigen Wirtschaftslage ein beachtenswerter Zuwachs ist, zumal diese Abteilung fortlaufend solche Mitglieder, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, an die Sektionen der älteren Mitglieder abgeben muß.

Die Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle II war am Jahres-schluß 17 439, unter ihnen 1254 weibliche Mitglieder. Im übrigen gehören 4165 Mitglieder dem Handelsgewerbe an, 6528 sind Kauf-leute, 4912 Arbeiter anderer Branchen und 541 jugendliche Arbeiter. Gegenüber dem Jahre 1907 ist die Mitgliederzahl um 2400 zurückgegangen, was bei der Krise mit ihrer furchtbaren Arbeitslosigkeit ja keineswegs als ein besonders hoher Verlust gelten kann. Rechts-schick wurde den Mitgliedern in 121 Fällen gewährt, was 1412 M. Ausgaben betrafte. Der Jahresabschlussbericht der Verwaltungsstelle II für 1908 schließt mit der Bilanzsumme von 368 626,88 M. ab. In der Abrechnung der Hauptkasse beläuft sich die Bilanzsumme auf 221 030,35 M. Unter den Ausgaben der Hauptkasse sind 64 987,55 M. für Arbeitslosenunterstützung, 46 374,20 M. für Kranken-, 15 609,60 M. für Streik-, 8097,55 M. für Gemeindegeld- und Ortsmitteln wurden noch 10 719,15 M. für Unterstützungen ausgegeben, fast doppelt so viel als im Jahre 1907.

Zu dem gedruckten Bericht gab der Bevollmächtigte Uthoff verschiedene mündliche Erläuterungen. Es folgte dann eine lebhafte Diskussion, die sich hauptsächlich auf innere Organisationsangelegenheiten bezog. Darauf wurde auf Antrag der Vertrauensleute beschlossen, daß die Ortsverwaltung von jetzt ab aus 11, statt bisher 9 Mitgliedern bestehen soll. Die Neuwahl der Ortsverwal-tung hatte folgendes Ergebnis: Albert Uthoff, erster Bevollmächtigter, Friedrich Berner, zweiter Bevollmächtigter, Kassierer Erich Pütz, Schriftführer Karl Fromie, Vertreter Emil Suchert, Gustav Kahler, Margarete Philipp, August Hackbart, Franz Mohr, Anton Schulz und Georg Rehn. Als Revisoren wurden Riese, Hoerster und Drell gewählt, als Vertreter für die Bezirksleitung von Groß-Berlin Uthoff, Berner und Fromie.

Eine öffentliche Versammlung der Gastwirtsgehilfen, die in der Mittwochnacht im Grand Hotel Alexandersplatz tagte, beschäftigte sich abermals mit der in Berlin gegründeten Fachschule des Generaldirektors Weiler. Der Referent Baum-eister vom Verband der Gastwirtsgehilfen brachte ein umfangreiches Material über dieses „Antiradikalinstitut“ bei. Daraus geht unzweifelhaft hervor, daß es sich hier um ein auf Täuschung beruhendes Unternehmen handelt. Da werden durch Inerzale Leute aller Stände gesucht, die man in wenigen Wochen zu tüchtigen Kellnern machen will und denen sodann Stellen in Aussicht stehen mit dem „Einkommen eines Ministers“. Der Herr Generaldirektor, der in Breslau und anderen Städten noch weitere derartige „Schulen“ unterhält, sucht fortwährend „Direktoren“ und „Hochlehrer“, die nach Hinterlegung von Kaution bzw. einer „Geschäftsbeilage“ angestellt werden. Alle Anzeigen bei den Behörden haben bis jetzt zu keinem Ziel geführt. (Die Breslauer Schule ist allerdings dieser Tage von der Polizei geschlossen worden.) Nach dem Referat Baum-eisters nahm die Versammlung eine Resolution an, in der ausgesprochen wird, daß die Weilersche sogenannte „Kellner-Hochschule“ in keiner Weise den Anforderungen genügt, die an ein solches Institut zu stellen sind. Im weiteren wird das Einschreiten der Behörden gefordert schon deshalb, weil sich der Generaldirektor unbefugterweise mit Stellenvermittlung befaßt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Im Nord erstickt.

Bosen, 8. März. (B. G.) Im hiesigen Wald für Obdachlose errichteten durch Ausbrennen von Kohlenstößen zwei Arbeiter, drei andere Arbeiter, die betäubt waren, konnten ins Leben zurückgerufen werden.

Bei einer Schießübung erschossen.

Brüssel, 8. März. (B. G.) Bei der heutigen Schießübung der Rekruten des 13. Infanterieregiments auf dem Schießplatze von St. Nikolaus wurde der Major Tanconiere durch einen Schuß getötet. Der Unfall erfolgte, während der Offizier die Stellung eines Rekruten verübte. Das Gewehr war aus unbekannter Ursache scharf geladen. Der Major verstarb eine halbe Stunde nach dem Unfall.

Reichstag.

222. Sitzung vom Montag, den 8. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kraetke.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Postetats.

Die Beratung beginnt beim Titel „Außerordentliche unüberwindliche Zulagen für die in der Provinz Posen und in den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen angestellten mittleren, Kanzlei- und Unterbeamten 745 000 M.“

Abg. Dr. v. Boyczinski (Polen): Wir gönnen allen Beamten eine angemessene Beförderung, aber spezielle Beförderungszulagen mit politischem Charakter verwerfen wir. Man verteidigt die Dismarkenzulage mit der Behauptung, in den östlichen Provinzen sei die Lebenshaltung teurer. Tatsächlich sind aber weder die Lebensmittel noch die Wohnungen in den östlichen Provinzen teurer als in den westlichen. Diese Zulage, die nur aus politischen Gründen gegeben wird, muß eine maßlose Entlastung erwecken und öffnet der Spionage Tür und Tor. Wenn ein Beamter oder auch nur seine Frau und Kinder zu Hause polnisch sprechen, erhält er die Zulage nicht. So wird ein verwerfliches Spionagesystem und die schlimmste Korruption durch diese Zulagen groß gezogen. In jeder Weise wird die polnische Bevölkerung durch die Postbeamten, die sich der Zulage würdig erweisen wollen, schikaniert; so verlangen sie, daß die Invalidentrenten beim Empfang der Rente durch die Post mit deutschem Namen quittieren. Das ist direkt eine Ungeheuerlichkeit, denn die Leute dürfen auf eine Urkunde ihren Namen doch nur so schreiben, wie er wirklich zu schreiben ist. (Sehr richtig! bei den Polen.) Bei der gegenwärtigen Konfession ist eine Streichung der Dismarkenzulage ja leider nicht zu erreichen, aber wenigstens sollte der Staatssekretär für mehr Gerechtigkeit sorgen. (Dravo! bei den Polen.)

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird gegen die Stimmen der Polen, des Zentrums und der Sozialdemokraten bewilligt.

Beim Titel „Beiträge an die Betriebskrankenkassen, 401 000 M.“ bemerkt

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.):

Die Familienunterstützung bei den Postkrankenkassen sollte ausgebaut werden; nach dieser Richtung hin tun die Postkrankenkassen ihre Schuldigkeit nicht. Während die Ausgaben für die Ärzte, für Arzneien und Heilmittel, für die Unterstützung der Mitglieder, zum Teil erheblich, gestiegen sind, ist die Ausgabe für die Krankenunterstützung der Familienangehörigen bei den 41 bestehenden Postkrankenkassen von 2000 M. auf 2800 M. gestiegen; das ist nur dadurch zu erklären, daß einige dieser Kassen die Familienbehandlung wieder abgeschafft haben. — Ferner ist uns vom vorigen Jahre her ein Fall bekannt, wo eine Postkrankenkasse von dem Arbeitgeber boykottiert wurde. Ich möchte wissen, ob dieser Boykott noch besteht, wie bei dieser Klasse die Kranken behandelt werden und welche Kosten der Kasse aus dem Boykott entstanden sind.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Wieten“ bittet

Abg. Gantzer (fr. Sp.) um Errichtung einer neuen Postanstalt in Pflaun.

Staatssekretär Kraetke sagt dies zu, sobald die Einnahmen besser werden.

Beim Titel „Zuschuß zu den Kleiderlassen“ bemerkt

Abg. Jell (Z.): Die Post möge die Kleider nicht in eigener Regie herstellen, sondern möglichst Handwerksvereinigungen beschaffen.

Staatssekretär Kraetke versichert, daß auch ihm dies sympathisch wäre.

Beim Titel „Bankosten“ hebt

Abg. Böhle (Soz.) die Notwendigkeit hervor, endlich den schlechten baulichen Zustand der Straßburger Postämter zu beseitigen. Schon im vorigen Jahre habe ich die Notwendigkeit dargelegt, hier Abhilfe zu schaffen. Trotz meiner eingehenden Darlegungen ist aber nichts geschehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein großer, in den letzten Jahren außerordentlich gewachsener Stadtteil Straßburgs, der unter anderen mehrere Kasernen umschließt, ist noch immer ohne Postamt. Viele Bewohner dieses Stadtteils müssen einen halbstündigen Weg zum nächsten Postamt zurücklegen! Der Petition um Errichtung eines neuen Postamts hat sich auch die Handelskammer angeschlossen. Ich möchte den Staatssekretär erneut fragen, ob nicht bald eine Abstellung dieser Mißstände beabsichtigt wird. (Weiß! bei den Sozialdemokraten.)

Kleines feuilleton.

Eine interessante mexikanische Sammlung hat im Berliner Museum für Völkerkunde Aufstellung gefunden. Der Sammler selbst, Professor Preux, berichtet in den amtlichen Berichten aus den königlichen Kunstsammlungen darüber. Bei seiner ethnologischen Studienreise, die Preux 1905 bis 1907 im Auftrage des Kultusministeriums unternahm, brachte er unter den unzivilisierten Stämmen der Gora, Guichol und Mexicano in der mexikanischen Sierra Madre an der Pazifischen Küste eine Sammlung von 200 ethnologisch und religiös bedeutsamen Gegenständen zusammen, deren wichtigster Teil schöne Webereien und Stickereien sind. Alle diese Objekte bieten Illustrationen zu mexikanischen Religionsgebräuchen und Sitten und werden wieder erklärt durch die Rieder und Mythen dieser Stämme. Da bei den Mexikanern ein ausgebildeter Sternenglaube herrscht, spiegeln die Zeremonialgeräte und die Göttern dargebrachten Opfergaben ihre himmlische Tätigkeit, besonders das Wandern über den Weltbaum, wieder. Diese Götter sind zum großen Teil Werkzeuge, die die Götter brauchen, um überhaupt ihre Tätigkeit für die Welt und die Menschen ausüben zu können; sie brauchen all diese Werkzeuge mit, als sie aus der Unterwelt im Westen herbeistürmen, und die Menschen müssen nun dafür sorgen, daß sie wieder erneuert werden. So stellen zum Beispiel kleine fünfstufige Pyramiden die Leiter des Sonnengottes dar, auf der er von Osten empor bis zum Zenith und dann herab zum Westen steigt. Die altmexikanischen Pyramiden, die oben den Tempel der Gottheit tragen, müssen überhaupt als Himmelsstige der Götter gelten. Die gewöhnlichsten Opfergaben sind Pfeile, die die Götter besonders nötig haben, zur heiligen Hirschjagd, von der alles Gedeihen der Welt abhängig ist. Die Sterne werden nämlich als Hirsche angesehen, die von der Sonne des Morgens und besonders im Frühling gejagt werden. Die speziellen Wünsche an die Gottheit werden an diesen Pfeilen symbolisch dargestellt. Ein Pfeil, der die Bitte um Gedeihen ausdrückt, hat zum Beispiel meist keine Kerbe zum Auflegen auf die Sehne; bei kleinen Kindern wird gewöhnlich noch ein Miniaturbogen oder bei kleinen Mädchen ein Perlenschnur angehängt. Watterbausch bedeuten Wolken und Wasser und somit Bitte um Regen; Federn gelten als Gebetsträger. Wer Schamane (Geistesheiliger) werden will, hängt die Aquifolien des Schamane, eine kleine Tabakspfeife und ein zauberisches „Schwertzeug“ an den Pfeil. Dieses „Schwertzeug“ oder „Mierita“ ist eine runde Scheibe aus Stöcken, die mit Wolle überludten sind, mit einem Loch in der Mitte. Die Götter haben solche Mierita, die wohl auf die Darstellung der Gestirne zurückgehen; das der Sonne zum Beispiel ist aus vierfarbigen Wolfsäben hergestellt, um das leuchtende Bild der Sonne nachahmen. Ränge Mexica sind sehr

Unterstaatssekretär Brand: Herr Lehmann bemerkt ich, daß die Postkrankenkasse in Wiesbaden bestrafte überhaupt nicht hat. Seine Annahme, daß einzelne Postkrankenkassen die Familienversicherung wieder abgeschafft haben, ist irrig. — Viele der Versicherungen des Herrn Bog. Böhle sind leider berechtigt. (Hört! hört!) Aber so schlimm, wie Herr Böhle es darstellt, liegen die Dinge denn doch nicht. Ein neues Postamt in Straßburg wäre sehr wünschenswert, aber man darf auch nicht vergessen, daß die Post immer und immer wieder zur Sparsamkeit angefordert wird.

Beim Titel „Vergütungen an auswärtige Post- und Telegraphenbehörden sowie an Eisenbahn-, Schiffs- und Telegraphenunternehmungen 26 200 000 M.“ ergreift das Wort

Abg. Erzberger (Z.): Unter diesen 26,2 Millionen M. befinden sich allein 11 1/2 Millionen M. Vergütungen an Telegraphengesellschaften. Ich habe mich in der Budgetkommission vergeblich bemüht, einige Klarheit über diese Ausgaben zu bekommen. Mitteilungen, die uns dort gemacht wurden, wurden als vertraulich bezeichnet. Jetzt erfahren wir aus dem Jahresbericht der Deutsch-südamerikanischen Telegraphengesellschaft, welcher vom Konzern der Dresdner Bank ausgeht, also einer sehr angesehenen Gesellschaft, daß die Vergütung und Tilgung einer Obligationenanleihe von 7,8 Millionen M. durch Beiträge vom 21. Dezember 1908 und 15. Februar 1909 ihr von der Reichspostverwaltung garantiert sei. Wäre dies der Fall, so läge

eine auffallende Verletzung der Reichsverfassung und des Budgetrechts des Reichstags

vor, da nach Artikel 73 der Verfassung eine solche Garantie nur unter Zustimmung des Bundesrats und Reichstags übernommen werden darf. Ich frage daher den Staatssekretär, ob diese Mitteilung der Gesellschaft wahr ist, und wenn dies der Fall ist, was er zu tun gedenkt, um die begangene Ungeheuerlichkeit so rasch als möglich aus der Welt zu schaffen.

Weiter schließt die Postverwaltung mit einzelnen Gesellschaften für die Beförderung der Postfachen Verträge ab, die bis zu den Jahren 1933 und 1948 reichen! Hierzu hält sie sich für berechtigt, wie sie in der Budgetkommission erklärt hat. Es ist das aber nicht der Fall; ebenso wie die Verträge über die Dampfersubventionen der Genehmigung des Reichstages bedürfen, ist es auch bei diesen Verträgen der Fall, und ich wünsche, daß sie uns hier oder in der Kommission vorgelegt werden.

Weiter bitte ich die Postverwaltung, der Monopolisierung des drahtlosen Telegraphenverkehrs durch die Marconi-Gesellschaft entgegenzutreten und die deutschen Systeme zur Geltung zu bringen, die dem Marconi-System durchaus ebenbürtig sind; das Telefunken-gesetz bietet der Postverwaltung die hierzu nötige Handhabe.

Ferner dringe ich zur Sprache, daß wir für die Beförderung der Briefe von Hamburg nach Amerika gegenüber dem Internationalen Postvertrag von 1906 höhere Vergütungssätze zahlen, die unseren Etat mit 150—200 000 M. belasten.

Die Briefe nach Japan gehen zur See 23 Tage, über Rußland auf dem Landwege würden sie nur 14 Tage gebrauchen. Aus Japan kommen die Briefe auf dem schnelleren Wege zu uns. Das Japan liefert, muß uns doch auch möglich sein. Weiter finden wir unter den 26,2 Millionen Ausgaben auch für die Schaffung neuer Dampfschiffverbindungen, so von Schanghai nach Kantschu. Hieran hat Deutschland gar kein Interesse. 328 000 M. werden jährlich für diesen Postdampferdienst ausgegeben, ohne daß der Reichstag in der Lage war zu prüfen, ob diese Verbindung überhaupt nötig ist. (Dravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Kraetke: Wir haben für die südamerikanische Gesellschaft keine Garantie übernommen, sondern zahlen ihr nach unseren Verträgen eine jährliche Vergütung, welche zum Teil an die Seehandlung als Treuhänder gezahlt und von der Gesellschaft zur Vergütung und Tilgung ihrer Anleihe benutzt wird. — Verträge mit Dampfschiffgesellschaften zur Beförderung von Postfachen sind seit langer Zeit, auch vor den Dampfersubventionen, von der Postverwaltung abgeschlossen worden und zwar auf lange Zeit; das geht gar nicht anders. Die Dampfersubventionen erscheinen nicht in Postetat, sondern im Etat des Reichsamts des Innern, weil es sich bei ihnen nicht um reine Postinteressen, sondern um allgemeine Reichsinteressen, Interessen von Handel, Industrie, Marine handelt. Die ganze Frage des Abschließens von Verträgen durch die Reichspostverwaltung ist übrigens im Jahre 1884 gründlich hier im Hause und in der Budgetkommission besprochen und das Haus hat dem Antrage der Budgetkommission zugestimmt, daß gegen solche Verträge der Reichspostverwaltung nichts einzuwenden ist. Daß Briefe nach Japan nicht mit der sibirischen Bahn befördert werden, liegt daran, daß bisher die sibirische Bahn zu hohe Beträge dafür gefordert hat. Sie wird aber jetzt eine Ermäßigung eintreten lassen.

Der Postvertrag ist lediglich zwischen Staaten abgeschlossen und kann die privaten Gesellschaften nicht binden; billigere Sätze,

als wir für die Beförderung der Briefe nach Amerika zahlen, konnten wir nicht erreichen. — Wir haben erreicht, daß auf den Telefunkenstationen auf deutschen Seeschiffen fast ausschließlich Deutsche verwendet werden. Auch kann von einem Marconi-Monopol nicht gesprochen werden. Schon heute ist auf deutschen Schiffen die Mehrheit der Stationen mit dem deutschen Telefunkenapparat ausgestattet. Man soll aber bei solchen Dingen keinen Chauvinismus treiben.

Abg. Gothein (fr. Sp.): Der Staatssekretär bezog sich auf Verhandlungen hier im Hause vom Jahre 1884. Die große Mehrheit des Hauses wird sich wohl nicht mehr daran erinnern. (Große Heiterkeit und Zustimmung.) Der Wunsch, daß die damals abgeschlossenen Verträge mindestens der Budgetkommission vorgelegt werden, ist daher doch wohl berechtigt. Es war zu diesem Zwecke auch eine Subkommission eingesetzt worden. Sitzungen scheint sie aber nicht abgehalten zu haben. (Hört! hört!) Es empfiehlt sich, den Titel an die Kommission zurückzuverweisen. Es handelt sich nicht um Mißtrauen gegen die Postverwaltung, sondern um Wahrung der Budgetrechte des Reichstages. (Zustimmung links und im Zentrum.)

Abg. Erzberger (Z.) schießt sich dem Antrag auf Zurückverweisung an. Während die Firmen, mit denen die Verträge abgeschlossen sind, ganz ungeschick das, was ihnen paßt, aus den Verträgen der breitesten Öffentlichkeit mittelbar, läßt man dem Reichstag, nicht bloß dem Plenum, sondern auch der Kommission gegenüber, heimliche Geheimniskammeri. Mit der nötigen Energie würde das Reichspostamt von der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft und dem Lond. billigere Beförderungssätze für die Briefe nach Amerika erlangen, wie das Reichspostamt durch energisches Auftreten vom Kohlenhändler billigere Preise erzielt hat. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Kraetke erklärt, er habe getan, was er konnte, um billigere Preise zu erhalten. Aber sich an englische und französische Linien zu wenden, sei unpatriotisch und würde außerdem noch verteuern wirken.

Abg. Erzberger (Z.): Dann ist Herr v. Tirpitz auch unpatriotisch, denn er hat sich gar nicht gekümmert, mit dem eventuellen Bezug englischer Kohle zu drohen. (Hört! hört!)

Staatssekretär Kraetke: Briefe sind keine Kohlen. (Zustimmung.) Die Briefe müßten wir doch erst nach England herüber-schaffen.

Abg. Gothein (fr. Sp.) tritt in diesem Punkte dem Staatssekretär bei.

Abg. Erzberger (Z.): Einen Boykott der deutschen Linien habe ich nicht vorgeschlagen; die Befestigung der verstedten Liebesgabe, welche die deutschen Gesellschaften erhalten, ist doch kein Boykott.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Gothein auf Zurückverweisung des Titels an die Kommission wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Polen, Antiklerikalen und des Zentrums angenommen.

Beim Titel „Tilgung und Verzinsung 4 049 880 M.“ beantragt die Kommission, 52 500 M. beim Titel „für Fernsprechwerke, 8. Rate, 45 Millionen“, beantragt sie, 3 Millionen zu streichen.

Abg. Gothein (fr. Sp.): Der Beschluß ist in der Kommission durch eine Zufallsmehrheit zustande gekommen, gegen ihn stimmte ein Block aus Konservativen, Freisinnigen und Sozialdemokraten (Heiterkeit), für ihn ein Gegenblock aus Zentrum und Nationalliberalen, also ein Block Agay-Vingen. (Große Heiterkeit.) Ich bitte, die Regierungsvorlage in diesem Punkte wieder herzustellen. Staatssekretär Kraetke schließt sich dem Vordrucker an.

Damit schließt die Diskussion. In der Abstimmung, die durch Hammersprung erfolgt, werden beide Titel in der von der Regierung geforderten Höhe mit 123 gegen 97 Stimmen angenommen.

Der Rest der Ausgaben wird debattelos bewilligt.

Bei den Einnahmen liegt eine Resolution des Zentrums vor, die Portofreiheit der Landesfürsten andersweitig zu regeln, und eine Resolution der Freisinnigen, die Portofreiheit auf Briefsendungen der regierenden Fürsten, ihrer Gemahlinnen und Witwen zu beschränken.

Abg. Gothein (fr. Sp.): Im Interesse der Fürsten läge es, ganz auf das Recht der Portofreiheit zu verzichten, wie es einige schon getan haben. Auch unser Antrag legt natürlich voraus, daß man die Angelegenheit nicht einfach durch Gesetz regelt, sondern vorher mit den Fürsten verhandelt, unterzeichnet sich also insofern nur wenig von dem Antrag des Zentrums, den wir annehmen würden, falls unser Antrag abgelehnt wird. (Dravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. v. Hertling (Z.) empfiehlt die vom Zentrum gewählte Fassung als praktischer.

Staatssekretär Kraetke bittet, beide Anträge abzulehnen; Mißbräuche mit der Portofreiheit der Fürsten seien nicht vorgekommen.

Lothar Angelika verlobt ist — sein Herz steht bei den Streikenden. Anfangs feindselig beargwöhnt gewinn er als Friedensvermittler doch bald aller Vertrauen. Ihm ist's zu danken, daß zwischen den Arbeitern und Arbeitgeber eine Einigung zustande kommt. Das größte Wunder ist freilich, daß sich unter den Kohlenmagnaten ein weicher Knie befindet, der seinen Belegschaften nicht bloß gleiche Gewinnanteile, sondern auch den Mißbehag an seinen Gruben zusichert. Das nimmt sich jedenfalls sehr menschenfreundlich an und stimmt recht verständig zu dem melodramatischen Ausklang des Dramas. Bald aber legt der Zalar ab — und geht nach Berlin, um fortan als feier Prediger und Schriftsteller für die Menschheit zu wirken. Zu seinem altfränkischen Traum von der Harmonie zwischen Arbeit und Kapital formuliert wohl der Verfasser sein eigenes Bekenntnis. Sonst bemüht er sich, alle Anschauungen zu Worte kommen zu lassen. Bei diesem künstlerischen Streben gelingt es ihm, fast durchweg recht brauchbare Typen auf die Bühne zu stellen. Die Darsteller boten indes, mit wenigen Ausnahmen, nicht viel mehr als schablonenhafte Durchschnittsleistungen. Aber das Drama trug einen starken äußerlichen Erfolg davon — gerade weil sein agitatorischer Wert über dem künstlerischen steht. o. k.

Notizen.

Gustaf Geijerstam, der am Sonnabend im Alter von 61 Jahren in Stockholm gestorben ist, war unter den schwedischen Romanschriftstellern, die der Generation des Realismus angehörten, einer der bekannteren. Er begann an der Seite Strindbergs mit frischen Darstellungen aus dem Volksleben und trat auch als literarischer Kämpfer für freirechtliche Anschauungen hervor. Unseren älteren Lesern wird noch sein Roman „Auf der letzten Schäre“ in Erinnerung sein, der 1902 im Unterhaltungsblatt erschien. Einige seiner Romane und Skizzen aus dem schwedischen Leben wurden außerdem sowohl im „Vorwärts“ wie in der „Neuen Welt“ abgedruckt. In seinen späteren Werken wandte sich Geijerstam mehr psychologischen, ja pathologischen Problemen zu. Mythisches Versehen und Verfinnen wird sein Leitmotiv. Besonders in einigen Romanen („Buch vom Bräckeren“) tritt dieser Zug hervor. In Schweden sind außerdem verschiedene seiner Bauernskizzen erfolgreich gewesen. Neben Strindberg, der in seinem letzten satirischen Roman „Die schwarzen Fahnen“ jenen früheren Freund hart mitgenommen hat, erscheint Geijerstam als der schwächere Künstler. — Die Mitglieder des Wiener Burg-Theaters haben einstimmig eine Protesterklärung gegen die bekannte Resolution des Bühnensprengels angenommen, in der sie sich mit der Bühnengesellschaft (der Schauspielergesellschaft) solidarisch erklären. Was sagt Hülse zu solcher Unbarmherzigkeit in einem kaiserlichen Hoftheater? Den armen Wienern fehlt eben doch jeder preußische Schneid.

Abg. Erzberger (Z.): Ich muß betonen, daß Mißbräuche nicht vorgekommen sind; so ist ein Teppich von 2 1/2 Meter für ein Schloß als „Einschreibebrief“ verandt worden! (Heiterkeit.) Auch der Saig für einen verstorbenen Regenten ist portofrei verandt worden. Weiter muß ich Einspruch erheben gegen die Ausnutzung der Post und der Portofreiheit in staatlichem Interesse zu bestimmten politischen Zwecken, wie es seitens verschiedener Landräte geschieht. Es handelt sich da um Portohinterziehungen schlimmster Art. Der Staatssekretär sollte mit dem preussischen Minister des Innern in Verbindung treten, um diesen Mißbrauch zu steuern. Ebenso ist es ein Mißbrauch, daß Landbriefträger zum Austragen von Stimmzetteln benützt werden. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Kraetzle: Das letztere würde ich auch für unstatthaft halten, wenn es innerhalb der Dienststunden geschähe. Von den anderen Fällen, die Herr Erzberger angeführt hat, ist einer bereits in der Kommission angeführt worden. Bei ihm hat sich in der Tat herausgestellt, daß ein Versehen eines Beamten vorlag; derselbe ist bestraft und das Porto ist nachgefordert worden; die anderen Fälle werden untersucht werden.

Oldenburgischer Geheimrat v. Eulen-Abdenhausen: Gegenüber den neulichen Ausführungen des Herrn Singer stelle ich fest, daß der Großherzog von Oldenburg schon am 5. März 1902 verfügt hat, daß seine Portofreiheit für gewerbliche Sendungen nicht benutzt werden soll.

Damit schließt die Diskussion. Die freisinnige Resolution wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und der Sozialdemokraten abgelehnt, die des Zentrums gegen die Stimmen der Konservativen angenommen, die Einnahmen werden bewilligt.

Die Abstimmung über die ausgelegten Positionen, bei denen der Abg. Beck (natl.) die Wiederbestellung der von der Budgetkommission gestrichenen vier Oberpostinspektoren und sieben Vorstehern von Postämtern I. Klasse beantragt, ergibt die Ablehnung der Anträge Beck; die Positionen werden nach den Anträgen der Budgetkommission bewilligt.

Debatte wird dann der Etat der Reichsdruckerei erledigt. Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. (Weingeseh, Gesetz zur Vereinfachung der Doppelbesteuerung.)

Schluß 1/7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

48. Sitzung am Montag, den 8. März, vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen. Eine Reihe von Mandaten werden ohne Debatte nach dem Antrag der Kommission für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Plande (ft.) beantragt die Kommission zu beanstanden und Beweiserhebung über verschiedene Protestpunkte vorzunehmen.

Das Haus beschließt debattelos demgemäß. Zur beantragten Gültigkeitserklärung der Wahl des Abg. Schmieding (natl.) schlägt die Kommission die Annahme folgender Resolution vor: „Die Regierung aufzufordern, die ihr unterstellten Behörden anzuweisen, daß sowohl bei den Wahlmännern als auch bei den Abgeordnetenwahlen die Anwendung von Zeichen an Stelle der Namen der gewählten Kandidaten wegen der dadurch gegebenen Möglichkeit eines Irrtums unbedingt unterbleibt.“

Das Haus beschließt debattelos demgemäß. Hierauf wird die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt.

Abg. Borgmann (Soz.):

Dem Urteil des Herrn Kalkewitz über den Herrn Handelsminister kann ich mich nicht anschließen. Ich weiß auch nicht, ob der Herr Handelsminister sehr erfreut war über dieses Zeugnis. Ich würde an das Wort meines Freundes Strödel erinnert, daß die Minister nichts wären als die Kommissar der bestehenden Klassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Denn wie Herr Kalkewitz sprach, spricht vielleicht ein Chef zu einem Angestellten, der sich nach einer Probezeit bewährt hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte wissen, wie das Zeugnis des Herrn Kalkewitz ausgefallen wäre, wenn der Herr Minister gewogt hätte, eine andere Politik einzuschlagen.

Herr Kalkewitz hat gesagt, daß bei Vergeltung der öffentlichen Arbeiten zu wenig Rücksicht genommen wird auf die Interessen der kleinen Handwerker. Herr Kalkewitz hätte seine Klagen über das Verhalten der Kreisbauwirtschaft in dieser Frage lieber in seiner Fraktion vorbringen sollen, denn dort sitzen ja die Herren, die im Kreisbauwesen das große Wort führen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So saßen diese Herren also die Mittelstandspolitik auf, daß sich sogar Herr Kalkewitz genötigt sieht, mit solchen Klagen an die Öffentlichkeit zu gehen. Das beweist, daß die Mittelstandspolitik der konservativen Partei nichts ist als Schammaschlagerei. Wenn die kleinen Handwerksmeister trotzdem im Schlepptau der konservativen Partei bleiben, so ist ihnen nicht zu helfen. — Weiter hat Herr Kalkewitz lebhaft Klage darüber geführt, daß die Unternehmer so unter den Lasten der Sozialpolitik zu leiden haben. Er meinte, man sollte diese Lasten der Allgemeinheit aufbürden, d. h. also auf das Reich mit seiner indirekten Steuererhebung. Dabei ist es doch zweifellos, daß durch die indirekten Steuern gerade die Arbeiter außerordentlich hart betroffen werden. Dann brauchte man wirklich die Sozialpolitik nicht; wenn man doch alle Lasten den Arbeitern aufbürden will, können diese sich auch selbst helfen. Haben doch heute schon die Arbeiter zu den Lasten der Sozialpolitik noch freiwillige Lasten auf sich genommen, um sich in ihrer Lebenslage vorwärts zu bringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Kalkewitz hat beteuert, ein Gegner der Sozialpolitik zu sein, er wünschte nur eine andere Verteilung der Lasten. Aber es ist doch zweifellos, daß das Reich die ganzen Lasten nicht aufbringen kann. Daher ist es klar, daß die Verteilungen der Herren Konservativen darauf hinauslaufen, die soziale Verheerung in ihrer Entwicklung zum Stillstand zu bringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es kann keine Rede davon sein, daß die Lasten der Sozialpolitik die Entwicklung unserer Industrie irgendwie behindern hätten. Es würden ungeheuerliche Zustände herrschen, hätten wir die Sozialpolitik nicht und wären die betreffenden Arbeiter einfach auf die Armenunterstützung angewiesen. Der Unternehmer kalkulierte die Lasten der Sozialpolitik ja doch in die Preise seiner Waren ein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie wenig es der Reichen mit der Sozialpolitik ernst ist, beweist eine Anekdote, die vor kurzem aus beruflichem Mund gefallen ist. Am Freitag hat in Frankfurt eine Konferenz der Privatangestellten stattgefunden, die wünschte, daß auch ihre materiellen Verhältnisse durch gesetzliche Maßnahmen gesichert werden. Bei dieser Gelegenheit hat Graf Posadowsky folgendes ausgeführt, nachdem er betont hatte, daß er viele Stimmungen hinter den Kulissen kenne: „Die sozialpolitische Verfassung hat viel mehr geheime Gegner, als man glaubt. Glauben Sie mir, daß nicht alle Anträge, und wenn sie noch so schön klingen, immer ernst gemeint sind. Manche sind auch aus taktischen Gründen und nicht aus stillendem Gefühl gegenüber den Volksgenossen gestellt. Es ist bei einer gewissen politischen Freundlichkeit viel Dunkelheit dabei.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Graf Posadowsky kennt seine Kappenheimer. (Zuruf rechts.) Wenn hier zugerufen wurde, die Sozialdemokratie sei gemeint — ach nein, so läßt sich die Rede des Grafen Posadowsky nicht deuten. Ich erinnere Sie an seine Ausführungen im Reichstag, wo er gerade den verschiedenen Klassen mit demselben Gebanfang wie hier den schweren Vorwurf gemacht hat, daß sie ihre Lebenslage gestalten ohne Rücksicht auf die vielen Millionen, die darben müssen. Graf Posadowsky ist nicht ihr Freund gewesen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie wenig ernst man es mit der Sozialpolitik nimmt, beweist die

mangelhafte Durchführung der Gewerbeinspektion.

1906 waren in Berufsgenossenschaften versichert 20 726 713 Personen. Davon sind in diesem Jahre nicht weniger als 645 563 Personen verunglückt. Von diesen sind

9 141 Tote und 130 625 Schwerverletzte.

Die Zahl der Verletzten übertrifft die Friedenspräsenzstärke des Heeres um rund 40 000 und die Zahl der Toten und Schwerverletzten den Gesamtverlust des deutschen Heeres an Toten und Verwundeten 1870/71 noch um 2000. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) 1886/1906 ist die Gesamtzahl der Verletzten gestiegen von 10 340 bis auf 139 726, die Zahl der Toten von 2716 auf 9141. Die Zahl der Verletzten hat um über 4 Proz. zugenommen. Das sind furchtbare Zahlen, und gegenüber diesen Zahlen hat Herr Kalkewitz den traurigen Mut gehabt, uns zu erzählen, wie gut es den Arbeitern geht und wie der Lohn der Arbeiter gestiegen sei. Dabei hat er nicht berücksichtigt, welche höheren Anforderungen in der Zwischenzeit an die Arbeiter gestellt wurden infolge der Entwicklung der Maschinen. Kurz nach Inkrafttreten des Unfallgesetzes haben sich die Unternehmer genötigt, einen neuen Tarif abzuschließen und zwar auf einen Zeitraum von 10 Jahren. Dabei wurde durch amtliches Material aus 500 deutschen großen, mittleren und kleineren Orten

daß die Lebensmittel der Arbeiter in den letzten Jahren um 30 Proz. verteuert worden sind.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Verhältnisse müssen doch dem Bundesratsmitglied Kalkewitz bekannt sein. Ich begreife nicht, wie er trotzdem behaupten kann, daß die Lebenshaltung der Arbeiter eine viel bessere geworden wäre. Sie hätten alle Ursache, dahin zu wirken, daß unsere Sozialpolitik nicht still steht, sondern ausgebaut wird. Die Arbeitskraft eines Volkes ist sein Nationalvermögen, und die Hunderttausende, die durch Unfälle arbeitsunfähig geworden sind, sind dem Nationalvermögen verloren gegangen. Ein Minister, der sich seine Warzengrube dorthin schreiben läßt von dem Herrn Kalkewitz, ist ein Volksfeind, der so schnell wie möglich von seinem Posten abgesetzt werden müßte. (Lachen rechts. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist schon die Rede gewesen von den Rechtsauskunftsstellen. Durch diese will man offenbar die Arbeiterschaft davor schützen, der Sozialdemokratie in die Arme zu fallen. Wir haben gegen die Mittel zu diesem Zweck nichts; wir sind gerne bereit, höhere Mittel dafür zu bewilligen, weil wir meinen, daß auf diesem Gebiete nicht genug geleistet werden kann. Eine Schädigung unserer Partei befürchten wir davon durchaus nicht, sie käme auch für uns — gegenüber den Interessen der Arbeiter, die der Rechtsauskunftsstellen bedürfen — gar nicht in Betracht. (Lachen rechts.) Sie haben ja von dem Leben der deutschen Arbeiter gar keine Ahnung und sollten sich häuten, die großen Massen der Arbeiter immer aufs neue zu beleidigen, wie es neulich Herr Kalkewitz wieder getan hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der frühere Minister v. Berlepsch hat bei einer Gelegenheit selbst anerkannt, daß die Erhaltung des Friedens im Holzgewerbe der aufreibenden Tätigkeit der Zentralvorstände der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu verdanken gewesen ist. Ich weiß nicht, ob der jetzige Handelsminister in die Fußstapfen seines Vorgängers treten wird. Die Freundschaft des Herrn Kalkewitz wird er sich jedenfalls dadurch nicht erwerben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Minister sollte sich darum kümmern, daß die Innungen

die ihnen durch die Gewerbeordnung auferlegten Aufgaben besser erfüllen. Der Berliner Polizeipräsident hat sich an die Berliner Gewerbeinspektion um Hilfe wenden müssen zur Abstellung der Mißstände in der Innungsverwaltung! Noch heute wird dort erst alle vier Wochen die Bettwäsche gewechselt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Genau so schlimm liegt es mit dem Arbeitsnachweis, dessen Führer dort ein Restaurant und so natürlich ein Interesse daran hat, daß die Arbeitsuchenden in seinem Lokal etwas verzehren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sehr mangelhaft erfüllen die Innungen auch ihre Aufgaben in bezug auf den Ausbau der Fortbildungsschulen. An vielen Orten scheint bei den Innungen nicht das rechte Verständnis für die Pflicht, Handwerkerlehrambeiträge zu zahlen, vorhanden zu sein. Im Kreise Königsberg i. d. Neumark, der Domäne des Herrn Landrats v. d. Osten, sind in einem Orte eine ganze Reihe von Jahren hindurch die Handwerkerlehrambeiträge nicht nur von den betreffenden Handwerksmeistern erhoben worden, sondern auch noch von den Gesellen. (Hört! hört!) Auf eine Beschwerde an den Landrat ist ihnen nach den üblichen sechs Wochen ein ablehnender Bescheid zuteil geworden, der sie an den Regierungspräsidenten verwies. Durch diesen ist dann die Gemeindefürsorge angewiesen worden, die falsch erhobenen Beiträge wieder zurückzugeben. (Zuruf rechts.) Nun wird gesagt, der Landrat sei nicht zuständig. Er kümmert sich aber doch sonst um jede Kleinigkeit, die die Finanzen der Gemeinde berührt. So wie dort wird es natürlich in vielen anderen Fällen auch liegen; nur Klagen die betreffenden nicht. — Jetzt will man die Krankenkassenbeiträge halbieren, um den angeblich gefährlichen Einfluß der Sozialdemokratie auf die Krankenkassen zu beseitigen. Die besonnenen Vertreter der Krankenkassen, der Verband der Krankenkassen Deutschlands, hat aber auf seiner Konferenz, welcher die Regierung beizuwohnen abgelehnt hat, angelegt, daß die Anschuldigungen gegen die Krankenkassen absolut unhaltbar sind. Ein Arbeitgeber sagte z. B.: „Der Forderung der Selbstverwaltung der Krankenkassen stimmen wir rückhaltlos zu. . . . Leider ist der Kampf gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen ein politischer geworden. Gegenüber den Lichtseiten der Selbstverwaltung treten die Schattenseiten vollkommen zutage. . . . Der einzige Erfolg der Krankenkassen ist den Arbeitervertretern in erster Linie zu danken.“ Ein anderer Arbeitgeber führte aus, es sei nicht wahr, daß die Arbeiter ihre Rechte den Krankenkassen gegenüber benähmen, um lediglich ihre politischen Interessen zu wahren. Sie hätten als Arbeitgeber in der friedlichen Weise seit Jahren mit den Arbeitervertretern zusammengearbeitet. Auch einer der größten Seifenmacher auf politischem Gebiete, Kommerzienrat Mend aus Altona, hat ausdrücklich bestätigt, daß die Begründung, daß die Arbeitervertreter in den Krankenkassen ihre politischen Interessen vertreten, jeder Unterlage entbehre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Vereinfachung der Selbstverwaltung der Krankenkassen wäre ein großer Fehler. Für uns denn es würde dadurch eine ganze Anzahl tüchtiger Kräfte für den Staat frei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich komme nun zur Frage der

Wohnungsverhältnisse.

Eine große Ordkrankenkasse in Berlin hat Erhebungen über diese Verhältnisse angestellt. Ich lege die betreffenden Jahresberichte auf dem Tisch des Hauses nieder. Durch die Aufdeckung dieser Wohnungsverhältnisse haben sich nun die Grundbesitzer geschädigt gefühlt und sich an den Magistrat in Berlin und den Oberpräsidenten gewandt, die jedoch beide ein Einschreiten gegen diese Erhebungen abgelehnt haben. Die Grundbesitzer sind dann an den Minister gegangen, und dieser hat eine Verfügung erlassen, wonach Gelder der Krankenkassen zur Aufnahme von Wohnungsanfragen nicht benutzt werden dürfen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Verfügung beweist Mangel an jeglichem sozialpolitischen Verständnis. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie ist um so bedauerlicher, weil von seiten der Regierung nichts, gar nichts geschehen ist, um der furchtbaren Wohnungsnot zu Hilfe zu gehen. Der Herr Minister würde sich freilich auch bald das gute Zeugnis des Herrn Kalkewitz verschreiben, wenn er auf diesem Gebiete energische Maßnahmen ergreifen wollte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Mit Rücksicht auf die furchtbaren Gefahren, die durch

die Hausindustrie

der Volksgesundheit drohen, sollte die Regierung endlich energische Maßnahmen ergreifen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In sehr vielen Berichten der Gewerbeinspektoren wird zugegeben, daß zwar eine Lohnerhöhung stattgefunden habe, daß diese aber durch die Erhöhung der Preise der Lebensmittel und der Verbrauchsgüter teilweise ausgeglichen, teilweise ganz überstritten sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Nebenberlei eine Reihe solcher Äußerungen in Gewerbeinspektorenberichten. In einem Bericht wird darauf hingewiesen, wie ein Arbeitgeber sich von der Rücklosigkeit des achtstündigen Arbeitstages, den er in seinem Betriebe einführt, überzeugt hat. Tatsächlich ist überall zu beobachten, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit die Lebenslage der Arbeiter gehoben wird und der Betriebsbesuch insoweit abnimmt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Aufgabe des Handelsministers ist es, auf alle diese Verhältnisse ein aufmerksames Auge zu werfen. Er sollte nicht, wie es versucht worden ist, die Gewerbeinspektoren behindern, sich um diese Verhältnisse zu kümmern. Das ist nichts als eine Vogel Straußpolitik, die über die Wirklichkeit doch nicht hinwegbringen kann. Wenn die Regierung ihre Pflicht auf diesem Gebiete nicht erfüllt, darf sie sich nicht wundern, wenn die Arbeiter kein Vertrauen zu ihr haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hammer (L.): Die Notlage des Mittelstandes ist viel schwerer als die der Arbeiter. Die Forderung, daß nun auch Arbeiterkontrollen in der Industrie eingeführt werden sollen, lehnen wir ab; dazu haben die Arbeiter nicht die nötige Einsicht; sie haben einen zu beschränkten Horizont. (Abg. Hoffmann (Soz.): Das kommt auch bei anderen Leuten vor! Heiterkeit.) Herr Borgmann, der Vertreter einer Partei, die gegen alle sozialpolitischen Gesetze gestimmt hat (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), hatte den traurigen Mut, hier von unserer rückständigen Sozialpolitik zu sprechen, während doch die englischen Arbeiter erklärt haben, zu Zuständen, wie wir in Deutschland, würden sie nie kommen. Wie sieht es denn mit der Sozialpolitik in den sozialdemokratischen Vertrieben aus? Von den sozialdemokratischen Forderungen des Achtstundentages, der Gleichberechtigung der Frauen ist in den sozialdemokratischen Konsumvereinen nichts durchgeführt. (Hört! hört! rechts.) Ich erinnere auch an die Angriffe Reichshausers gegen den Leiter der „Vorwärts“-Druckerei, den Abg. Fischer. Herr Reichshausen hat festgestellt, daß in der „Vorwärts“-Druckerei das Kontrollsystem der Maschinenführer zu den größten Schikanen führte. Zwei Maschinenführer sind aus der „Vorwärts“-Druckerei ausgeschieden, weil sie die Vorwürfe ihrer Kollegen nicht mehr anhören wollten, daß sie zuviel arbeiteten. (Hört! hört! rechts. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Reichsverbandsmaterial!)

Minister Dr. Delbrück:

unter unserer Wirtschaftspolitik haben Handel, Industrie und Schiffahrt glänzenden Aufschwung genommen. Eine verständige Mittelstandspolitik halte ich für durchaus notwendig. Die Wiedereinrichtung wird während der Uebergangszeit möglichst milde gehandhabt werden. Ein großer Teil der Wäckermeister hat übrigens aus eigener Initiative mühevollgütige Betriebe geschaffen. Der Wohnungsgesetzentwurf wird dem Landtag voraussichtlich im nächsten Herbst unterbreitet werden. Die Beteiligung an Konsumvereinen kann den Beamten natürlich nicht verboten werden; in größeren Orten sollten aber Beamte nach Möglichkeit nicht in die Leitung von Konsumvereinen eintreten. — Mit den Herren Borgmann und Borgmann stimme ich darin überein, daß der Alkoholgenuss in den Arbeiterkreisen zurückgegangen ist. Die Hauptsache ist, daß den Arbeitern an der Arbeitsstelle alkoholfreie Getränke, Tee oder Milch, zu ganz billigen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Wenn die politischen Arbeiter die Unfallversicherungsbedingungen usw. nicht verstehen, so liegt das nicht an uns, sondern an denjenigen, die sie verhindern, die deutsche Sprache, die sie in der Schule gelernt haben, auch weiter anzuwenden. (Sehr richtig! rechts.) Herr Borgmann hat sich besorgt über meinen Erlaß in der Frage der Wohnungsenquete von Kronenklaffen. Ich bin dabei aber lediglich der Volltreiber einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, also des höchsten zuständigen preussischen Gerichtshofes gewesen. Was die Hingussetzung von Ärzten zur Gewerbeinspektion anlangt, so sind unsere Bezirksbeamten völlig dazu qualifiziert und berufen, die Gewerbeaufsichtsbeamten in medizinischen und hygienischen Fragen zu beraten. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sind ausdrücklich angewiesen, sich des Rates der Bezirksbeamten in geeigneten Fällen zu bedienen. Neben den Schulärzten und Kreisärzten aber noch besondere Gewerbeärzte anzustellen, ist überflüssig und würde nur zu Kompetenzkonflikten führen. Mit den weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten sind gute Erfahrungen gemacht worden; ihre Zahl soll vermehrt werden, doch, wo eine besonders starke Zahl von Arbeiterinnen vorhanden ist. Die sozialdemokratische Forderung aber, in jedem Bezirk eine Inspektorin anzustellen, geht über das Ziel hinaus und würde Mittel erfordern, die mit dem Effekt in keinem Verhältnis stehen. Gegen die Heranziehung von Arbeitern zur Gewerbeaufsicht sprechen erhebliche Bedenken. Herr Borgmann hat mich einen Volksfeind genannt. Aber ein Volk besteht nicht nur aus Händen, sondern auch aus Köpfen. Wir werden immer die Interessen der Arbeiter schützen, aber darüber auch die Sorge für die Wohlfahrt der übrigen Kreise des Volkes nicht vergessen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Pieper (Z.): Wir werden für den sozialdemokratischen Antrag stimmen. Nur die Forderung, daß in jedem Gewerbeinspektionsbezirk ein weiblicher Aufsichtsbeamter angestellt werden soll, geht uns zu weit. In manchen Bezirken gibt es sehr wenige weibliche Arbeiter. Den Gewerbeaufsichtsbeamten sollte das Recht zu polizeilichen Verfügungen zugehen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dirck-Offen (natl.): Herr Borgmann behauptete, das Parteinteresse stehe seinen Freunden nicht höher als die materiellen Interessen der Arbeiter. Das war aber doch nicht immer so. (Sehr richtig! rechts.) — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere daran, daß die Sozialdemokratie gegen die grundlegenden sozialpolitischen Gesetze im Reichstag gestimmt hat. Wenn Sie hier anders handeln, so wäre es ja gewiß erfreulich, wenn Sie unter die staatsverhaltenden Parteien gehen wollen. Aber brauchen im Lande wird man sich doch sagen: Trau, schau, wem! (Sehr richtig! rechts.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf abends

7 1/2 Uhr.

Abg. Borgmann (Soz. persönliche Bemerkung): Der Herr Minister hat gesagt, ich hätte ihn vorgeworfen, daß er ein Volksfeind sei. Ich habe aber nur gesagt, der Minister wäre ein Volksfeind, wenn er sich die Paragrafen von Herrn Kalkewitz verschreiben lassen wollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Hammer empfehle ich, den heutigen Artikel in der „Welt am Montag“ zu lesen.

Präsident v. Krüger: Auf Wiedersehen, meine Herren, heute abend. (Große Heiterkeit.)

Schluß 4 1/4 Uhr.

Soziales.

Aus dem Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts.

Der Versuch, das Verbot der Aufrechnung gegen den Lohn einzuzugeln und Anträge, die sich auf die Arbeitszeit und die Sonn- und Feiertage der in Kontoren beschäftigten Schiffs-, Lehrlinge und Arbeiter bezieht, beschuldigte die letzte Ausschussung des Berliner Kaufmannsgerichts am 5. März.

Die Kommission, der der Antrag der Kaufleute auf Verschärfung des § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches überwiesen war, hatte sich für diese in folgender Form ausgesprochen:

„Der Ausschuss möge beschließen, einen Antrag an die gesetzgebenden Körperschaften dahingehend zu richten, daß dem § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches ein Zusatz wie folgt hinzugefügt werde:

„Eine Aufrechnung gegen Lohn oder Gehalt ist auch für die Beträge, um die ein Angestellter seinen Dienstverhältnissen durch Diebstahl, Unterschlagung oder Verzug geschädigt hat, zulässig.“

Ein Vorkämpfer der Kaufleute bekämpft diesen sozialen Rückschritt auch in dieser Form. Er legt dar, daß der Vorschlag gegen die Angestellten ein Ausnahmefall enthält. Wenn auch einzelne Fälle der Schädigung im Sinne dieses Antrages vorgekommen sein mögen, so motiviert das eine solche Gesetzesbestimmung noch nicht. Es liege kein Material vor, welches diese Bestimmungen rechtfertige. Die Berechtigung des Abzuges sei ein Druck, der auf den Angestellten ausgeübt wird.

Bei der Abstimmung wurde trotzdem der Antrag mit 17 gegen 9 Stimmen angenommen. Für denselben stimmten 8 Mitglieder der Kaufleute, 8 Mitglieder der Handlungsgehilfen (H) und der Vorstände. Gegen denselben stimmten nur 1 Mitglied der Kaufleute und 1 Mitglied der Handlungsgehilfen.

Ferner lag dem Ausschusse folgender Vorschlag vor:
„Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe der Beschäftigten, Lehrlinge und Arbeiter in Kontoren und solchen kaufmännischen Betrieben, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, nach folgenden Vorschriften geregelt wird:

1. Befreiung der vollständigen sechsunddreißigstündigen Sonntagsruhe.

2. Ausnahmen von der Sonntagsruhe und dem Höchststundentage sind nur für Arbeiten zuzulassen, die in Notfällen, im öffentlichen Interesse oder zur Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Inventur auszuführen sind.“

In der Diskussion wurde dieser Vorschlag von der Mehrheit der Kaufleute auf das Bestehende belassen. Es wurden Ausnahmen gefordert für das Expeditionsgewerbe, für die Lebensmittelbranche sowie für die Schiffahrt. Die vollständige Sonntagsruhe sei wohl für 95 Proz. der Geschäfte durchführbar, aber für 5 Proz. unmöglich. Würde die Sonntagsruhe für die ganze Welt eingeführt, dann wäre sie auch in Deutschland möglich. Unsere Häfen und der gesamte Handel würden darunter leiden.

Die Handlungsgehilfen, die nur geistig arbeiten, brauchen die Sonntagsruhe nicht so nötig, wie die Arbeiter am Schraubstock oder an der Hobelbank, denn die geistige Arbeit erschöpft mehr als die körperliche.

Diese Ausführungen wurden von den Beschäftigten und einem Mitglied der Kaufleute widerlegt. Letzterer führte aus, daß in der Expeditionbranche die Meinung über die vollständige Sonntagsruhe selbst eine geteilte sei. Hervorragende Vertreter dieser Branche halten dieselbe für durchführbar. Der Ueberseehandel richtet sich nach den Bedingungen, die ihm gestellt sind; es komme eben auf die Gewöhnung und Erziehung an. Nicht die Interessen einzelner seien entscheidend, sondern das Allgemeininteresse. — Für die Sonntagsruhe sprechen aber hygienische und kulturelle Gründe.

Ein Antrag, den Vorschlag einer paritätischen Kommission zu überweisen, wurde abgelehnt, da genügend amtliches Material durch die Reichskommission für Arbeiterstatistik gesammelt sei.

Bei der Abstimmung über den Vorschlag mit zehn Stimmen angenommen. Acht Mitglieder der Kaufleute enthielten sich der Abstimmung.

Ein Antrag, welcher 50 Ausnahmefälle von der Sonntagsruhe und von den Höchststundentagen fordert, war vorher mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt worden.

Zum Kölner Kerkzestreit.

1. Der Kölner Regierungspräsident hat zum Kerkzestreit eine Erklärung erlassen, in der betont wird, daß infolge der Weigerung der Landärzte, die durch den Krankentassenverband ihnen überwiesenen Kranken Personen in Behandlung zu nehmen, die Aufsichtsbekörderung verpflichtet sei, einzugreifen, um durch Klage im ordentlichen Rechtsweg die Verpflichtung der Ärzte zur Behandlung der ihnen überwiesenen Verkrankten festzustellen.

2. Am Sonntag fand in Köln eine vom Vorstand des Krankentassenverbandes veranstaltete Versammlung statt. Sie nahm nach einem Referat von Fräulein v. Dresden eine Resolution an, in der dem Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg die volle Zustimmung zu seiner Erklärung in der Reichstagsitzung vom 5. Februar ausgesprochen und weiter die Erwartung geäußert wird, daß gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, bis den Krankentassen einen wirksamen Schutz gegen Vergewaltigungen durch den Kerkzeverband gewährleistet.

3. In der Deutschen medizinischen Presse vom 5. März 1909 wird an der Hand einwandfreien Materials dargelegt, daß der „Leipziger medizinische Verband“ der Ärzte keineswegs überall das Interesse einer günstigen Vergütung der Ärzte in Obacht nimmt, vielmehr durch Verträge höher bezahlte Ärzte unterbieten hat — freilich, wohl um bei ihm gut dünkender Gelegenheit dann die Honorare allgemein zu steigern.

4. Der Vorstand des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankentassen (etwa 1800 Krankentassen mit rund 1 700 000 Versicherten umfassend) gibt eine längere Erklärung ab, die sich gegen das Treiben des Kerkzeverbandes und die falschen Behauptungen des Leipziger Vorstandes der Ärzte in dem offenen Briefe an den Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg richtet. Zum Schluß der Erklärung heißt es:

„Die Krankentassen erwarten, daß in der Reichsversicherungsordnung Maßnahmen vorgesehen werden, durch welche sie vor Drangsalierungen und Vergewaltigungen durch die Kerkzearganisationen geschützt werden. Dem schlimmen Treiben des Leipziger Verbandes der Krankentassen gegenüber muß ein Ende bereitet werden, wenn nicht die Krankentassenversicherung verfallt und im wesentlichen eine Existenzversicherung der Ärzte werden soll.“

In der Abwehr der unberechtigten Forderungen der organisierten Ärzte stehen alle Krankentassen, seien es Orts-, Betriebs- oder andere Krankentassen einmütig zusammen. Es besteht hierbei kein Unterschied der Meinungen bei den an den Krankentassen beteiligten Arbeitgebern und Arbeitern. Es muß deshalb der Versuch der Kerkzearganisation, wie er neuerdings in dem Kölner Streite wieder gemacht worden ist, diese Haltung der Krankentassen auf das Konto einer bestimmten politischen Partei zu setzen, zurückgewiesen werden. In Köln kämpfen Orts- und Betriebskassen zusammen. An dem Kölner Streite sind alle Krankentassen interessiert. Bei diesem Streite handelt es sich darum, ob die Krankentassen auf Grund ihrer gesetzlichen Selbstverwaltung und Beitragsfreiheit Einfluß haben sollen auf die Wahl eines Arztsystems, das den Bedürfnissen der Krankentassen und der Ärzte gerecht wird oder ob sie der Diktatur des Leipziger Verbandes unterworfen sind und damit die zwangsweise Einführung der freien Arztwahl über sich ergehen lassen müssen.“

Die ärztlichen Terroristen haben, wie insbesondere die Erklärung der Betriebskrankentassen — mit deren Richtung wir sonst bekanntlich durchaus nicht sympathisieren — zeigt, durch ihre Stumpfheit in der Art des Dr. Mugdan das Maß zum Ueberlaufen gebracht. Verboten, die früher gegen das Gesetz zugunsten der Ärzte Stellung nahmen, terrorisierte Ärzte und die Arbeitgeber und Arbeitnehmer ohne Unterschied ihrer politischen Stellung beurteilen jetzt einhellig das Treiben und Glauben sowie den guten Sitten geradezu ins Gesicht schlagende

Verhalten der ärztlichen Terroristen. Wird die Regierung und der Reichstag nun endlich dem gemeingefährlichen Unfug des Kerkzeverbandes durch die Einführung einer gesetzlichen Pflicht zur Verhandlung ein Ende machen?

Aus Industrie und Handel.

Keine Dividende. Der Aufsichtsrat und der Vorstand der Hamburg-Amerika-Linie hat beschlossen, der Generalversammlung vorzuschlagen, von der Verteilung einer Dividende Abstand zu nehmen. Der im Jahre 1908 erzielte Ertragsgewinn beziffert sich auf annähernd 16 Millionen Mark, wovon nach Abzug der Zinsen für die Prioritätsanleihe ein Betrag von etwa 13 Millionen Mark für Abschreibungen und Zurückstellungen verfügbar bleibt.

Infolge einer Kaufma. In Vöckum erfolgte der Zusammenbruch der Kaufma-Erlema infolge verfehlter Terrain speculationen. Die Passiven betragen über drei Millionen Mark. Hauptbeteiligter ist die Märkische Bank in Vöckum, die 1 1/2 Millionen Mark zu fordern hat, aber hypothekarisch gedeckt ist. An zweiter Stelle steht der Vorbesitzer des Terrains, Freiherr v. Schul, der eine Million zu fordern hat, wovon nur circa die Hälfte herauskommen soll. Handwerker und andere Gläubiger, die zusammen circa 1/4 Million Mark zu fordern haben, werden wohl ganz leer ausgehen.

Roheisenerzeugung in Deutschland. Die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats Februar 1909 stellt sich auf insgesamt 948 867 Tonnen, gegen 1 021 721 Tonnen im Januar 1909 und 994 180 Tonnen im Februar 1908.

Für die Zeit vom 1. Januar bis 28. Februar 1909 stellte sich die deutsche Roheisenerzeugung auf 1 971 888 Tonnen gegen 2 055 515 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften. In Ergänzung unserer Darstellung der Kapitalverhältnisse bei den deutschen Versicherungsgesellschaften sei eine vorläufige Uebersicht der Aktiva der aufsichtspflichtigen Privatversicherungsgesellschaften im Jahre 1907 nachgetragen, die das Aufsichtsammt vor kurzem veröffentlicht hat. Es betragen die Aktiva in Tausenden von Mark: Wechsel der Aktionäre 311 329 T., Grundbesitz 121 706 T., Hypotheken 3 564 796 T., Wertpapiere 259 057 T., Policendarlehen 279 221 T., Bankanlagen und Kassenbestände 69 802 T., Guthaben bei anderen Gesellschaften 27 083 T., Anwesenheiten bei Agenten 77 003 T., rückständige Zinsen 95 159 T., Darlehen auf Wertpapiere 1996 T., Wechsel und Darlehen 123 281 T., diverse Debitoren 81 672 T., sonstige Aktiva und Inventar 33 493 T., insgesamt 5 015 648 T. Der größte Teil der Aktiva, nämlich 70 Proz., ist also in Hypotheken angelegt; die Wertpapiere machen nur 5 Proz. aus, die Policendarlehen 5—6 Proz., die Wechsel und Darlehen 2—3 Proz., und ebensoviel der Grundbesitz.

Betriebsreduktion. Die seit Monaten geführten Verhandlungen wegen einseitiger Einschränkung der Erzeugung in den österreichisch-ungarischen Baumwollspinnereien um 10 Proz. (1/4) während der Dauer von sechs Monaten sind zum Abschluß gelangt, und das diesbezügliche Uebereinkommen ist somit perfekt. Als Beginn der Betriebsreduktion ist der 15. d. bestimmt.

Aus Amerika.

New York, 26. Februar. Es verlautete, daß noch vor dem 1. Mai (bis zu welchem Datum die „Kontrakte“ mit den Arbeiter-Unions laufen) der Stahlmarkt die Arbeitslöhne reduzieren werde, und zwar für die ungelerten Arbeiter um 10, für die anderen um 15—20 Proz. Da die unabhängigen Firmen natürlich nicht zurückbleiben, so werden von der Wagnerei rund 600 000 Arbeiter betroffen, wovon 240 000 auf den Truht entfallen. Dieser befindet sich in einer günstigeren Position wie früher, weil es ihm durch Roosevelts Gefälligkeit möglich geworden ist, seinen hauptsächlichsten Konkurrenten in der Eisenbahnschienenproduktion, die Tennessee Eisen- und Kohlen-Company, zu „überschulen“. Roosevelt hatte unter Mithilfe der betreffenden Bestimmungen des „Antitrust“-Gesetzes den Generalanwalt angewiesen, keine Schritte gegen die kurz nach Eintritt der Krise eingeleitete Manipulation der „Einverleibung“ jener Gesellschaft in den Truht zu unternehmen, da er eine günstige Einwirkung auf den Geldmarkt erwartete. Davon ist indessen absolut nichts verspürt worden. Neuerdings wird die Vermutung ausgesprochen, daß man es in der Lohnreduktionsankündigung nur mit einem Manöver zu tun habe, das eine Herabsetzung des Postes auf Stahl verhindern solle. Man will die Arbeiter veranlassen, die Mitglieder des Bundeskongresses mit Petitionen gegen Zollermäßigung zu bombardieren. Das gleiche Manöver ist in der letzten Zeit mit Erfolg von den großen Holzfirmen des Nordwestens ausgeführt worden. Die Arbeiter wagen ja nicht, die freundliche Einladung zur Unterzeichnung der Petitionen abzulehnen, wenn sie auch nicht einsehen können, welchen Vorteil sie von dem hohen „Schutzzoll“ haben! Die obigen Reduktionen der Löhne ergeben im Verhältnis zu den gewährten Preisnachlässen eine Differenz zugunsten der Gesellschaften. Diese werden also noch profitieren.

Aus der Frauenbewegung.

Die weibliche Arbeitskraft in der Landwirtschaft.

Mit der Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1907 in Preußen war eine besondere Erhebung über landwirtschaftliche Verhältnisse verbunden. Aus dieser gewinnen wir bezüglich der Verwendung weiblicher Arbeitskraft in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben folgende Uebersicht: In den eigentlich landwirtschaftlichen Betrieben stieg von 1895 bis 1907 die Zahl aller Erwerbstätigen im Hauptberuf von 4 033 055 auf 5 095 083, aber dabei sank der Anteil der männlichen Personen von 3 170 292 430 auf 2 992 430, während gleichzeitig ein Zuwachs der weiblichen Kräfte von 1 402 558 auf 2 702 653 erfolgte. Dort ein Rückgang um circa 8 Proz., hier eine Steigerung, die 85 Proz. ausmacht. Bei den Dienenden für den häuslichen Bedarf ergeben sich überall Rückgänge. Insgesamt von 246 841 auf 113 244, bei dem männlichen Personal von 6852 auf 2973. Für das weibliche Personal ergibt sich ein Rückgang von 240 189 auf 110 271. In den Gärtnereien und Blumenbindereien hat die weibliche Arbeitskraft ebenfalls stark zugenommen. Als Erwerbstätige im Hauptberuf wurden Personen gezählt: 1895 98 587 und 1907: 92 482; davon waren männlich 1895: 50 339 und 1907: 75 582, die Steigerung macht 21 Proz. aus; die Zahl der weiblichen Personen stieg von 9188 auf 16 900, mithin um 84 Proz. Hier ist die Zahl der Dienenden für den häuslichen Dienst zurückgegangen, bei den männlichen von 23 auf 10, bei den weiblichen von 3810 auf 3625. Für die beiden Gruppen zusammen ergeben sich diese Zahlen:

	Erwerbstätige im Hauptberuf	Dienende für häusliche Dienste
männliche Personen 1895	3 229 896	6 875
1907	3 068 012	2 083
Zunahme +	absolut 161 884	3 692
Abnahme -	in Prozent - 5	- 55
weibliche Personen 1895	1 471 740	243 990
1907	2 719 593	118 806
Zunahme +	absolut 1 248 807	130 103
Abnahme -	in Prozent + 85	- 53
Personen überhaupt 1895	4 701 632	250 674
1905	5 787 595	116 879
Zunahme +	absolut 1 085 963	133 905
Abnahme -	in Prozent + 23	- 53

Soweit Dienende für den häuslichen Dienst im Betracht kommen, ist demnach überall ein Rückgang, der prozentual bei männlichen und weiblichen gleich ist, auf der ganzen Linie zu verzeichnen. Bei den Erwerbstätigen im Hauptberuf sieht mit der Zunahme die weibliche Arbeitskraft weit voraus, sowohl in der absoluten als auch in der relativen Zahl. Insgesamt ist eine Steigerung von 23 Proz. zu verzeichnen; bei dem männlichen Teil beträgt die Zunahme aber nur 5 Proz., dagegen beim weiblichen Teil 85 Proz. Also auch hier ein rapides Wachsthum der weiblichen Verfassenden.

Som Kampfe um das Frauenstimmrecht in England.

Eine das allgemeine Stimmrecht fordernde Bill wird im englischen Parlament am 19. März zur Debatte stehen. „The Woman Worker“ fordert alle ihre Leser auf, von den Abgeordneten schriftlich zu verlangen, daß sie am 19. März zur Stelle sind und für die allgemeine Stimmrechtsbill eintreten. Vorläufig wird diese Bill von drei Arbeitervertretern, den Abgeordneten Stanger und Dickinson sowie anderen hervorragenden Abgeordneten unterstützt. Man beabsichtigt, durch Einbringung des Wahlrechtsantrages die Stimmung des Unterhauses bezüglich des allgemeinen Stimmrechts zu erschöpfen. Wenn die Debatte für die Anhänger desselben günstig verläuft, so würde damit der Weg für das allgemeine Stimmrecht frei gemacht, das schon in naher Zukunft eine Frage der praktischen Politik werden könnte.

Prügel für die Suffragettes fordert ein in der englischen Zeitschrift „Outlook“ veröffentlichter Brief. Der intelligente Verfasser desselben erklärt die Ursache der Stimmrechtsbewegung aus der Nichtanwendung der Prügelstrafe bei Mädchen in der Schule wie in der Familie. Nach einigen zusammentreffenden Betrachtungen über das Aussehen von Frauen in Italien und Rußland meint er, daß politische Frauen nur durch kräftigen Gebrauch der Rute kuriert werden können, und fährt dann wörtlich fort:

„Auch sehe ich nicht ein, was die Suffragettes gegen dieses Heilmittel einwenden könnten. Sie erstreben doch die Gleichberechtigung mit dem anderen Geschlecht. Daraus folgt, daß sie gleicherweise der Rute unterworfen werden sollten. ... Manche von ihnen scheinen überhaupt noch jener Altersstufe anzugehören, auf der Schläger geprügelt werden. Warum soll man sie nicht auch prügeln?“

Für den geistig-stillständigen Zustand mancher Gegner des Frauenstimmrechts ist diese den Frauen der zivilisierten Welt zugeschliffene rohe Beschimpfung sehr bezeichnend.

Verfammlungen.

Der Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Deutschlands (Zentrale Berlin) hielt am Donnerstag seine Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht, der gedruckt vorliegt, geht hervor, daß der Malerberuf wie alle anderen Gewerbe schwer von der derzeitigen Krise getroffen wurde. Kämpfe hatte die Zentrale Berlin nicht zu bestehen, nur bei zwei Streiks war sie in Mitleidenschaft gezogen. Zu tariflichen Differenzen führten die Renovierungsarbeiten in der großen Maschinenhalle der A. G. B. in der Ackerstraße. Hier mußte die Arbeit in der Nacht ausgesetzt werden, da die Arbeiter am Tage Gefahr liefen, bei vollem Betriebe im Maschinenwerke Schaden zu erleiden. Der ausführende Unternehmer Behmann wargerte sich nun, den tarifmäßigen Zuschlag für Nachtarbeit zu zahlen. Das Innungsgericht in Großlichterfelde, dem die Klage vorlag, nahm nun sonderbarerweise den Standpunkt ein, daß die betreffenden Arbeiter auf den Zuschlag keinen Anspruch hätten, da sie die Arbeit übernommen haben, obwohl ihnen gesagt worden sei, daß es keinen Zuschlag gäbe.

Da auch die Tarifüberwachungskommission keine Einigung erzielen konnte, ging die Angelegenheit an das Einigungsamt des Gewerbegerichts Berlin. In der anberaumten Sitzung erklärte die Arbeitervertreter, daß wünschenswerterweise und Nachtarbeit kein Unterschied zu konstruieren sei, während die Unternehmer der gegenteiligen Meinung waren, indem hier Schichtarbeit und nicht Nachtarbeit im Sinne des Tarifs vorläge und somit der Zuschlag wegfalle. Das Einigungsamt kam zu keinem Schiedsspruch, sondern erklärte, Nachtarbeit im Sinne des Tarifs liege nur dann vor, wenn dieselbe im Aufsatze an die Tagesarbeit geknüpft werde. Im freitragigen Falle liege, da nur nachts gearbeitet werde, Schichtarbeit vor, worüber der Tarif keine Bestimmungen enthalte. Es empfehle den Parteien, in derartigen Fällen sich auf einen Zuschlag zu einigen. Die Verbandsleitung steht aber auch jetzt noch auf dem oben erwähnten Standpunkte, nach dem Nachtarbeit Nachtarbeit sei und ersucht die Kollegen, bei solchen Arbeiten stets dahin zu wirken, daß der tariflich festgelegte Zuschlag gezahlt wird.

Dieser Fall löste eine längere Diskussion aus, in der alle Redner mit einer Ausnahme sowie auch die Versammelten durch einstimmige Zustimmung zu erkennen gaben, daß sie den Standpunkt des Vorstandes teilen.

Bezüglich der Bundesratsverordnung vom 27. Juni 1905 betreffs der Bearbeitung bleibhaltiger Farben ist schon wiederholt festgestellt worden, daß sie durchaus nicht ausreichend ist, um den Arbeitern des Malerberufs genügend Schutz gegen die Gefahren der Bleibvergiftung zu bieten. Es mangelt an einer durchgreifenden behördlichen Kontrolle und die Verordnung selbst bietet ebenfalls Lücken, die es den Unternehmern ermöglichen, die gesetzlichen Bestimmungen in reichlichem Maße zu umgehen. Es ist dies um so mehr zu beklagen, als es heute schon genug vollwertige Ersatzmittel gibt, weshalb die Arbeiter einen durchgreifenden Schutz nur in einem vollständigen Verbot der bleibhaltigen Farben zu erblicken vermögen. Ueberhaupt hofft es mit der Durchführung der gesamten Schutzbestimmungen auf den Seiten der Behörden und die Kollegen werden dringend ermahnt, weit energischer wie bisher in dieser Hinsicht zu wirken.

Was die Arbeitsmethoden anbelangt, so ist festgestellt, daß die Lohnarbeit noch überwiegend vorkommt, jedoch ist eine steigende Tendenz zur Allortarbeit nicht zu verkennen.

Die Malerier erzieute sich einer regen Beteiligung. Wahregelungen waren, abgesehen von einem Fall, nicht zu verzeichnen. Arbeitsgeheude auf dem Arbeitsnachweis sind 1908 8402, offene Stellen 6995, belegte Stellen 2019 angegeben.

Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage ist die Zahl der aufgenommenen Mitglieder eine ziemlich bedeutende, jedoch schließt es an der nötigen Stabilität derselben. Eine große Zahl hat es auch infolge der Arbeitslosigkeit vorgezogen, Berlin zu verlassen.

Für die Session der Malerier war das Jahr 1908 ebenfalls nicht günstig. Die Zahl der Mitglieder betrug am 31. Dezember 1908 500. Infolge der schlechten Konjunktur konnten teilweise Lohnreduktionen nicht verhindert werden, wollte man nicht schwere Kämpfe, deren Ausgang zweifelhaft gewesen wäre, heraufbeschwören. Im Betriebe der Großen Berliner Straßenbahn, Uferstraße, brachte es der gelbe Unternehmungsverein fertig, daß die verbandstreuen Arbeiter nach und nach entlassen wurden. Dasselbe ist von der Firma Siemens u. Halske, Wernertwerk, zu berichten.

Die Einnahmen der Hauptkasse betragen: 81 564,50 M., der Filiale: 100 141,41 M., Summa: 181 705,91 M. Die Ausgaben der Hauptkasse: 81 844,35 M., der Filiale: 22 700,71 M., Summa 104 545,06 M. Bilanz: Einnahme 181 705,91 M., Ausgabe 104 545,06 M., Bestand 77 160,85 M. Der Mitgliederstand am Schlusse des Jahres 1908 betrug 5530. An den Geschäftsbericht schloß sich eine rege Debatte, doch wurde an der Geschäftsführung des Vorstandes im wesentlichen nichts herangeführt.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1908 ergab folgendes Bild: Einnahme der Hauptkasse 15 555,45 M., Ausgabe 15 573,35 M.; Einnahme der Filiale 82 436,98 M., Ausgabe 88 124,08 M., Bilanz: Einnahme 97 992,43 M., Ausgabe 20 801,28 M., Bestand 77 191,15 M. Gewählt wurde der gesamte Vorstand wieder. Für die Unterkommission des 1. Grades bestimmte die Versammlung die Mitglieder Wendel und Ringel.

Fahr-Verbindungen:
 Auto-Omnibusse:
 4, 4a und 4
 Omnibusse: 1, 8, 10,
 14, 18, 20, 24 u. 43
 Stadt- u. Vorortbahn:
 Bahnhof Friedrich-
 Strasse,
 Lehrter und Stet-
 tiner Bahnhof

Passage-Kaufhaus

Friedrich-Strasse 110-111-112 Oranienburgerstr. 54-55-56-56a

Fahr-Verbindungen:
 Strassenbahnen:
 1, 4, 12, 16, 18,
 19, 23, 26, 28, 29,
 32, 34, 43, 52, 56
 Städt. Strassenbahn:
 Pankow - Mittel-
 Strasse

Enorm billige Angebote

Soweit Vorrat **Nur für heute gültig** Soweit Vorrat

ca. 8000 Paar Handschuhe

- | | | | |
|--|---------------|--|-----------------------------|
| Damen-Glacés schwarz, weiss, farbig, 2 Druckknöpfe . . . Paar | 75 Pf. | Damen-Ziegenleder farbig und weiss, 2 Druckknöpfe, Paar | 1.75 |
| Damen-Waschleder Ia, gelb, weiss, grau, braun, 3 Knöpfe Paar | 1.20 | Herren-Glacés farbig, 1 Druckknopf, Paar | 85 Pf. |
| Damen-Glacés prima, schwarz, weiss, farbig Paar | 1.25 | Ein Posten Herren- Nappa | } statt 1.85
2.90 |
| Damen-Nappa prima, 2 Druckknöpfe, Paar | 1.65 | Herren- Stepper | |
| | | Herren- Waschleder | |

ca. 1500 Blusen

- Weisse Wollbatist-Bluse** mit gestickter Tüllpasse und reicher Entredeux-Garnierung, ganz auf Futter **2.90**
- Weisse Wollbatist-Bluse** Tüllpasse mit Goldbörtchen, eleg. Fältchen- u. Entredeux-Garnierung, ganz auf Futter **4.75**
- Alpaka-Bluse** in neuesten hellen Streifen mit Spachtel u. Plissee garniert, ganz auf Futter **5.50**
- Taffet-Chiffon-Bluse** mit Fältchen-, Tüll-Passe und Spachtel-Einsatz, Aermel in Fältchen, ganz auf Futter **8.90**
- Hemdbluse** aus Ia Taffet-Chiffon, Vorderteil und Aermel reich mit Fältchen und Plissee garniert, ganz auf Futter **10.90**

5000 Damen-Gürtel

- Offiziers-Feldbinde** m. Schloss Stück **35 Pf.**
- Gold-Gummigürtel**, gepresst oder bedruckt, neueste Dessins Stück **75 Pf.**
- Sammet-Gummigürtel** mit hocheleg. Goldschloss. Stück **1.65**
- Wiener Goldgürtel** aus Soutaches geflochten, ehr elegant Stück **2.90**

Bijouterien

- Entzückende **Bijouterien** zur Konfirmation
- 2000 moderne Brochen** Wert bis 1.25 Stück **35 Pf.**
 - 500 eleg. Damen-Uhrketten** mit Schieber Wert b. 11.00 **3.65**
 - 600 Fächer** neue moderne Muster Stück **35 Pf.**
 - 800 Herren-Uhrketten** mod. Ausführung, Wert b. 7.50, Stück **2.25**
 - Ringe** mit echten Diamanten Stück **1.45**

Grosse Posten Weisswaren

- Matrosen-Kragen** aus farbigen Stoffen mit bunten Besätzen Stück **45 Pf.**
- Matros.-Stickereikrag.** in verschiedenen Mustern Stück **95, 60 Pf.**
- Matrosen-Garnituren** Kragen u. Manschett. in modernen Farben Stück **75 Pf.**
- Jabots mit Kragen** aus Tüll und Spachtel, elegant und praktisch Stück **95 Pf.**
- Damen-Krawatten** reine Seide in grossem Farbensortiment vorrätig. Stück **25 Pf.**
- Damen-WäscheKragen** mit Stickerei, Kurbelarbeit etc. Stück **25 Pf.**

Papierwaren

- 3000 Pakete Butterbrotpapier** fettlicht . . 100 Blatt **16 Pf.**
- 10 000 weisse Crêpe-Papier-Servietten** 38x38 cm 100 Stück **48 Pf.**
- 1000 Stück Tischläufer** 3 Meter lang Stück **18 Pf.**
- Ueberseepapiere** 100 Bogen Billettformat u. 50 Kuverts, dazu pass. **65 Pf.**
- Toilette-Papier** grosse Rolle **8 Pf.**

Parfümerien

- Echte Buttermilch-Toilette-Seife** Stück **18 Pf.**, 3 Stück **45 Pf.**
- Feinste Toilette-Seife** in versch. Blumengerüchen Kart. 3 . . . **85 Pf.**
- Eucalyptus - Mundwasser** Flasche **38 Pf.**
- Franzbranntwein** gut gelagert, Flasche $\frac{1}{4}$ Liter **55 Pf.**, $\frac{1}{2}$ Ltr. **1.00**
- Bay-Rum** St. Thomas Flasche $\frac{1}{2}$ Liter **85 Pf.**
- Blitzblank** Scheuerpulver Pfund-Paket **12 Pf.**

5000 Pfund Ia Tafel-Lachs in ganz. Fischen circa 4-7 Pfund Pfund **55 Pf.** im Anschnitt 10 Pf. mehr. Kostproben von geröstetem Lachs auf Pariser Art gratis.

Der außerordentliche Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Van der Goes (Redakteur der wissenschaftlichen Monatschrift „De Nieuwe Tijd“) erklärt sich gegen den Ausschluß der „Tribüne“-Redaktion wiederholt scharf dagegen aus. Das Wochenblatt dient ihr nicht als Äquivalent. Doch meint der Redner, daß eine Probe damit zu machen sei, da seiner Ansicht nach die meisten leitenden Organe ernsthaft glauben, daß es ein Mittel sei, die zerstückelte Einheit der Partei wiederherzustellen.

Das Bedürfnis nach einem Oppositionsblatt, wie es die „Tribüne“ ist, entstand, da die Redaktion von „Het Volk“ je länger je mehr „eine Partei in der Partei“ wurde. In großen und kleinen Fragen, über In- und Ausland, wurde von ihr absichtlich für den Revisionismus eine polemische Propaganda geführt.

Bei Eröffnung der Sonntagsitzung wandte sich der Vorsitzende Vliegen namens der Redaktion von „Het Volk“ gegen die verschiedenen Redner des vorigen Tages und meinte, die Beschuldigungen gegen Kammerfraktion und Parteivorstand seien absolut nicht begründet worden.

Dr. J. Wynkoop (einer der drei „Tribüne“-Redakteure) erwidert auf Vliegens Behauptung, die „Tribüne“ habe gegen ihre frühere Erklärung gehandelt. Die Situation, die bei Abgabe der Erklärung bestand, habe sich geändert, nachdem der Parteivorstand (ohne Zuziehung der „Tribüne“) ihre Aufhebung beschloffen habe.

vor zehn Jahren zustande gekommen sei. Seitdem nichts mehr. Auch in Deutschland nicht. Ein Resultat des Kampfes gibt es nur: die Organisation in der Gewerkschafts- und politischen Bewegung. Und darin steht das Ausland voran, hier ist es traurig bestellt mit der Organisation der Arbeiterklasse.

Ein anderer Unterschied ist in einer zu Utrecht gehaltenen Rede Troelstras zutage getreten, in der er sagte: Die Aufgabe der Partei sei, auf politischem Gebiete zu tun, was die Gewerkschaftsbewegung auf ökonomischem Gebiete tue.

Troelstra: Vollkommen richtig! Wynkoop: Daraus entsteht etwas ganz anderes. Die Gewerkschaftsbewegung aber hat zum Zweck, Verschlechterungen abzuwehren und Verbesserungen durchzuführen.

Hugenholz (Kammerfraktion): Ist das auch etwas Neues? Wynkoop: Dann sagt man also gegen besseres Wissen, daß die Partei auf politischem Gebiet das selbe zu tun hat wie die Gewerkschaftsbewegung auf ökonomischem Gebiet.

Troelstra: Du verästelst die Sache wieder. Ich habe gesagt, daß die Partei auf politischem Gebiet auch tun muß, was die Gewerkschaftsbewegung auf ökonomischem Gebiet tut.

Wynkoop: In diesen Dingen also sieht der Revisionismus dem Marxismus gegenüber. Wir verlangen vollkommene Freiheit der Meinungsäußerung für unsere Ansicht, die im Ausland großen Anhang hat, auch in der holländischen Partei wohl schon tausend Mann.

Frau Roland-Holt: Unter der Redaktion von Lal. Troelstra: Unter meiner Redaktion wurden Frau Roland-Holt und Gorter als Marxisten zur Mitarbeit aufgefordert.

Gorter: Es hat nicht lange gedauert. Als ich über Religion nicht in Ihrem Sinne schrieb, war es aus.

Wynkoop: Man hat uns hintereinander vertrieben aus den Wochenblättern „Voorpost“, „Nieuwe Tijd“, „Volk“, „Vorwärts“. Und man bedroht uns im „Friesch Volkblad“, „de Volkskrant“, man hat versucht, uns die wissenschaftliche Monatschrift „De Nieuwe Tijd“ zu entreißen und jetzt die „Tribüne“.

Wynkoop: Richtig. Sie sagen also, daß unser Ausgangspunkt der Partei schädlich sei. Aber wie kann das sein, wo die „Tribüne“ allein auf der Unterstützung der Proletarier beruht!

De Noode (Redakteur am „Het Volk“): Trotz Euer ist das geschehen. Wynkoop: Wir haben doch das Recht, in unserer Abteilungsorganisation andere Kandidaten zu empfehlen.

Troelstra: Nach allem, was Ihr in der letzten Zeit über mich geschrieben habt, muß es Euch unmöglich sein, fortan für mich zu arbeiten.

Wynkoop: Ihr hört also, wenn die „Tribüne“ weg ist, will man uns das Recht nehmen, in unserer Organisation bestimmte Kandidaten zu empfehlen! Redner vergesst die deutschen Wahlrechtskämpfe, deren er sehr rühmend gedenkt, mit den in Holland geführten.

Troelstra: Die „Tribüne“ sei errichtet worden, um die Industriearbeiter endlich in die Partei zu bringen, um dem Marxismus in der Partei endlich zum Siege zu verhelfen.

Die „Tribüne“ sei errichtet worden, um die Industriearbeiter endlich in die Partei zu bringen, um dem Marxismus in der Partei endlich zum Siege zu verhelfen.

Die „Tribüne“ sei errichtet worden, um die Industriearbeiter endlich in die Partei zu bringen, um dem Marxismus in der Partei endlich zum Siege zu verhelfen.

Die „Tribüne“ sei errichtet worden, um die Industriearbeiter endlich in die Partei zu bringen, um dem Marxismus in der Partei endlich zum Siege zu verhelfen.

Die „Tribüne“ sei errichtet worden, um die Industriearbeiter endlich in die Partei zu bringen, um dem Marxismus in der Partei endlich zum Siege zu verhelfen.

Die „Tribüne“ sei errichtet worden, um die Industriearbeiter endlich in die Partei zu bringen, um dem Marxismus in der Partei endlich zum Siege zu verhelfen.

Die „Tribüne“ sei errichtet worden, um die Industriearbeiter endlich in die Partei zu bringen, um dem Marxismus in der Partei endlich zum Siege zu verhelfen.

Die „Tribüne“ sei errichtet worden, um die Industriearbeiter endlich in die Partei zu bringen, um dem Marxismus in der Partei endlich zum Siege zu verhelfen.

Die „Tribüne“ sei errichtet worden, um die Industriearbeiter endlich in die Partei zu bringen, um dem Marxismus in der Partei endlich zum Siege zu verhelfen.

Die „Tribüne“ sei errichtet worden, um die Industriearbeiter endlich in die Partei zu bringen, um dem Marxismus in der Partei endlich zum Siege zu verhelfen.

Die „Tribüne“ sei errichtet worden, um die Industriearbeiter endlich in die Partei zu bringen, um dem Marxismus in der Partei endlich zum Siege zu verhelfen.

Die „Tribüne“ sei errichtet worden, um die Industriearbeiter endlich in die Partei zu bringen, um dem Marxismus in der Partei endlich zum Siege zu verhelfen.

nicht an proletarischen Elementen, deren die Partei an erster Stelle bedarf. Die Arbeiter bekommen sie nicht. Die Gruppe des Redners stelle sich auf die Grundlagen des Programms. Troelstra aber wolle ein neues Programm, ein revisionistisches oder ein reformistisches Programm machen laut einer seiner letzten Artikel in „Het Volk“; günstigsten Falls werde es ein Kompromißprogramm.

Wenn Troelstra der Arbeiterführer sei und der Politiker der Arbeiterbewegung, dann müsse er die zusammengehörigen Elemente zusammenhalten, aber nicht ihnen, die noch stets bereit seien, die starken Kanten wegzulassen, die Arbeit in der Partei unmöglich machen.

Am Schlusse seiner Rede wird Wynkoop von verschiedenen Seiten unterbrochen, wobei ein Rat Kautskys erwähnt wird, der die Einheit der Marxisten in Holland an erster Stelle empfiehlt und wobei ferner Troelstra zu erkennen gibt, daß der Vermittlungsantrag, die Errichtung eines marxistischen Wochenblattes, von ihm ausgeht.

Wynkoop zeigt an dieser Aeußerung, wie man die Freiheit der Kritik im Wochenblatt zu verstehen habe, nicht Wibaut und Roland-Holt, sondern Troelstra und Schaper seien die Machthaber. Redner erklärt schließlich, seine Gruppe rufe das Urteil der Arbeiter an, wenn der Ausschluß erfolge, und werde die proletarische Partei gründen, welche die S. D. A. P. zu sein nicht verstanden habe.

Nach dieser beinahe dreistündigen Rede erhält das Wort Dr. J. Gorter. Er bestätigt, daß Kautsky ihm geschrieben habe: Das allerwichtigste sei, daß die Marxisten geschlossen bleiben. Dies unterschreibe er, gerade weil er die Partei noch über den Marxismus stelle.

Troelstra (unterbrechend): Sie sagen selbst, in der Agrarfrage habe der Marxismus gesiegt, und wie kann das dann sein, wenn Ihnen das Reden erschwert wurde. Dann stehen Sie hier und lägen.

Gorter: In der Agrarfrage ist es zuletzt noch gelungen, die Frage sachlich zu behandeln, so auch die Schulfrage und den Generalstreik von 1903. Danach aber ist es, da die Marxisten immer mehr Anhang fanden, anders geworden durch Troelstras Juliartikel und seine Broschüre „In Sachen Parteileitung“, eine sachliche Diskussion wurde unmöglich gemacht.

Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Troelstra: Wenn Ihr uns so pressen wollt. Gorter: Er verjude, die Einheit der Marxisten wiederherzustellen. Er tue dies, da er wisse, daß der Sozialismus nicht erreicht werde, wenn der Marxismus gespalten sei.

Partei kämpfen, und andere, die in der Partei kämpfen. Zur Genüge sei bewiesen, daß der Druck der Mehrheit der Grund für die Kampfesweise der „Tribüne“ sei. Sie unterschreibe aber, daß auf die Dauer die Partei diese Kampfesweise nicht betreiben könne; der Augenblick sei gekommen, sie einzustellen.

Sie wolle die Redaktion des Wochenblattes übernehmen, weil ein Zusammenwirken der beiden Richtungen in der Partei notwendig sei. Die Differenzen in Holland seien nicht größer, sondern kleiner, als in anderen Ländern, wenn sich die Minderheit auf toemiger wohl in der Partei fühle. Unter regelmäßiger Verständigung mit der „Tribüne“-Redaktion versteht Mednerin, daß durch möglichste Besprechungen mit dieser Differenzen vermieden werden. Geht das nicht, dann fordern die beiden Wochenblattredakteure Freiheit für ihre Kritik und für ihre Meinung, auch wo dies gegen die „Tribüne“-Redaktion geht. Sie erwarten und fordern als unabhängige Redakteure aufzutreten, die selbst ihre Mitarbeiter wählen und über den Inhalt der Artikel zu entscheiden haben, unter Verantwortung vor dem Parteitag. Sie verlangen mit ihren Mitarbeitern die Zustimmung des Parteitages, daß das Wochenblatt nicht allein ein populär-wissenschaftliches Beiblatt von „Der Volk“ werde, sondern auch ein solches, worin über die tägliche Politik und die Parteifaktik geschrieben werden kann. Es sei eine Frage des Takttes, wie dies auszuführen sei, unter Wahrung und Verstärkung der Kampfesfähigkeit der Partei.

Erst hier auf dem Parteitag sei ihr betruht worden, welcher esender Zustand es sei, wenn sie und ihre Mitarbeiter ihre Aufgabe ansetzen sollten ohne die „Tribüne“-Gruppe. Aber sie habe trotzdem ihren Entschluß gefaßt. Auch wenn es zum äußersten komme, wolle sie es versuchen, für den Marxismus in der Partei zu wirken. Sie könne nicht mit der „Tribüne“ aus der Partei treten, das entbehre jedes sittlichen Rechtes. Es gehe nicht um Personen, wenn auch der Parteitag die schlechte Maßregel treffe, diese guten braven aktiven Parteigenossen abzuschießen. Es gehe im Grunde der Sache um Meinungsverschiedenheiten. (Widerspruch.) In warmen Worten wendete sich die Mednerin an die Großmütigkeit des Parteitages, und wenn dieser sie nicht besitze, an ihre Kameraden von der „Tribüne“, die das Parteiwochenblatt akzeptieren sollten unter den von ihr gestellten Bedingungen. (Lauter Weisfall.)

Hierauf spricht das Mitglied der Jociten Kammer, S. Haper, über seinen Anteil am Lauf der Dinge, den er keineswegs bedauert. In seinen Ausführungen verfährt er noch manches von revisionistischer Seite Besagte, und wendet sich ausführlich gegen die „Tribüne“-Wurzeln, deren Ausschluß er eine gesunde Maßregel nennt gegen Personen, die die Partei vergifteten.

Frau Roland-Goltz (unierbrechend): Sie werden ihr Blatt freiwillig aufgeben, wenn sie sehen, wie das Parteiwochenblatt wirken wird.

S. Haper: Sie machen sich Illusionen über Ihren Freund Wynkoop.

Wynkoop: Wenn sich tatsächlich herausstellen würde, daß wir Medefreiheit in dem Wochenblatt haben, dann würden wir aus uns selbst beschließen, die „Tribüne“ aufzuheben.

S. Haper will diesen Wechsel auf die Zukunft nicht akzeptieren. Die mit den „Tribüne“-Leuten aus der Partei gingen, seien gewiß nicht die besten. Mit dem Ausschluß befreie sich die Partei von einem Ballast, der sie erstickere.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die „Tribüne“-Redakteure vielleicht noch etwas zu sagen wünschten, antwortet Wynkoop: Nein!

Nachdem auch noch der Abgeordnete des dritten Amsterdamer Bezirkes, der „Volk“-Redakteur de Noode, sich gegen die „Tribüne“-Redakteure ausgesprochen hat, erhält als letzter Medner und Verteidiger der „Tribüne“-Redakteure das Wort der frühere Vorsitzende der Partei und jetziger Vorsitzender des Niederländischen Gewerkschaftsverbandes.

Henri Polak, der in längerer Rede den Parteitag zu bewegen sucht, den Ausschluß nicht auszusprechen, und vor den Folgen warnt.

Hierauf wird zur Abstimmung über den Antrag des Parteivorstandes geschritten. Bis auf vier erklären sich alle Stimmen für Gründung eines Parteiwochenblattes. Für Aufhebung der „Tribüne“ erklären sich außer 7 Abteilungen alle anderen. Für den Ausschluß ußer „Tribüne“-Redakteure werden 200 Stimmen abgegeben, 88 dagegen, bei 15 Stimmenthaltungen.

Ohne jegliche Stimmungsänderung löst der Parteitag die Verbindung des Resultates an.

Wendels (Parteiorganisations-Mitglied des Parteivorstandes und des Utrechter Gemeinderates, und Kandidat verschiedener Kammerwahlkreise) legt sein Amt infolge dieses Beschlusses nieder und erklärt seinen Austritt aus der Partei.

A. D. Gerhard (Kammerkandidat für den Wahlkreis Schoorland), erklärt, unter keinen Umständen mit der während der Tagung gehaltenen Äußerung Troelstras einverstanden zu sein, die dahin lautete, daß die Kammerfraktion für einen Kriegsmilitaristen stimmen werde, wenn in der Kammer wieder ein Kommen komme, wo die größten Militäristen wieder mit Hilfe der Sozialdemokraten einen Minister stützen zu können hoffen, der eine Schwächung des Militarismus beantragt habe. In solchem Falle werde die Kammerfraktion gegen die ärgsten Militäristen im Interesse des Proletariats stimmen.

Troelstra erwidert, es gäbe, falls Gerhard gewählt würde, noch Gelegenheit genug, Meinungsverschiedenheiten, die auch jetzt beständen, in der Relation näher zu erwägen. Troelstra wendet sich dann noch gegen Wendels Erklärung, auf die dieser hoffentlich noch zurückkomme.

Nach einem kurzen Schlusswort scheidet der Vorsitzende die Tagung mit dem Rufe: Es lebe die Sozialdemokratische Arbeiterpartei!

Soweit wir gesehen haben, ist bis jetzt nur ein einziges deutsches Parteiblatt ausdrücklich auf die Seite der Parteinheit in Holland getreten. Die „Dressener Volkszeitung“ schrieb zur Meldung von den Vorbereitungen für die Gründung einer neuen sozialdemokratischen Partei durch die Ausgeschlossenen und Ausgetretenen:

„Aberdings ein skandalöses Verhalten, das diese Marxisten — wie sie sich nennen — beliebt. Trotzdem ihnen der holländische Parteitag in Deventer ziemlich weit entgegengekommen ist, indem er die Herausgabe eines marxistischen Wochenblattes beschlossen hat, und trotzdem eine Urabstimmung über die Streitfragen vorgenommen wird, wollen sich die Genossen nicht fügen, sondern zur Freude der Gegner der Arbeiterklasse eine Zerstückelung herbeiführen.“

Würde die „Dressener Volkszeitung“ auch so schreiben, wenn das holländische Beispiel auf Deutschland übertragen würde? Wenn hier die Mehrheit der Partei fordern würde, die Herausgabe der „Sozialistischen Monatshefte“ hätte bei Strafe des Ausschlusses zu unterbleiben, und dem Revisionismus als Gegenleistung eine revisionistische Wochenbeilage zum „Vorwärts“ anbieten würde, deren zwei Redakteure sich mit der „Vorwärts“-Redaktion zu „unabhängigen“ hätten?

Tabakarbeiter-Genossenschaft.

Man schreibt uns:

Die am 2. März abgehaltene Generalversammlung der Tabakarbeiter-Genossenschaft, in welcher der für eine Verschmelzung über eine Auflösung statutarisch vorgeschriebene dritte Teil der Mitglieder anwesend war — von 245 Mitgliedern waren 84 erschienen — hat mit allen gegen eine Stimme dem Antrag der Verwaltung auf Auflösung der Genossenschaft ab Uebnahme derselben durch die Großenkauf-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine zugestimmt.

Der Beschluß erfolgte ohne Diskussion nach einer ausführlichen Begründung des Antrages durch den Geschäftsführer v. Elm. Dieser schilderte zunächst den Werdegang der Tabakarbeiter-Genossenschaft. Die Gründung erfolgte am 18. März 1891, bei Beendigung der großen Tabakarbeiterausperrung von Hamburg, Altona, Ottenen. Man wollte den nach der Ausperrung Genahregelten einen Unterschlupf schaffen, weiter aber auch einer immer größeren Zahl von Tabakarbeitern die Vorteile der genossenschaftlichen Produktion zugute kommen lassen. Die Genossenschaft beschränkte sich im Anfang darauf, den Absatz in Hamburg und Umgegend zu organisieren. Getragen von der Sympathie der Arbeiterbevölkerung entwickelte sie sich sehr rasch. Im Jahre 1892 wurden 6180 Kiste, 1893 6920 Kiste Zigaretten angefertigt. Von diesem Zeitpunkt ab ging der Absatz jedoch rapid zurück. v. Elm erklärte dies in erster Linie durch eine damals beginnende antigenossenschaftliche Agitation in Arbeiterkreisen. 1896 betrug der Absatz nur 3083 Kiste.

Derselbe Rückgang machte sich bemerkbar bei der Mitgliederzahl und beim Anteilkonto — die Mitgliederzahl ging von 1800 auf 800, das Anteilkonto von 30 000 M. auf 10 000 M. zurück. In dieser Krisenperiode wurde wahrscheinlich auch die Tabakarbeiter-Genossenschaft wie vor ihr so viele Produktivgenossenschaften zugrunde gegangen sein, wenn nicht von vornherein die Mitglieder auf jeglichen Gewinnanteil und auf jegliche Verzinsung ihrer Anteile für die Dauer von 10 Jahren verzichtet hätten. Infolgedessen verfügte die Genossenschaft schon im Jahre 1896 über ein eigenes Vermögen von 77 000 M. und konnte deshalb in aller Ruhe zu einer Erweiterung ihres Absatzgebietes schreiten. 1897 wurden zum ersten Male größere Geschäftsvorfälle unternommen, um die in den Konsumvereinen organisierten Konsumenten für die Tabakarbeiter-Genossenschaft zu interessieren. Im Jahre 1901, nach zehnjährigem Bestehen, wurde eine völlige Reorganisation der Genossenschaft vorgenommen. Durch Einführung des Systems der Warenrückvergütung wurde sie aus einer reinen Produktivgenossenschaft zu einer Produzenten- und Konsumentengenossenschaft umgewandelt. Damit begann eine rasche Aufwärtsentwicklung. Der Umsatz, der im Jahre 1900 207 100 M. betrug, stieg bis zum Jahre 1908 auf 1 166 294 M. Diese Steigerung ist in erster Linie auf das wachsende Interesse der organisierten Konsumenten an der genossenschaftlichen Eigenproduktion zurückzuführen. Der Absatz an die Konsumvereine ist seit dem Jahre 1900 um das 16fache gestiegen, von rund 50 000 M. auf circa 800 000 M.; der Absatz an Private hat sich dagegen nur verdoppelt.

Dadurch, daß die Großenkauf-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine die ihr zustehende Warenrückvergütung und die Zinsen ständig auf neue Anteile zeichnete, sei das Anteilkonto von 10 000 M. auf rund 72 000 M. gewachsen. Die finanzielle Position der Genossenschaft ist, wie v. Elm betonte, eine durchaus gesicherte; sie verfügt nach ihrer letzten Bilanz über ein eigenes Vermögen (Reserve, Kapital und Dispositionsfonds) von über 150 000 Mark.

Der Grund zu dem Antrage der Verwaltung auf Auflösung sei der, durch Umwandlung der Tabakarbeiter-Genossenschaft in eine Produktivabteilung der Großenkauf-Gesellschaft der Konsumvereine noch mehr als bisher für die genossenschaftliche Eigenproduktion von Zigaretten zu interessieren. Er (Medner) hoffe, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern sei, wo es sich ermöglichen lasse, anstatt der jetzigen 500 bis 600 Tabakarbeiter bei der genossenschaftlichen Eigenproduktion von Zigaretten zu beschäftigen.

Der von der Generalversammlung mit allen gegen eine Stimme angenommenen Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrats der Genossenschaft hat folgenden Wortlaut:

Die Generalversammlung beschließt, die Tabakarbeiter-Genossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, löst sich mit dem 1. April 1909 auf und tritt mit dem 1. April 1909 in Liquidation.

Zu Liquidatoren werden die bisherigen Vorstandsmitglieder 1. Johann Wolf v. Elm, 2. Friedrich Ludwig Kerkhof, 3. Julius Wilhelm Karl Arnhold

bestellt. Wissensklärungen der Liquidatoren und die Zeichnung erfolgen durch je zwei Liquidatoren gemeinschaftlich.

Nach Beendigung der Liquidation übernimmt die Großenkauf-Gesellschaft deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung laut getroffener Vereinbarung die Tabakarbeiter-Genossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, mit sämtlichen Aktiven und Passiven.

Eine Verteilung des Vermögens der Tabakarbeiter-Genossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, unter ihre Mitglieder findet nicht statt; das Vermögen der Tabakarbeiter-Genossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, wird der Großenkauf-Gesellschaft deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung zwecks weiterer Förderung der genossenschaftlichen Produktion von Zigaretten überwiesen.

Die Anteile der Tabakarbeiter-Genossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, werden den Mitgliedern bei beendeter Liquidation mit 25. — M. pro Anteil ausbezahlt.

Alle die Zeit der Liquidation ist den Mitgliedern eine Kapitaldividende von 6 Proz. auf ihre Anteile zu vergüten; alle Genossen, die in den ersten zehn Jahren des Bestehens der Genossenschaft Mitglied derselben geworden sind, erhalten außerdem eine Kapitaldividende von 6 Proz. pro Anno auf die von ihnen während der ersten zehn Jahre des Bestehens der Tabakarbeiter-Genossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, erworbenen Anteile bei beendeter Liquidation ausbezahlt.

Der Beschluß ist ein ehrendes Zeugnis für das genossenschaftliche Verständnis der Genossenschaftsmitglieder; in ihm drückt sich die Hoffnung vieler Tabakarbeiter aus, durch eine Organisation des Konsums auf genossenschaftlicher Grundlage für eine immer größere Zahl von Kollegen bessere Verhältnisse zu schaffen, die Schäden in der Tabak- und Zigarettenindustrie — die Sucht, Heim- und Saundarbeit — durch das Mittel der genossenschaftlichen Organisation zu bekämpfen. Der Verzicht der Mitglieder der Tabakarbeiter-Genossenschaft auf jeglichen Anteil an dem nicht unbedeutenden Vermögen derselben wird hoffentlich allseitig von den organisierten Konsumenten dadurch gewürdigt werden, daß sie in Zukunft für die Förderung der genossenschaftlichen Eigenproduktion von Zigaretten ihre ganze Kraft einsetzen.

12. Generalversammlung des Verbandes der Maler.

Am 6. März 1909.

Zu Beginn des 5. Verhandlungstages werden die Diäten der Delegierten festgelegt und zwar auf 9 M. für die Beamten des Verbandes und auf 15 M. für die in Arbeit stehenden Kollegen. Dann beginnt die Beratung der den Kommissionen überwiesenen Anträge. Die Resolution des Vorstandes zur

Arbeitslosenunterstützung

wird mit einem kleinen Zusatz unter Ablehnung aller zu derselben Sache gestellten Anträge angenommen. Der Extrabeitrag von 7 M. wird in Worten zu 50 Pf. erhoben. Die Mitglieder, die sich an der fakultativen Arbeitslosenunterstützung beteiligen wollen und ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, müssen bis zum 30. Oktober 1909 dem Vorstand monatlich gemeldet sein. Des weiteren erhält der Vorstand den Auftrag, die näheren Bestimmungen zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung auszuarbeiten und dem Statut einzuberleiben.

Bei der

Beitragszahlung

wird beschlossen: Der Beitrag für Einzelmitglieder beträgt im Sommer 60 Pf. Mitglieder, die nicht mehr im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sind und bereits 50 Jahre der Organisation angehört haben, sind vom Beitrag befreit. Mitglieder, die über 13 Wochen krank sind, sowie Mitglieder, die bei einer erneuten Krankheit noch keinen Anspruch auf Krankenunterstützung haben, erhalten für die fernere Dauer ihrer Krankheit beitragsfreie Marken. Mitglieder, die infolge der Krankheit 101 beitragsfreie Marken fort-

laufend erhalten haben, scheiden aus der Organisation aus. Während der Dauer einer militärischen Wehrung sind die Mitglieder von der Beitragszahlung befreit. Alle anderen Anträge dazu werden abgelehnt.

Bei der

Reiseunterstützung

schlägt Riech (Berlin) im Auftrage der Kommission vor, an dem jetzigen Zustande nichts zu ändern, da ja in zwei Jahren eine allgemeine Erwerbslosenunterstützung eingeführt werden soll und dann eine Umänderung dieses Unterstützungsbezweiges stattfinden wird. Nach längerer Diskussion wird dem zugestimmt.

Eine Reihe von Filialen haben folgenden Antrag gestellt:

Der Vorstand wird beauftragt, sich mit den Vorständen der anderen Verbände der Bauberufe in Verbindung zu setzen, um einen Zusammenschluß der im Bauberufe vorhandenen Organisationen zu einem

Industrieverband

in die Wege zu leiten.

Riech (Berlin) ersucht die Generalversammlung im Auftrage der Statutenberatungskommission, diesen Antrag vorläufig abzulehnen, da der Zeitpunkt zu einer solchen Zentralisation noch nicht gekommen sei. Dementsprechend lehnt die Generalversammlung diesen Antrag ab.

Ein Antrag, zur Vorbereitung der zu dem Statut eingelaufenen Anträge eine besondere Kommission zu bilden, die mit dem Vorstande vor den Generalversammlungen tagen soll, wird dem Vorstande zur Verächtlichung überwiesen.

Der Vorstand wird beauftragt, ein Jahrbuch herauszugeben. Zur Verächtlichung wird ihm ein Antrag überwiesen, einen Leitfaden für die Funktionäre in Form eines Handbuchs herauszugeben.

Folgender Antrag wird angenommen: In allen Filialen, wo ungelernete Arbeiter und Hilfsarbeiter beschäftigt werden, sind die Filialen angewiesen, soweit die Möglichkeit vorliegt, Sektionen dieser Arbeiter zu bilden, die aus sich heraus die Agitation zu betreiben haben. Dem jeweiligen Sektionsleiter ist Sitz und Stimme in der Filialverwaltung einzuräumen. Wo die Organisation stark genug ist, ist auch auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserem Sinne zu wirken.

Nach längerer Diskussion wird folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, im dritten Quartal 1909 eine statistische Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Lackiergewerbe vorzunehmen. Diese Statistik soll neben der Beschäftigungszahl, Organisationsverhältnis, sowie auch die Akkordpreise der hauptsächlichsten Fabrikationszweige erfassen. Zur geeigneten Zeit bleibt es den Bezirksleitern überlassen, in ihren Bezirken Branchenkonferenzen der Lackierer abzuhalten.

Eine ausgedehnte Debatte entstand bei der Beratung über zwei Anträge der Filialen Berlin und Hamburg, wonach die besoldeten Beamten alljährlich oder alle zwei Jahre sich in den Generalversammlungen der Filialen einer Neuwahl unterziehen sollen. Es wird von Sobotta (Hamburg) damit begründet, daß nur dadurch das demokratische Prinzip gewahrt werden könne. Dagegen führt Leinert aus, daß man die Beamten nicht jedesmal der zufälligen Stimmung einer Generalversammlung aussetzen dürfe. Tobler weist darauf hin, daß es den Filialen freistehe, Beschwerde über die Beamten beim Hauptvorstande zu führen oder ihre Absetzung zu fordern. Die Anträge werden demnach abgelehnt. Angenommen wurde dagegen folgender Antrag: Der Ausschuß hat die Amtstätigkeit des Vorstandes zu überwachen und über eingegangene Beschwerden gegen den Vorstand zu entscheiden. Den Beschwerdeführern ist innerhalb fünf Tagen der Eingang der Beschwerde zu bestätigen. Soweit die Tätigkeit des Ausschusses in dem Statut nicht schon festgelegt ist, wird die Zustimmung des Ausschusses erforderlich sein; (hier folgt die alte Fassung des § 17 des Statuts). Gegen die Entscheidungen ist das Verfassungsrecht an die Generalversammlung zulässig.

Ueber die Zusammensetzung der

Generalversammlung

wird folgendes beschlossen: Zur Wahl der Delegierten wird die Abrechnung des letzten Jahres zugrunde gelegt. Auf 250 Mitglieder kommt ein Delegierter, auf 750 zwei, auf jede weiteren 750 je ein Delegierter mehr.

Alle Anträge, die den „Verbands-Anzeiger“ betreffen, werden abgelehnt.

Eine Reihe von Anträgen liegt zur Unterstützung der wegen

Maßregeln

Genahregelten vor, sie werden jedoch wegen der zwischen General-Kommission und Parteivorstand stehenden Verhandlungen abgelehnt. Auch alle übrigen Anträge zur Genahregelung untererstung werden mit der Begründung abgelehnt, daß der Vorstand aus den Verhandlungen die Wünsche der Mitglieder über die Handhabung der Statuten erfahren habe und demgemäß verfahren werde. Die Berliner Delegierten haben einen Antrag eingebracht, worin in vier Punkten festgelegt ist, was unter Nachregelung zu verstehen sei. Eingehend begründet ihn Riech (Berlin) an der Hand einiger Fälle, in denen der Hauptvorstand in Differenzen mit der Berliner Filiale geraten war. Tobler wendet sich dagegen, weil man mit der Annahme dieses Antrages doch nicht aus der Kalamität herauskäme. Es sei außerordentlich jäher, die wirklichen Gründe der Entlassungen festzustellen. Es würden auch fernere über jeden Fall Zweifel herrschen.

Hierauf werden einige Unklarheiten in der Gehaltsregulierung der Beamten, die in der vorigen Generalversammlung beschlossen worden war, beseitigt. Die Beamten der Filialen unter 500 Mitgliedern werden vom Hauptvorstande besoldet, sie haben jedoch die Einklassierung der Mitgliedsbeiträge mit zu übernehmen, und diese Filialen haben für ein Drittel ihrer Mitglieder pro Kopf und Jahr 250 M. an den Hauptvorstand abzuführen. Der Hamburger Filiale empfiehlt die Generalversammlung, die Hauskassierer den Beamten in ihren Gehaltsbezügen gleichzustellen.

Ueber die Zusammensetzung des Hauptvorstandes wird folgendes beschlossen: Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem Kassierer, 2 Sekretären und 5 Beisitzern; darunter befindet sich der Redakteur, der Sitz und Stimme im Vorstande erhält. Vier Beisitzer werden von derjenigen Filiale gewählt, in der der Vorstand seinen Sitz hat, und zwar auf Grund einer von den Vertrauensleuten der Filiale aufgestellten Vorschlagsliste. Die übrigen Vorstandsmitglieder werden von der Generalversammlung gewählt. Der Sekretär, Kollege Heibrich, arbeitet von jetzt an in der Redaktion des „Verbands-Anzeiger“ mit.

Zum Punkt

Jugendorganisation

wird folgende Resolution einstimmig angenommen: Der Vorstand wird beauftragt, eine für junge Arbeiter und Lehrlinge leicht verständliche Broschüre herauszugeben und diese den Filialen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Im übrigen sind die Filialverwaltungen verpflichtet, mehr als bisher unter den jungen Arbeitern und Lehrlingen für Verbreitung von Wissen zu sorgen und sie den Veranstaltungen der örtlichen Jugend- und Bildungsausschüsse zuzuführen, ferner für Wahrung und Erweiterung der Rechte der jungen Arbeiter und Lehrlinge gegenüber den Unternehmern und den Behörden einzutreten.

Die Vorstandswahl ergibt die Wiederwahl von Tobler zum Vorsitzenden, Wenzler zum Kassierer, Marx zum Redakteur. Der Sitz des Vorstandes bleibt Hamburg, der Sitz des Ausschusses, zu dessen Obmann wiederum Leinert gewählt wird, Hannover. Damit sind die Arbeiten der Generalversammlung, die auch von Vertretern der österreichischen und bairischen Bruderorganisationen besucht war, beendet. Buchelt scheidet die Generalversammlung mit einem Rückblick auf die Verhandlungen und bringt ein Hoch auf den Verband aus, in das die Delegierten begeistert einstimmen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 9. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Sinfonie-Orchester der kgl. Kapelle.
Königl. Schauspielhaus. Ge-
schlossen.
Deutsches. Revolution in Brä-
mühl. (Anf. 8 Uhr.)
S am m e r s p i e l e. Frühling's Ge-
mächter. (Anf. 8 Uhr.)
Festung. Gelfelb.
Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Faust.
1 Teil.
Berliner. Einer von unsere Leut.
Thalia. Wo wohnt sie denn?
Romische Oper. Die Fledermaus.
Neues. Die fremde Frau.
Kleines. Moral.
Hebbel. Revolutionshochzeit.
Volkstheater. Im Klubstiel.
Friedens. Kammerspiele. Frühling's Ge-
mächter. (Anf. 8 Uhr.)
Schiller u. Goethe. (Anf. 8 Uhr.)
Recht herum.
Schiller. Charlottenburg. Die
Karollinger.
Friedrich. Wilhelmshüt. Schan-
spielhaus. Schlagende Wetter.
Wesens. Der tapfere Soldat.
Luisen. Bis früh um Fünfe.
Trianon. Der Satyr.
Neues Operetten. Die Dollar-
prinzessin.

Berliner Operetten-Theater SW.
Das Himmelskinder. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bernard Noie. Das Warenhaus-
fräulein.
Gastspiel-Theater. Sherlock Holmes.
Bürgerl. Schauspielhaus. Der
Schwabenstreich.
Gebrüder Herrnsfeld. Die beiden
Widwibands.
M. u. o. Der junge Papa. Spezial-
itäten.
Metropol. Donnerwetter - tadel-
los.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Wesens. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Ein lediger Ehe-
mann. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Kafino. England. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Der geprellte
Rechtsanwalt. Das Schwaben-
streich. Spezialitäten. Anfang
8 1/2 Uhr.

Parodie. Siegel siegelt alles. -
Niles fürs Kind. Oder: Die
Folgen eines Remdequons. (Anf.
8 1/2 Uhr.)
Urania. Taubentrache 48/49.
Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern
Messinas.
Schaal 8 Uhr: Prof. Dr. Gelfein:
Insektenhaden im Walde.
Steinwarte. Jovandicum. 57/62.

Lessing-Theater.
Dienstag 8 Uhr: Griselda.
Mittwoch 8 Uhr: Der König.
Donnerstag 8 Uhr: Griselda.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Einer von unsere Leut'.
Morgen: Einer von unsere Laut'.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die fremde Frau.
(La femme X...)
Mittwoch bis Freitag: Die fremde
Frau.
Sonnabend zum erstenmal: Die
Laterno (Vesperpartout).

Theater des Westens.
Wahrscheinlich 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**
Dienstag, den 9. März, Anf. 8 Uhr:
Schlagende Wetter.
Mittwoch: Schlagende Wetter.
Donnerstag: Schlagende Wetter.
Freitag: Rean.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Im Klubsessel.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Hebbel-Theater
Königsplatz Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.

Residenz-Theater.
- Direktion: Richard Alexander. -
Abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelle.“
Schwank in drei Akten (selt. Bildern)
von Georges Feydeau.
Morgen und folgende Tage: Die
selbe Vorstellung.
Sonntag, 14. März, nachm. 3 Uhr:
Der Prinzgemahl.

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn.
Von 12 Uhr nachts geöffnet.
Konzert und Kunstlaufen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Auf den Trümmern Messinas.
Hörssaal 8 Uhr:
Professor Dr. Eckstein: Insekten-
schaden im Walde.

Gastspiel-Theater.
8. Köpenickerstr. 68. 8.
Zum 526. Male:
Sherlock Holmes

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Bis früh um Fünfe.
Mittwoch: Das Mädchen auf Ir-
wegen.
Donnerstag: Die goldene Lebens-
lüge.
Freitag: Dorf und Stadt.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dorn-
röschen. 8 Uhr: Mein Leopold.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Das
Mädchen auf Irwegen. 8 Uhr: Mein
Leopold.
Montag: Der Störenfried und:
Die Diensthöten.

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Warenhaus-Fräulein
Vollständ. in 5 Akten von Popper.
Sonnabend- und Sonntag-
Vorstellungen.
Mittwoch: Wohltätigkeitsvorst.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie
Direktor Schultz.
Massary - Perry
Holden - Bender
Giampietro - Kettner
Pflanz - Thielscher.

WINTERGARTEN
Robert Steidl
Liane de Vriès

George Bonhair-Truppe.
ikarische Spiele,
sowie
die hervorragenden Kunstkräfte
des neuen Programms!

Apollo Theater
Der junge Papa.
Dreizehn in 1 Akt von H. Engel und
H. Reibhart. In Szene gesetzt von
Georg Gordon.
10 Uhr: 10 Uhr:
Allee Norton
und das große Attraktionsprog.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Tacianu.
Piloty von Kaulbach
in ihrer indisch. Tempelzone.

The 6 Sisters Lorrison
die englischen Schönheiten.
Das großartige
Variété-Programm!
14 erstklassige Attraktionen.

Passage-Panoptikum.
Zum
ersten
Male in
Berlin! die Amazonen-Königin
mit ihrer
wilden Leibgarde
Das blaue Weib,
das Opfer unbarbarer Tätowation.
Alles ohne Extra-Entree.

Theater Variété Brillant
(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Annah. 42/3
Täglich: Aufstretten von nur er-
stklassigen Spezialitäten bei gän-
zlich freiem Entree, auch Son-
tag. Sonnabend und Sonntag
nach der Vorst.: Gr. Freitanz-
Kinematograph.

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Rechts herum.
Schwank in 3 Akten v. Hans Gaus.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Erbe.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Rechts herum.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Karollinger.
Trauerspiel in 5 Akten von
Ernst v. Wildenbruch.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Karollinger.

Arnold Scholz **Neue Welt** Hasenheide 108-114
Im Riesen-Festsaal:
„Das“ Bockbierfest. Bocktrubel.
Größter und
amüsantester
- Heute Dienstag: Eiltetog -
Prämierung der schwersten Dauerwurst. 3 Barpreise:
M. 50, M. 30, M. 20.
Jeden Dienstag, Mittwoch
und Donnerstag:
Anfang 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr. Entree 30 Pf. Sonntags 60 Pf.

**Walhalla-
Variete Theater**
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Anfang 8 Uhr: Das große
März-Programm mit seinen
Attraktionen.
Im Tunnel: Jag Blumenfest. Regi-
mentstap. Theaterbes. hab. fr. Eintr.

W. Noacks Theater
Direktion Rob. Dill. Oranienstr. 16.
Sensationserfolg!
Der Vampyr von London.
Sherlock Holmes, Detektiv:
H. G. Lutz als Gast.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend große Extravaganza:
Die Geier-Wally.

**Herrnsfeld-
Theater.** Ververk.
8 Uhr. 11-12 Uhr.
57 Kommandantenstr. 67.
Spielplan
Abendlich:
Die beiden
Bindelbands.
Die Original-
Klabrias-Partie.
Beide Komödien mit Anton
und Donat Herrnsfeld in
den Hauptrollen.

Palast-Theater
Dürgrabe 24, 2 Minuten vom
Bahnhof Börse.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das großartige Märzprog.
Etelke Stoll
Georg Galler
Marguerite u. Adriel
12 Attraktionen 12
Seine Geliebte.
Schwank in 1 Akt.
Familienfarke, wochent. halbe Preise,
überall gratis zu haben.

Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theater-
saa! Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)
Donnerstag, den 11. März 1909:
Mutter und Sohn.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte
Uch. Weller.
Anf. d. Vorst. 8. Kassenöffnung 7 Uhr.
Konzert 7 1/2 Uhr.

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7-9.
Im Abonnement.
Der Schwabenstreich.
Lustspiel in 4 Akten von Franz von
Schubert.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Mittwoch: Hamlet.

Folies Caprice
Zum 89. Male:
Ein lediger Ehemann.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Umstellung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Konjunktiv.)
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheko, Charlottenstr. 54. Groß-
Apotheko, Berninistr. 33. - München: Schützen-Apotheko. - Stutt-
gart: Hirsch-Apotheko. - Breslau: Victoria-Apotheko. 110/11

Correspondenzblatt.
Die Verwaltung Jena des Deutschen Metallarbeiterverbandes sucht
für ihre Bibliothek die Jahrgänge 1900 und 1901, sowie die Nr. 1
von 1904 des „Correspondenzblattes“ zu kaufen. Bitte die Genossen,
welche im Besitz dieses Materials sind, sich mit Unterzeichnung in Ver-
bindung zu setzen.
Adolf Hirschelmann, Wenigen-Jena a. S., Burgweg 3.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Bis Freitag, den 2. April:
Rußland.
Sonnabend, den 3. April:
Zum erstenmal: Ackermann.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

**Fröbels
Allerlei-Theater.**
Schönhauser Allee 148.
Dienstag, den 9. März 1909:
Genoveva, die schöne Pfalz-
gräfin von Trier.
Schauspiel in 8 Bildern v. G. Haupt.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

**Sanssouci, Kottbuser
Theater.** Ververk.
8 Uhr. 11-12 Uhr.
57 Kommandantenstr. 67.
Spielplan
Abendlich:
Die beiden
Bindelbands.
Die Original-
Klabrias-Partie.
Beide Komödien mit Anton
und Donat Herrnsfeld in
den Hauptrollen.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum 120. Male:
Der Kompagniehall
Anfang wochent. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Gänzlich neues Programm
mit Franz Sobanski
Ella Kella, Ernst Graf, Fr. Roster,
Ella Wächter, Bernhard Marx, Lola
Graw, The Johnsons Equi-
libristischer Reinen-Vongleur-akt.
Siegel siegelt alles.
Schwank mit Gesang von D. Richter.

**Gustav
Behrens-
Theater,**
Goltzstr. 9.
Der geprellte Rechtsanwalt.
Schwank in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Operette
und die übriegen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Bruch-Pollmann
empfehl! sein Lager in Bruch-
bandagen, Leibbinden, Ge-
radhalter, Spritzen, Suspensionen
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-
pflege. Eigene Werkstatt. Lieferant
für Ortho- und Hilfs-Anstalten.
Berlin N.,
joch Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Be-
leiden, angenehm u. weich am Körper.

Zu Engrospreisen
kauft man direkt in einer Herrenschneid-
fabrik Paletots und Anzüge
wegen vorzüglicher Saison und
Umzüge. Die Fabrik hat sonst nur
engros an bedeutende Herren-
konfektionsgeschäfte Berlins verkauft,
daher diese direkte Bekann-
machung. Bei schriftlichen Anfragen
unter A. 1 an die Haupt-Expedition
des „Vorwärts“ wird Ihnen diese
vorteilhafte Bezugsgabe umgehend
angewiesen. Auch über die Ab-
anzertigung viele Anfertigungs-
schneiden vorhanden.

**Zur Einsegnung
und Jugendweiche
Uhren, Ketten,
Kolliers, Garnituren**
modern und in jeder Preislage.
Wilhelm Flade, Putzener Straße 20,
nahe d. Humboldtbrücke.
Restaurant d. Konj.-Gen. Berl. u. Umg.

Zirkus Schumann
Heute Dienstag, den 9. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Nur kurzes Gastspiel:
Obrenovitch Christitch
Georgos Milan
Sohn des
Königs Milan von Serbien.
Rithlow,
amerikanische Lynchjustiz!
Tiberio Paet
Golo,
der Seeräuber.

Husten
Heiterkeit, Katarrh, Krampfkrusten
beseitigen die ärztlich erprobten
Kaiser's Brust-
Karamellen
5500 nat. Beal. Jeun. dem. dem.
sich. Erfolg. Paket 30 Pf.,
Kaiser's Brust-Extrakt,
Flasche 90 Pf.
In haben in Apotheken u. Drogerien.

**1000
wertvolle Geschenke**
für die Leser dieser Zeitung.
Jeder, der bei uns einen 10
Pfd. Knaulle-Eimer Delika-
tess-Pflaumenmus franko für
M. 2.50 oder einen 10-Pfd.-
Emaillier-Eimer künstl. Honig
franko für M. 3.25 oder 8 Pfd.
feinste Delikatess-Margarine
franko für M. 5.- bestellt, er-
hält ein wertvolles Geschenk.
Keine Nebenkosten.
Schreiben Sie sofort, da nur
1000 Geschenke für die Leser
ausgesetzt sind. - Jeder
Besteller erhält einen prakt.
Gebrauchsgegenst. gratis.
Versand-Gesellschaft
Magdeburg 90 Post 164.

Zurückgekehrt 47/12
Dr. Badt,
Neue Königstraße 32.
Verkaufsstelle
von
„Sancta-Manzara“
Medizinal-Kraft-Rotwein
zu Originalpreisen
bei
Fritz Wölfel,
Wolf-Drogaria u. Weinhandlung,
Lichtenberg-Berlin, Eitelstr. 33.

Pumpen aller Art
für Abwasser-
und Kessel-
brunnen,
Jauche-
pumpen usw.
in bester An-
führung zu den
billigsten Preisen.
Kataloge gratis.
Paul Gries, Berlin SO. 16,
Köpenicker Straße 44.

1908er Legehühner
anerkanntes feinstes Eierleger der Welt,
italienischer Rasse, beliebiger Farben,
garantiert lebende Ankunft, franko
überall d. Nachnahme: 12 St. mit
Hahn 24.00 M., 6 St. mit Hahn
14.25 M. Kahlmisch-Naturbutter per
10 Pfund-Riste franko 7.75 M.
H. Kaphan, Buczacz 6, via Mys-
lowitz (Schlesien). 253/18

Zu Engrospreisen
kauft man direkt in einer Herrenschneid-
fabrik Paletots und Anzüge
wegen vorzüglicher Saison und
Umzüge. Die Fabrik hat sonst nur
engros an bedeutende Herren-
konfektionsgeschäfte Berlins verkauft,
daher diese direkte Bekann-
machung. Bei schriftlichen Anfragen
unter A. 1 an die Haupt-Expedition
des „Vorwärts“ wird Ihnen diese
vorteilhafte Bezugsgabe umgehend
angewiesen. Auch über die Ab-
anzertigung viele Anfertigungs-
schneiden vorhanden.

**Zur Einsegnung
und Jugendweiche
Uhren, Ketten,
Kolliers, Garnituren**
modern und in jeder Preislage.
Wilhelm Flade, Putzener Straße 20,
nahe d. Humboldtbrücke.
Restaurant d. Konj.-Gen. Berl. u. Umg.

**XIV. Saison!
Zirkus Busch.**
Dienstag, 9. März, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Um ca. 9 U. der weltber. Schimp.
Konsul Peter!
Ferner: Die Erles!
Schwecker Truzzi, Reittänzer.
Herr Otto Schumann, Schulfreier
als Gast. Die Briatore. Herr
Ernst Schumann, Neudresdener.
Um 9 1/2 Uhr:
Auswanderer!
Orig. Prof. Faust. Pant. d. J. Busch.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstr. 20
C.,
großer Bahnhof Alexanderplatz und
Sollzeppelinplatz. - Amt VII, 13799.
Für Damen weibliche Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Leihhaus
Gelegenheitskufe vorfall. Gold-
und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28
Ecke Ritterstr.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
empfehl. viel Acarte u. Prof. grad. u. G.
L. Unger. Versandvertrieb
Berlin NW. Friedrichstraße 11/109

Blumen- und Kranbinderei
von Robert Meyer,
an der Mariannen-Straße 2.

Wir offerieren unseren Lesern
eine Anzahl
Bücher
zu billigen Preisen:

Janna und Flora des Meeres.
Von Dr. Friedrich Anauer.
Von der Erdatmosphäre zum
Himmelsraum. Von Prof.
Dr. Wilhelm Foerster.
Was wir vom Monde wissen.
Von Th. Bontz.
Sinn und Leben der Blüte.
Von Oskar Rege.

Jeder Band
statt 1,50 M. nur 60 Pf.

Der Jude. Historischer Roman
von G. Spindler.
Das Halsband der Königin.
Roman von Alexander Dumas.
Die Armen und Glenden.
Roman von Viktor Hugo.
Die Mohikaner von Paris.
Roman von Alexander Dumas.
Die Ronne von Guadenzell.
Eittengemälde des 15. Jahr-
hunderts von C. Spindler.
Krieg und Frieden. Historischer
Roman von Leo Tolstol.

Jeder Band
90 Pf., geb. 1.30 M.

Bagabunden. Von Hans Ost-
wald. Preis 1.20 M.
Der Giftkändler. Roman von
Georges Ohnet. Preis 1.20 M.
Durch das Land der Chinesen.
Von B. Couderon. Kamot.
Reich illustriert, gut ge-
bunden.
Statt 5 M. nur 1 M.

Die Geschichte Ostasiens nach
dem Frieden von Shimo-
nosaki. Von B. Couderon.
Kamot. Reich illustriert,
gut gebunden.
Preis statt 5 M. nur 1 M.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstraße 69, Laden.

Kunstgelbbauer E. Toussaint
BERLIN O.
Joachimstraße 11C,
bietet Reparaturen
auf Wunsch zugleich mit
vorz. Tonverbesserung.
Spezialität:
Erzeugung des est-
italienischen Timbre
für große Sätze an alten
u. neuen Geigen, u.
Mäßiges Honorar.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Moquette,
Pfluch- Reste! Saffeltaschen.
Muster b. n. Angabe franko.
Berlin, Oranienstr. 168.

Steinarbeiter!

Berlin I.

Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr:

Außerord. Mitgliederversammlung

in der „Lebensquelle“, Kommandantenstraße Nr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über die mit den Unternehmern stattgefundenen Tarifverhandlungen und Stellungnahme zu denselben. 2. Gewerkschaftliches. 171/9*

Jeder Kollege ist verpflichtet, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Gast- und Schankwirte Lichtenbergs!

Heute Dienstag, den 9. März, nachmittags 2 Uhr, im Lokal des Kollegen Garsch, „Kronprinzen-Garten“, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 128:

Allgemeine

Gastwirte-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Belastung der Gast- u. Schankwirte durch eine Schank-Konzessionssteuer.

Referent: Dr. Oskar Cohn.

Kollegen! Hest unseren Protest zu einem nachhaltigen zu gestalten erscheint Wurm für Mann in der Versammlung und rüttelt die sämigen Kollegen energisch zur Abwehr auf.

Verband der freien Gast- und Schankwirte, Ortsverwaltung Lichtenberg. V. V.: Emil Honnig.

Verein der Gast- und Schankwirte Lichtenbergs. V. V.: Rob. Adam. 74/10

JOSETTI JUNO

CIGARETTEN m. u. o. Mundst.

sind von anerkannter Güte und bieten trotz ihres billigen Preises volle Garantie für feinste Qualität.

10 St. für 20 Pfg.

Josetti

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Arbeiter

Hermann Nitze

(Bezirk 156)

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Friedhofes in Hildorf, Hermannstraße aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis

Stralauer Viertel, Bezirk Nr. 253.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt

Otto Reckzeh

Cabiner Straße 16

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. März, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Blas-Friedhofes in Wilmersberg aus statt.

216/10 Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Kreiswahlverein Nieder-Barnim. Bez. Ober-Schöneweide.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schuhmachermeister

Karl Sand

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. März, nachmittags 2^{1/2} Uhr, vom Trauerhanse, Wilmersdorferstraße 34, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

138/6 Der Vorstand.

Nachruf.

Am Donnerstag, den 4. März, verschied an Herzschlag mein lieber Kollege, der Tischlermeister

Emil Franke.

Ich werde sein Andenken stets in Ehren halten. 418/3

A. Nützel.

Leichbegleitung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, Bruders und Sohnes

Albert Huwe

sagen wir allen Freunden und Bekannten, besonders dem Zentralverband der Steinarbeiter, dem Sozialdemokratischen Wahlverein, Bezirk Weißensee, dem Gefangenverein „Frei auf“, dem Rauchklub „Alles raucht“, dem Frauenverein „Blühendes“ sowie den Kollegen der Firma Haase und der Firma Stante, Berlin, unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Eme. Auguste Huwe.

Möbelfabrik Ostend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntnis, daß die diesjährige

Ordentliche

General-Versammlung

am Sonntag, den 21. März 1909, vormittags 9 Uhr, in unserem Geschäftsfloß, Romintener Straße 21, stattfindet.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung des Jahresabchlusses.
2. Bericht über stattgefundenen Revision.
3. Renouveau des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
4. Statutenänderung.
5. Verchiedenes.

Die Bilanz liegt für die Genossen in unserem Kontor zur Einsicht aus.

Der Vorstand.

G. Kemp. D. Treilhardt.

Engelhardt Malzbier

alkoholarms, diätisches Specialbräu

Ärztlich empfohlen. Flasche 10 Pfg. Ueberall käuflich.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. Akt. Ges.

Berlin-Pankow. Grösste Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Gefunde, Nervöse, Herz-, Magen-, Nierenleidende und Alle, die ihr aufregende Getränke wie Kaffee, chinesisches Tee etc. meiden sollt,

kauft schnell in der nächsten Apotheke oder Drogerie

Sieber's Apfeltee!

Pakete zu 30 Pfg., 50 Pfg. und 1 Mark überall erhältlich.

Generalvert.: Dr. Wasserrug, Frankfurt a. M. Alleinverkauf f. Berlin u. Vororte: Joh. Zschernack, Berlin N. (Tel. III, 7356.)

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke

Kinder-nahrung

Kufeke

Nahrung für schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Bei Betten-Anschaffung

verlange ausdrücklich

Reinholds Patent-Matratze „Primissima“

nur echt mit Fabrikmarke

beste der Welt, im Gebrauch billigste.

Patent-Möbel-Fabrik „Primissima“, Charlottenstr. 29/30.

Kredit. Möbel auf Teilzahlung

bei allerkleinster An- u. Abzahlung. Größte Rücksicht bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit.

E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Poliklinik für Frauenkrankheiten von Dr. Zepler (wochentags 2-5) jetzt Alt-Moabit 45, nahe Gotzkowskystr.

Reichel's echter

Wacholder-Extrakt

Marko „Medico“

wird mit vielseitigem Erfolge gegen Rheumatismus, Gicht, Ischias, Hämorrhoiden, Magen- und Nierenleiden, Blasen- und Nierenleiden, Gichtleiden, Asthma etc. gebraucht, ist schmerzstillend auf Brust und Lunge, treibt Gichtaussonderung aus dem Körper, regt Appetit u. Verdauung an und ist ein Blutreinigungsmittel sondersgutes. Unverricht in seiner, für alle Teile des Organismus wohlthätigen Wirkung. Tausende verdanken ihm ihre Gesundheit! Garantiert rein und unversäuft nur in Flaschen mit Marke „Medico“ à 75 Pf., 1.50 und 2.50, große Glasflasche 2.60, einzig echt von

Otto Reichel, Berlin 50. 43, F. Anstalt Eisenbahnstr. 4. IV. 4751, 4752, 4753. Wo in den Drogerien und Apotheken nicht erhältlich, hier frei Haus.

Warnung: Man verlange ausdrücklich Marke Medico und nehme feines Glas andere Färbungen.

Carmen Sylva Cigaretten

Beste Qualitäten

Achtung! Gewerkschaften, Vereine, Fabriken! Berliner Voigts Krampenburg, Alpen, ist das passendste Ausflugslokal! Ausführliche Prospekte und Führer gratis! Vermietung von Dampf- und Motorbooten! Preis Telefon: Amt Köpenick 227. - Hochachtungsvoll! Rob. Voigt.

Schutzmarke

Unsere echten Biere sind überall zu haben. In Flaschen à 10 Pf. In Kannen u. Syphons Lit. 35 Pf. NO. 15. Tel. VII, 1670, 2068, 3128.

BÖHMISCHES BRAUHAUS

1908er Legehühner

echte Rasse, schon leicht legende, gar. leb. Ankunft, franco Nachm. 18 Stück mit Eiern 34 R., 12 Stück 22,60 R., 6 Stück 13,50 R., beliebige Farbe.

Schneier, Wilmersdorf C. 2. Nr. 20.

Dr. Schünemann Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr

Turm-Str. 76 **Lachmann & Scholz** Otto-Straße 1

Größtes Warenhaus in Moabit.

Dienstag, 9. März
Mittwoch, 10. März
Donnerstag, 11. März

Unsere Lebensmittel-Abteilung haben bedeutend vergrößert.

Extra-Preise soweit Vorrat

Verkauf jetzt I. Etage.

Viktoria-Erbisen Pfund 16 Pf.	Feine Leberwurst Pfund 90 Pf.	Cognac Merc. la Roche 1/4 Fl. 95 Pf.	Junge Schoten 2 Pfd.-Dose 45 Pf.
Linzen Pfund 14 Pf.	Gute Fleischwurst Pfund 90 Pf.	Jam. Rum Verschnitt 1/4 Fl. 95 Pf.	Wirsingkohl 2 Pfd.-Dose 30 Pf.
Weiß Bohnen Pfund 14 Pf.	Landleberwurst Pfund 90 Pf.	Stonsdorfer 1/4 Fl. 85 Pf.	Junge Kohlrabi 2 Pfd.-Dose 26 Pf.
Java-Reis I. Sorte Pfund 25 Pf.	Blut- oder Leberwurst Pfund 48 Pf.	Halb und Halb 1/4 Fl. 95 Pf.	Junge Brech- u. Schnittbohnen 2 Pfd.-Dose 26 Pf.
Bangoon-Reis Pfund 18 Pf.	Mecklenburg. Schinken speck Pfund 1.10	Getreidekummel 1/2 Lit. 95 Pf.	Stangen-Spargel 2 Pfd.-Dose 98 Pf.
Hartgries, gelb Pfund 19 Pf.	Holst. Corvelatwurst Pfund 1.10	Bismarckheringe Dose 42 Pf.	Brech-Spargel 2 Pfd.-Dose 45 Pf.
Graupen, fein und mittel Pfund 16 Pf.	Stettiner Cervelatwurst Pfund 1.25	Oelsardinen Dose 45 Pf.	Leipziger Allerlei 2 Pfd.-Dose 48 Pf.
Buckobst Pfund 28 Pf.	Thüringer Salami, hart Pfund 1.45	Pampelnickel Stck. 13 Pf.	Pfefferlinge 2 Pfd.-Dose 48 Pf.
Türk. Pflaumen Pfund 18 Pf.	Fetten Speck Pfund 78 Pf.	Prima Lachs 1/4 Pfund 28 Pf.	Prima gem. Gemüse, lose 1 Pfd. 28 Pf.
Kakao, garantiert rein Pfund 85 Pf.	Blumenkohl Kopf 12 Pf.		Frisch gebr. Kaffee 1/4 Pfund 58, 48 Pf.

Am Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin.

Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der Jugendauschuss für Groß-Berlin hat beschlossen, in allernächster Zeit Vortragskurse für die Jugendlichen zu veranstalten. Zunächst soll für Nationalökonomie und Naturwissenschaft je ein Zyklus eingerichtet werden.

Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf-Gesellschaft. Am Mittwoch Zahlabend in allen Bezirkslokalen. Die Genossen des I. und II. Bezirks halten dieses Mal ihren Zahlabend ab bei dem Genossen Göhring.

Stralau. Morgen Zahlabend in allen Bezirken. Diejenigen Genossen, welche zum April aus Stralau verziehen, werden ersucht, dies rechtzeitig den Bezirksleitern mitzuteilen.

Am 20. März findet in den Markgrafenjalen ein Lichtbildvortrag über „Die fromme Helene“ statt.

Am 28. März ist ein Kranienbesuch organisiert; zum Vortrag gelangt: „Auf den Trümmern Messinas“.

Die Vorkonferenz für beide Veranstaltungen erfolgt in den Zahlabenden.

Lichtenberg. Heute abend findet im Lokal der Gebr. Arnhold, Frankfurter Chaussee 5, eine öffentliche Versammlung statt.

Mariensfeld. Der Zahlabend findet am Mittwoch bei Adolf Berger, Berliner Str. 114, statt.

Grünau. Morgen Mittwoch, abends pünktlich 8 1/2 Uhr: Versammlung des Wahlvereins im Lokal „Zur grünen Ede“.

Rönigs-Wasserhansen und Wildau. Eine öffentliche Versammlung findet am Freitag, den 12. März, abends 7 1/2 Uhr, im Lokale von Geiser in Wildau statt.

Oranienburg. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Kenntnisnahme, daß wegen der am Mittwoch, den 10. März, abends 8 Uhr, im „Waldhaus“ (Sandhausen) stattfindenden Volksversammlung, in welcher Genosse Adolf Hoffmann über „Pfarrenbesetzung und preussischer Landtag“ spricht, der Zahlabend erst am Mittwoch, den 17. März, stattfindet.

Berliner Nachrichten.

Die Wallfahrt zu Bälou!

Wohl noch nie seit seinem Bestehen hat das Gewerkschaftshaus am Engelauer eine so außerordentliche Anziehungskraft besessen, wie am vergangenen Sonntag. Von morgens bis abends strömten die Neugierigen mit erwartungsvollen Gesichtern in den Hof, wo der weiche, biege- und schmiegsame Bernhard I. mit ewig lächelnder Miene stand.

Die Arbeitslosenzählung vom 16. Februar.

Ueber die Arbeitslosenzählung hat gestern die Deputation für Statistik verhandelt. Für das klagliche Fiasko der letzten Zählung nach dem Meldebestimm wurde von der Mehrheit der Deputation die drei Tage vorher durch unsere Genossen vorgenommene hausierende Zählung verantwortlich gemacht.

Partei und Gewerkschaften hätten die Magistratszählung absichtlich durchkreuzt, entschieden als einen ganz unbegründeten Vorwurf zurück. Seinen Freunden habe nur daran gelegen, die Wahrheit festzustellen, und deshalb mußte zu derselben Zeit, zu der die Magistratszählung geplant war, auch die hausierende Zählung durch Partei und Gewerkschaften vorgenommen werden.

Der Direktor des Statistischen Amtes, Prof. Silbergleit, teilte noch mit, daß er durch das Entgegenkommen der 245 Krankenkassen Groß-Berlins in der Lage sei, monatlich für alle Betriebe, die mehr als 20 Arbeiter beschäftigen, die Zahl der Beschäftigten festzustellen.

Die Quittungskarte war im Januar d. J. umzutauschen. Die Firma J. u. L. in Rowowes veräußerte, dem Arbeiter die Karte zwecks Umtausches zu geben, ließe noch eine 58. Marke an die Seite und entließ dann den Arbeiter.

Am Montag, den 8. Januar, wünschte der Arbeiter aus Berlin im zuständigen Rathaus zu Rowowes seine Quittungskarte umzutauschen. Da die Karte über zwei Jahre alt war, wollte der Beamte einen Antrag auf Gültigkeit stellen, schließlich aber sagte er, die Firma sei auch in Berlin, dort solle sich der Arbeiter eine andere Karte geben lassen.

Am anderen Tage ging der Arbeiter nach dem 82. Polizeibureau in der Kochstraße, das seinerzeit die leere Karte ausgedrückt hatte, bat um Umtausch der vollen Karte und gab dabei an, daß er ohne Beschäftigung sei. Der Beamte meinte jedoch, die Karte sei bei dem Polizeibureau der Wohnung des Inhabers umzutauschen.

Der Arbeiter suchte also das 107. Polizeibureau in der Kochstraße auf. Hier wurde ihm bedeutet, das Revier sei geteilt, die Straße gehöre zum 112. Polizeibureau in der Luxemburger Straße. Hier wurde ihm aber nachmittags mitgeteilt, die Mannschaft sei heute im Inneren der Stadt im Dienst. Die Quittungskarte könne morgen umgetauscht werden.

Ran wartete der Arbeiter einen Tag, zeigte Donnerstag wieder seine volle Quittungskarte und bat um Umtausch derselben. Der Herr Wachmeister machte dem Arbeiter aber klar, daß die Rowoweser noch veräußert hätten und die Arbeitgeber in der Köhlerer Straße die Karte umzutauschen hätten.

Jetzt machte sich der Arbeiter auf den Weg und erkannte das 34. Polizeibureau in der Königgräber Straße 62 als das zuständige für die Firma J. u. L. in der Köhlerer Straße. Hier erklärte der Herr Wachmeister aber, das Polizeibureau da draußen bei der Wohnung des Arbeiters sei das wirklich richtige.

Ran setzte der Arbeiter seine Wanderung fort. Zwei Stunden waren vergangen, da erschien er wieder im 112. Polizeibureau in der Luxemburger Straße, bat höflich um Umtausch der Invalidentarte mit dem Bemerkten, ihm sei im 34. Polizeibureau erklärt worden, dieses Polizeibureau sei das allein zuständige zum Umtausch der Quittungskarte. Der Herr Wachmeister sagte: „Sehen Sie sich.“ — Schließlich erschien ein Wachmann, um dem Arbeiter die Quittungskarte umzutauschen.

Zum neunten Male sammelte der Arbeiter sein Gesuch. Nach einer Pause erhielt der Arbeiter die neue Quittungskarte Nr. 17; in der Bescheinigungskarte fehlt aber die Angabe, wieviel Beiträge entrichtet worden sind. Die 58. Nebemarte durfte sich der Arbeiter selbst in die neue Karte heften.

Es wäre notwendig daß die Beamten genauer mit den diesbezüglichen Vorschriften bekannt gemacht würden, um vielen Personen unnütze Wege und viel Zeitverschwendung zu ersparen.

Schulzahnklinik. Im Berliner Rathaus fand unter dem Vorsitz des Geh. Obermedizinalrat Prof. Dr. Kirchner eine Sitzung des Lokalkomitees Groß-Berlin zur Einführung der Zahnpflege in den Schulen statt. Es wurden die Schritte besprochen, um eine schnelle Einrichtung von Schulzahnkliniken in die Wege zu leiten.

Errichtung einer Schulzahnklinik bereit zu stellen. Es wurde betont, daß es nicht nur notwendig sei, die wohlhabenden und wohlhabenden Kreise Berlins für die Sache zu interessieren, sondern auch die Erkenntnis von der Wichtigkeit der Zahnhygiene in die gesamte Bürgererschaft zu bringen wobei auf Unterstützung seitens der Lehrer gehofft wird.

Zu spät! In dem Bericht über das Kinderkrankenhaus der Stadt Berlin (an der Reinickendorfer Straße), der von dem Vorgesetzten der Anstalt über das Etatsjahr 1907 erstattet worden ist und erst jetzt durch den Magistrat veröffentlicht wird, finden wir eine Klage, die zu denken gibt. Da wird darauf aufmerksam gemacht, daß von den an Diphtherie erkrankten Kindern eine erhebliche Anzahl schon bald nach der Aufnahme noch am ersten Tage verstorben sei.

Bitte der Post an die Fernsprechernehmer. Eine Veränderung des Verfahrens bei Herstellung im Orts-, Nachbatoris- und Vorortverkehr der Rede von Groß-Berlin wurde vor einigen Tagen angekündigt. Sie gilt für alle Fernsprecher, die im Teilnehmerverzeichnis für Berlin und Umgebung aufgeführt sind.

Polizeiorde en gros. Schon wieder werden amtlich Ordensverleihungen an Berliner Polizeibeamte bekanntgemacht. Diesmal sind die Dekorierten neun Kriminalwachtmeister, fünf Polizeiwachtmeister, zwei Kriminalschutzmänner und vier gewöhnliche Schutzmänner, insgesamt 20 Beamte der Exekutive.

Die Flucht geisteskranker Verbrecher aus Herzberge soll sich nach mehreren Mitteilungen des „Lokal-Anzeigers“, der hierüber angeblich amtlich informiert ist, in dem gemeldeten Umfang nicht befestigen. Die Nachricht trat so bestimmt und in vielen internen Einzelheiten so zutreffend auf, daß auch wir davon Notiz genommen haben.

Der Berliner Kerkverein für physikalisch-diätetische Therapie hat im Hause Pöggelstr. 2 eine Poliklinik eröffnet. Dasselbst sollen unermittelte Kranke nach jenen Grundsätzen der physikalisch-diätetischen Therapie behandelt werden, die in weiten Kreisen des Volkes unter dem Namen der „Naturheilkunde“ bekannt sind.

Bom „Tode“ außerhanden ist der 56 Jahre alte, schon mehrfach bestrafte Gelegenheitsarbeiter Friedrich Lubat. Vorgestern befand er sich auf einer Vettefahrt im Hause Rosenthaler Straße 58, wobei er festgenommen wurde. Auf dem Alexanderplatz wurden seine persönlichen Verhältnisse geprüft und dabei ergab sich erstaunlicherweise, daß er noch einem in den Akten befindlichen Verurteilten am 19. Dezember vorigen Jahres gestanden ist.

Eine Kindesleiche im Koffer wurde am Sonntagmorgen in dem Aufbewahrungsraum für Handgepäck des Lehrers Bahnhofs in Berlin aufgefunden. Durch einen starken Verwesungsgeruch wurde ein Beamter aufmerksam und rief die Polizei. Diese fand die Leiche

Am ansehnlich nach der Geburt umgedrehten Knaben. Der fast neue Koffer aus braunem Segeltuch wurde am Sonnabendabend zwischen 7 1/2 und 8 Uhr zur Aufbewahrung abgegeben. Der anwesende gewesene Beamte weiß aber nicht, ob ein Mann oder eine Frau ihn einlieferte. Die kleine Leiche war in eine auffallend große Menge von Kleidungs- und Wäscheleihen gehüllt, wie sie nicht ohne weiteres zur Verfügung stehen. Die Umhüllungen bestehen aus einem groben leinen Sack mit dem Zeichen D. G. 4 an der einen Ecke; einem weiß- und blaugestreiften Frauen-Vadebanus mit dunkelblauem Matrosenragen; der weiße Anker in den Ecken aufweist; einer roten Kinder-Steppdecke; einem weißen Fuchsendunterrock mit Volant; einer graugelblich wollenen Schaldecke mit an der Schmalseite eingewirkten blauen und roten Streifen; einem grau und weiß gestreiften Umhangstuch mit Franzen; einem aus Seide gehäkelten cremefarbenen Theater-Handtuch; einem aus Wolle gehäkelten rotbraunen Umhangstuch und einer hell und dunkelblau gestreiften Schürze mit aufgesetzten violetten Streifen. Außerdem lagen ein gelbbrauner Haar-Einflechtzahn, eine Nummer der „V. J. am Mittag“ vom 25. Februar und eine des „Lokal-Anzeigers“ vom 28. Februar in dem Koffer. Dieser wurde anschließend erst in den letzten Tagen zum Einpacken der Kindesleiche genommen; bis dahin dürfte die Leiche an einem kalten Ort aufbewahrt gewesen sein, da der Zustand annehmen läßt, daß die Tat mehrere Monate zurückliegt. Die Todesursache kann erst die Öffnung des toten Kindes ergeben.

Neue Erkrankungen beim Dienstpersonal im Rudolf Virchow-Krankenhaus

werden gemeldet; man spricht davon, daß gegen 80 Wärter und Wärterinnen erkrankt sein sollen. Die Ursache dieser Erkrankungen soll auf den Genuß von Kratasse zurückzuführen sein.

Der Direktor des Krankenhauses soll sich einem Verächterstatte des „Lokal-Anzeiger“ gegenüber wie folgt ausgelassen haben:

„Es ist Tatsache, daß eine große Anzahl von Wärtern und Wärterinnen — wahrscheinlich nach dem Genuß von Fleischspeisen — in der letzten Nacht erkrankt ist, und zwar zeigen alle Erkrankten Symptome der Vergiftung. Erfreulicherweise sind die Betroffenen nur so leicht erkrankt, daß sie nach wie vor ihren Dienst verrichten können und daß wahrscheinlich schon morgen die Verdauungsbeschwerden gehoben sein werden. Es ist sofort eine Untersuchung eingeleitet worden, die ergeben soll, auf welche Ursache die Massenerkrankungen zurückzuführen sind. Nach der letzten allgemeinen Vergiftungsaffäre im Virchow-Krankenhaus hat sich die Verwaltung angelegen sein lassen, alles aufzubieten, um derartige Erkrankungen möglichst zu vermeiden. Um so bedauerlicher ist der heutige Vorfall. In den Küchen und Zimmern herrscht die peinlichste Sauberkeit. Die Nahrungsmittel, die im Krankenhaus verarbeitet werden, sind von bester Qualität.“

Die Kofettliste, über deren Einführung in einem größeren Geschäft nahe der Schönhauser Allee wir vor einiger Zeit berichteten, ist wieder aufgehoben worden. Der Inhaber des betreffenden Geschäfts bestreitet zwar die Existenz einer solchen Liste, gibt aber zu, daß er durch zwei Damen eine Kontrolle der Kofettbenutzung habe ausüben lassen, indem jede Angestellte sich melden mußte, um den Schlüssel zu dem „stillen Ort“ ausgehändigt zu erhalten. Diese Maßnahme sei für notwendig erachtet worden, um die Veranlasserin einer Unsauberkeit der Toiletten festzustellen.

Wiel er seine Stellung verlieren sollte, hat Sonntag früh der 32jährige verheiratete Geiger Theodor Schmidt aus der Jüdenstraße 85/87 in seiner Wohnung Selbstmord begangen, indem er sich mit Khol vergiftete. Als die Angehörigen ihn auffanden, lag er schon in den letzten Stufen. Ein schnell herbeigerufener Arzt von der Unfallstation am Grünen Weg konnte nur noch den Tod feststellen. Schmidt hielt die leere Kholflasche noch in der Hand. Die Leiche wurde nach dem Schanhaus geschafft.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Unterricht in Geschichte (Fortsetzung) findet heute abend seine Fortsetzung.

Leichenfund im Grunewald. Auf dem Bahnkörper der Berlin-Potsdamer Bahn wurde Sonntag früh im Grunewald, in der Nähe des Kilometersteines 6,6, die vollständig zerstückelte Leiche eines jungen Mannes aufgefunden. Die Leidentheile lagen in weitem Umkreis zerstreut und wurden sorgfältig zusammengesucht. Der ganze Befund zeigte, daß man es mit einem Selbstmörder zu tun hatte. Da Auswärtspapiere nicht vorhanden waren, so machte die Feststellung der Personalien viel Mühe. Erst nach längerer Nachforschung wurde ermittelt, daß der Tote der in Berlin, Reichensberger Str. 176 wohnhaft gewesene Hausdiener Gustav Tauscher ist, der schon seit mehreren Tagen vermißt wurde. Aus welchem Grunde der junge Mann in den Tod gegangen ist, konnte noch nicht aufgeklärt werden. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle in Schildhorn geschafft.

Radrennen im Zoo. Das Programm am Sonntag, den 7. ds., war ein äußerst reichhaltiges und führte ein andererseits Feld von Fahrern an den Start. Zahlreiche ausländische Flieger und Steher traten unseren deutschen Fahrern gegenüber und es gab interessante sportliche Kämpfe. Nur die Dauerrennen lassen sich des beschränkten Raumes halber nicht in dem Maße ausführen, wie es auf den großen Bahnen angeht. Die Führung wurde von Straßenmotorrädern (Motofacade) gemacht, da die großen Motoren sich als unbrauchbar erwiesen. Es ergab sich nun, daß die Fahrer zeitweise schneller als ihre Motoren waren und leisteten sie in Spurtversuchen großartig. Besonders Darragon zeigte sich als Meister und errang im Endlauf die wohlverdiente Siegespalme. Es gab drei Räufe über 15 Kilometer. Im ersten Lauf standen sich Darragon, Stellbrink und Hall gegenüber. Letzterer spielte keine besondere Rolle, während sich die beiden anderen scharfe Kämpfe lieferten. Darragon läuft oft seinem Motor davon und hängt sich an Stellbrink an, so daß die beiden Schluhrunden ohne Führung in Spurt beendet werden und schlägt nun Stellbrink den Franzosen. Im zweiten Lauf zeigte sich Stellbrink gegenüber von Theise und Nyjer. Der Holländer sichert sich die Spitze, während Nyjer ständig von dem Berliner verfolgt wird. Bis zur Hälfte bleibt die Reihenfolge die gleiche, dann schwimmt Nyjer und Theise über. Endlauf. 1. Darragon 19 Min. 47 1/2 Sek., 2. Stellbrink, 3. Theise. Scharfe Kämpfe während des ganzen Verlaufes, Darragon zieht mächtig los und überbrundet seine Gegner; die Motoren sehen öfters aus, worunter der Franzose besonders zu leiden hat; er legt sich erst hinter Stellbrink, dann Stellbrink und gewinnt in schöner Weise. Die Fliegerrennen hatten starke Fahrer und zeitigten gute Resultate. Das Hauptfahren gewann H. Mayer vor Trend, Poulain und Scheuermann. Im 10 Kilometer-Rennen siegte Poulain, im zweiten Rennen Schmidgen, während das Tandemrennen an A. Peter vor Conrod-Wilhoff und Tadewald-Leamer fiel. — Die Rennen waren gut besucht. Einige Stürze verließen glimpflich; auch die am letzten Sonntag gefürchten Fahrer sind außer jeder Gefahr.

Feuerwehrrichtungen. In der letzten Nacht kam in der Kammerstraße 8 in einer Tischlerei auf dem Hofe Feuer aus, das erst bemerkt wurde, als Holzler und Vollen im zweiten Stock und Materialen usw. in einer Tapetierwerkstatt im dritten Stock brannten. Brandinspektor Neubner ließ wegen der großen Gefahr für die übrigen Betriebe sofort mehrere Schlauchleitungen vornehmen und kräftig Wasser geben. Dadurch gelang es, den Brand auf diese beiden Werkstätten zu beschränken. Die Entstehung ist auf einen Krodofen zurückzuführen. Elektrischer Kurzschluß entstand am Sonntagabend im Pletus Schumann beim letzten Bilde der dort aufgeführten Pantomime in einer Orkande. Das anwesende Publikum blieb ruhig. Die Gefahr wurde schnell von dem Posten der Feuerwehr beseitigt. Gestern früh entstand Feuer in einer Wuchsberei in der Wüllerstr. 150 C. Wäcker, der Fußboden und andere brannten. Brandmeister Steiner ließ unverzüglich mit

einer Dampfbrühe Wasser geben. Um 4 1/2 Uhr war die Gefahr beseitigt. Ferner wurde die Feuerwehr noch nach der Schlemmerstraße 10 und anderen Stellen alarmiert.

Am Sonntagmorgen wurde die Berliner Feuerwehr nicht weniger als viermal nach der Zwillingstr. 14 in Roabit alarmiert. Dort stand in dem Eckhaus an der Gopstowstraße ein Lagerraum mit Anstich- und anderen Sorten in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten schon den Fußboden, die Fenster, Türen, Schalbeden usw. im Erdgesch. und die Wohnung über dem Lageraum im ersten Stockwerk ergriffen, als die Feuerwehr erschien und mit mehreren Schlauchleitungen die Flammen an weiterer Ausdehnung verhinderte. Brandinspektor Julius ließ kräftig Wasser geben, durch Präsenzen den Rauch abziehen und die Hausbewohner beruhigen. Der Schaden ist nicht unerheblich, die Ursache des Brandes noch nicht ermittelt und für Bewachung der Brandstelle gesorgt. Vorher wurde die Feuerwehr gleichzeitig nach der Wilsnader Straße 20, Reindendorfer, Ecke Rabenstraße, Weisstraße 58 und Hionofstraße 57 gerufen, wo kleinere Wohnungsbrände, Schornsteinbrände usw. ausgenommen waren. Böttchlerweise wurde der 15. Zug nach der Wilsnader Straße alarmiert. Der Täter ist entkommen. In der Ritterstraße 92 brannte eine Balkenlagerdecke unter einer Betondecke und Brandenburgstraße 7 das Zwischengehäll. Der 5. Zug wurde nach der Reuen Jakobstraße 8 beordert, wo Schmieröl u. a. brannte. Weitere Feuermeldungen liefen aus der Choriner Straße 17 (Kohlen), Kommandantenstraße 84 (Betten usw.), Hunderfuststraße 4a, Schützenstraße, Michaelstraße u. a. Orten ein.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Das neue Steuerprojekt.

Der Magistrat von Rigdorf gibt sich die redlichste Mühe, sein Ansehen bei den Wählerkreisen zu erhalten. Das hat schon die Tatsache bewiesen, daß über die wegen des Wahlrechtsabstrahes stattgehabten „Erhebungen“ der Öffentlichkeit nichts bekannt gegeben wurde, das beweist auch jetzt wieder die Haltung desselben bei der von ihm beschlossenen sogenannten „Steuerreform“.

Bereits am 17. Februar legte der Magistrat einer gemeinsamen Sitzung der Finanz- und Rassen-Deputation und des Rechnungsausschusses einen Wunschzettel vor, nach welchem die Umsatzsteuer, die Grund-, Bier-, die Lustbarkeits- und die Hundesteuer nach oben „reformiert“ werden sollten. Durch diese Erhöhungen sollten insgesamt 460 000 Mark Mehreinnahmen erzielt werden. Außerdem wurde Neueinführung einer Wertzuwachssteuer, sowie einer Schankkonzessionssteuer in Vorschlag gebracht, deren Ertrag zusammen auf 190 000 Mark veranschlagt war. Der Magistrat erklärte, daß er nicht unter allen Umständen an den in Vorschlag gebrachten Steuern festhalte, vielmehr das ganze Bulet nur vorlege, um die Meinung der Parteien lernen zu lassen. Durch einen Vertreter unserer Partei wurde die Erklärung abgegeben, daß die Sozialdemokratie die Schankkonzessionssteuer ablehnen werde und nur für Einführung der Wertzuwachssteuer zu haben sei. Diese Erklärung hat dem Magistrat genügt, um in recht bequemer Weise einer weiteren Sitzung der genannten Körperschaften einen Steuerplan vorzulegen, in welchem die Wertzuwachssteuer fallen gelassen ist und die Einführung der Schankkonzessionssteuer verlangt wird.

Da die in Vorschlag gebrachte Steuerordnung ganz kolossale Abgaben in Aussicht stellt, lassen wir im Interesse der beteiligten Kreise die hauptsächlichsten Paragraphen hier folgen. Sie lauten:

§ 1. Die Erlangung der Erlaubnis zum ständigen Betriebe einer Gastwirtschaft, einer Schankwirtschaft, eines Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus unterliegt nach näherer Vorschrift der §§ 2 und 3 dieser Steuer. Für die Steuer haftet derjenige, welchem die Erlaubnis erteilt ist.

§ 2. Die Steuer beträgt:

1. Im Falle der Erlaubnis zum Betriebe einer bestehenden Wirtschaft oder eines bestehenden Kleinhandels durch einen anderen Gewerbetreibenden, wenn der Gewerbebetrieb a) wegen des geringen Ertrages und Kapitals von der Gewerbesteuer frei ist 150 Mark, b) in der IV. Gewerbesteuerklasse veranlagt ist 250 Mark, c) in der III. Gewerbesteuerklasse veranlagt ist 400 Mark, d) in der II. Gewerbesteuerklasse veranlagt ist 600 Mark, e) in der I. Gewerbesteuerklasse veranlagt ist 800 Mark.

3. Im Falle der Erlaubnis zum Betriebe einer neuen Wirtschaft oder eines neuen Kleinhandels das Doppelte der zu 1. vorgezeichneten Steuerhöhen. Falls dem Vertreter einer juristischen Person, einer Handels- oder Erwerbsgesellschaft die Erlaubnis für einen Betrieb dieser juristischen Person oder Gesellschaft erteilt wird, erfolgt die Berechnung des Steuerbetrages nach der Gewerbesteuerveranlagung der letzteren.

§ 6. Die Veranlagung der Steuer erfolgt durch den Magistrat, dem hierbei die in § 68 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 geregelten Befugnisse zustehen. Ueber die Veranlagung ist dem Steuerpflichtigen ein Bescheid anzustellen. Die Steuer ist innerhalb zwei Wochen an die Stadthauptkasse zu entrichten. Nach vergeblicher Aufforderung zur Zahlung erfolgt die Einziehung der Steuer im Verwaltungsverwaltungsverfahren. Die Steuer ist im Betrage von 150 Mark auch schon vor der Veranlagung bei Erteilung der Betriebserlaubnis fällig. Dieser gezahlte Betrag kommt bei der endgültigen Veranlagung in Anrechnung.

§ 8. Wer eine ihm nach § 6 obliegende Auskunftsspflicht verletzt, wird, insofern nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verhängt ist, mit einer Geldstrafe bis zur Höhe von 30 Mark bestraft.

Hiernach sollen also schon Geschäfte, die nicht gewerbesteuerpflichtig sind, weil sie nicht einmal einen Ertrag von 1500 Mark jährlich abwerfen, bei Neueröffnung mit 300 Mark besteuert werden.

Außerdem sind bereits Erklärungen abgegeben, daß auch alle die Geschäftsinhaber, welche Kognal oder Liköre in ganzen Flaschen verkaufen, wie z. B. Kaufleute, Delikatwarenhändler, Droghandhaber, sofern sie für ihr Geschäft einer Konzession bedürfen, zu dieser Steuer herangezogen werden sollen. Diese Steuer wird in den sogenannten Mittelstandskreisen wenig Freude hervorrufen, sie wird vielmehr, wenn sie angenommen wird, grüßlich unter den kleinen Geschäftskleuten anfräumen, und das alles nur, um die reichen Leute mit der Wertzuwachssteuer zu veröhnen.

Charlottenburg.

Die Generalversammlung des Wahlvereins, die am Dienstag im Volkshaus stattfand und leider sehr schlecht besucht war, ehrte zunächst das Andenken der verstorbenen Genossen Linde und Kofete in der üblichen Weise. Sodann wurde die Aufnahme einer großen Anzahl neuer Mitglieder vorgenommen. Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Wiltz, Müller, Gedrke, Habicht, Reinsch, Jefeld und die Genossin Biedte, zur Generalversammlung von Groß-Berlin die Gruppenführer (außer den Genossen Müller und Kretz) und die Genossen Gerlach, Schiemann, Habicht, Reinsch, Wiltz und Kretz gewählt. Gen. Jefeld machte dann auf den Entwurf betreffend Veränderung des Parteiprogramms aufmerksam und gab anheim, über diesen Entwurf, der sehr einschneidende Änderungen mit sich bringe, am nächsten Tagabend zu diskutieren. Hierauf hielt Genosse Dr. Bruno Vorkardt einen Vortrag über: „Der städtische Etat und die Arbeitslosenfrage“. Mit Rücksicht darauf, daß wir über die Materie bereits berichtet haben, versagen wir es uns, die trefflichen Ausführungen des Redners wiederzugeben. In der Diskussion macht Genosse Gebert noch weitere Ausführungen im Sinne des Referenten; er betonte zum Schluß, daß alles getan werden müsse, um bei den Stadtverordnetenwahlen wenigstens in der dritten Abteilung sämtliche Plätze mit Sozialdemokraten zu besetzen. Genosse Lehmann berührt dann die Frage der Errichtung eines Gemeindefriedhofes, worauf Genosse Jefeld mitteilte, daß die Stadt dieser Frage durchaus nicht ablehnend gegenüberstehe, daß aber — und das kennzeichnend wieder unsere sogenannte Selbstverwaltung — in dieser Sache nichts getan werden kann, solange die Genehmigung des Regierungspräsidenten aussteht.

Genosse Gebert führte im weiteren Verlauf der Versammlung Klage über nicht genügende Berichterstattung im „Vorwärts“. Nach einer längeren Diskussion, an der sich die Genossen Schiemann, Udo, Habicht und Jefeld beteiligten, wurde beschloffen: Den Vorstand zu beauftragen, wegen Schaffung besserer Presseverhältnisse für Charlottenburg weitere Schritte zu unternehmen. — Zum Schluß befaßte sich die Versammlung mit der Panfower Angelegenheit und mit der Frage, ob ein Kreiswahlverein einen Ortswahlverein auflösen könne.

Schöneberg.

Der Wohlfahrtsrat ist nunmehr glücklich unter Dach und Fach. Er schließt ab mit einer Einnahme von 8820 Mark und einer Ausgabe von 154 138 Mark, so daß ein Überschuss von rund 145 318 Mark erforderlich ist. Da von dieser Summe den Bestehenden nichts zugute kommt, so versuchen sie nach Möglichkeit die Beträge herabzusetzen. Für Wohlfahrtsvereinstellungen werden 21 000 Mark verausgabt, darunter befinden sich der Arbeiter-Samariterverein wiederum mit 100 Mark. Von den Liberalen wurde versucht, für die hiesige Sanitätskolonne einen höheren Betrag zu erreichen, aber aus Vergeßnis darum, daß dann auch dem Arbeiterverein ein solcher gewährt werden müßte, lehnten dieselben Herrn den Antrag ab. Dagegen wurde der Betrag für die von den Arbeiterfrauen geleitete Ferienkolonne von 800 auf 1000 Mark erhöht. Die Zahl für Jahr nach „Hoffmannsthal“ wandernde Summe von 800 Mark ist auch diesmal wieder bewilligt worden. Es ist dies um so bedauerlicher, als diese Summe für die am Orte befindlichen Arbeitslosen besser verwendet würde. Für die Bekämpfung der Tuberkulose werden insgesamt 44 000 Mark aufgewendet. Die Lungentranken erhalten durch Vermittlung der hiesigen Fürsorgestelle für Tuberkulose geeignete Anstaltsbehandlung. Diese Leistungen gelten nicht als Armenunterstützung, sie ziehen also einen Verlust des Bürgerrechts nicht nach sich. In dieser Summe mit einbezogen sind 15 000 Mark für die innere Einrichtung des zweiten Pavillons in Sternberg für weitere 28 Krankenbetten. Dieser Abteilung werden Männer zugewiesen werden, während für Frauen bereits 85 Betten vorhanden sind. Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit erfordert 10 870 Mark. Obwohl diese Fürsorgestelle, die in demselben Hause, Ebersstraße 2, liegt, in sehr großem Umfange in Anspruch genommen wird und nur hiesigen unbedeutenden Familien zugute kommt, scheint dieselbe in weiteren Arbeiterkreisen noch völlig unbekannt zu sein.

Für Unterbringung von Kindern in Ferienkolonien sind 60 000 Mark eingelegt. 600 Schulkinder sollen während der Sommermonate in Eckamp untergebracht werden, davon etwa 60 Kinder Tag und Nacht. Die Dauer der jedesmaligen Unterbringung beträgt 1 Monat. In Goldixum auf Höhe, dem städtischen Kindererholungsheim, das im Juni voraussichtlich eröffnet wird, sollen 310 Kinder für 23 940 Mark verpflegt werden. Damit fallen die Ausgaben für sonstige Kolonien wie Elmen, Langheim fort.

Groß-Lichterfelde.

Die Exhumierung einer Leiche hat auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft des Landgerichts II hier stattgefunden. Im November vorigen Jahres wurde der Arbeiter Kofewski von einem Zuge der elektrischen Bahn Berlin-Groß-Lichterfelde überfahren und getötet. Obwohl die damalige Untersuchung mit ziemlicher Sicherheit das Vorkommen eines Unfalles ergab, knüpften sich doch nachträglich an den Vorfall Gerüchte von einem Mord, die sich immer mehr gegen eine bestimmte Person verdichteten und schließlich zu einer Anzeige gegen einen in Groß-Lichterfelde wohnenden ehemaligen Arbeitlosen des Verstorbenen führten. Obgleich die seitens der Polizei und der Staatsanwaltschaft angestellten Nachforschungen ein positives Resultat nicht ergaben, wurde die Ausgrabung der Leiche angeordnet. Die an demselben Tage vorgenommene Leichenschau war schon deswegen ergebnislos, weil bei dem weit vorgezeichneten Verwelbungsprozeß die Todesursache nicht mehr festzustellen war. Die Zeugenaussagen haben keinerlei Veranlassung zur Festnahme des Verdächtigten ergeben, vielmehr ist die Untersuchung jetzt niedergelegt worden.

Treptow-Dammshulenberg.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins, Ortsteil Treptow, in welcher Reichstagsabgeordneter Koske über „Früchte der Demokratie“ sprechen sollte, mußte das Referat ausfallen, da dem Referenten die Versammlung zu schwach besucht war. Die Versammlung sprach dem Genossen Koske ihre Mißbilligung dafür aus.

Zur Kaiserfeier wurden einige Mitteilungen gemacht. — Hierauf berichtete Gromenz über Gemeindeangelegenheiten. Derselbe gab einen übersichtlichen Bericht über die wichtigsten in der letzten Zeit sich abgespielten Ereignisse in Gemeinde und Gemeindevertretung. Die Diskussion über diesen Punkt war sehr lebhaft. — Unter Vereinsangelegenheiten konnte der Kassierer eine stattliche Anzahl Neuaufnahmen und Uebertritte zur Kenntnis der Versammlung bringen.

Johannisthal.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung fand der Voranschlag für das Jahr 1908 zur Beratung. Der Etat sieht in Einnahme und Ausgabe 188 800 Mark gegen das Vorjahr 172 000 Mark vor. An Gemeindevorsteuereinnahmen werden wie im Vorjahre 150 Proz. Zuschlag von der Staatssteuer erhoben. Die Gewerbesteuer beträgt für die Klassen I und II 200 Proz., für die Klassen III und IV 100 Proz. der staatlich veranlagten Beträge. An Grund- und Gebäudesteuer werden 3,5 vom Tausend des gemeinen Wertes erhoben. Die Summe der direkten Steuern beträgt nach dem Steuerfoll 116 740 Mark. Die indirekten Steuern belaufen sich für Umsatzsteuer, Lustbarkeitssteuer, Hundesteuer, Biersteuer auf 13 120 Mark. Die Ausgaben und Einnahmen für die Kanalisation betragen 18 306 Mark. Die Ausgaben für Schulzwecke belaufen sich auf 48 692 Mark. Die Gehälter für elf Lehrer, drei Lehrerinnen und einen Schulleiter sind mit 29 085 Mark angesetzt. Zur Schulunterhaltung wird vom Staate ein Zuschuß von 7700 Mark geleistet. Für Besoldung des Schulorgans sieht der Etat 500 Mark vor, für Lieferung freier Lehrmittel an unbemittelte Kinder 200 Mark, für Badezwecke und Schwinnumunterricht 150 Mark. Die allgemeine Verwaltung weist eine Ausgabe von 30 962 Mark auf, der eine Einnahme von 11 890 Mark gegenübersteht. An Gehalt wird gezahlt: an den Gemeindevorsteher 3550 Mark, an vier mittlere Beamte 8500 Mark, an zwei Unterbeamte 8000 Mark, an fünf weitere Hilfspersonen 2500 Mark. Die Gesamtschuldenlast der Gemeinde beträgt 570 000 Mark. Zur Deckung der Armenunterstützung sind 3100 Mark vorgesehen. Bei dem Titel Besoldung des Schulorgans kam es zu einer heftigen Debatte. Die Finanzkommission hatte beantragt, anstatt 500 Mark 375 Mark für den Etat aufzunehmen. Herr v. Trüßler hatte es übernommen, den Antrag der Finanzkommission gegen die Ausführungen unserer Genossen zu verteidigen und kam dabei, wie schon oft, zu den abgedroschenen Angriffen auf die Partei. Kritisiert wurde er von unseren Genossen gebührend abgeführt. Allgemein wurde Klage geführt über den Omnibusverkehr, besonders über die mangelhafte Verpflegung, Unpünktlichkeit und Unsauberkeit der Wagen. Es wurde beschloffen, eine Neuausschreibung des Fuhrwesens zu veranstalten und den Omnibusverkehr bis zum Hauptbahnhof Nieder-Schöneweide zu verlängern. Da die freiwilligen Beiträge zur Deckung der Kosten des Feuerlöschwesens immer geringer werden, soll hierfür durchschnittlich von jedem Grundstück ein Beitrag von 6 Mark, der nach der Größe des Grundstücks prozentual berechnet werden soll, erhoben werden.

Sichtalwe.

Heute nachmittag von 4—6 Uhr findet die Gemeindevertreterwahl für die dritte Abteilung statt.

Die bürgerlichen Parteien, der hiesige Grundbesitzerverein und der neu gegründete „Verein Sichtalwe“ betreiben eine intensive Agitation. Für letzteren trugen fogar Schulkinder Flugblätter aus und besetzten Häuser, Bäume und Säulen mit denselben. Der Grundbesitzerverein arbeitet mehr im stillen.

Von unserer Seite kandidieren in der dritten Abteilung der Genosse Hugo Altrix und in der zweiten Abteilung Genosse Paul Seifert.

Genossen! Bei der vorigen Wahl unterlagen wir nur mit wenigen Stimmen. Wenn diesmal jeder seine Schuldigkeit tut, seine Bekannten, Freunde und Nachbarn auftritt und sie veranlaßt, zur Wahl zu gehen, muß der Sieg unser sein. Gerade die ungünstige Wahlzeit, von 4-6 Uhr nachmittags, die absichtlich dazu gewählt ist, die Arbeiter von der Wahl fernzuhalten, muß jeden veranlassen, nun erst recht sein Wahlrecht auszuüben. Vorwärts, auf zur Wahl!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Ab-Ostienke.

Auf zur Gemeindevahl! Wähler der dritten Abteilung! Heute, Dienstag, den 9. März, abends von 6-8 Uhr, findet in unserem Orte die Wahl der Gemeindevorsteher statt. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, dem Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, dem Lagerhalter Max Wintelmann seine Stimme zu geben, da nur er unsere Interessen im Gemeindeparkament vertritt. Die Wahl findet im Lokal des Gastwirts Fröhlich statt. Da von gegnerischer Seite auch Kandidaten aufgestellt sind, so ist es notwendig, daß auch der letzte Wähler an den Wahltag gebracht wird.

Nowatowes.

Die Gemeindevorsteherwahlen der dritten Abteilung nehmen nun doch einen recht interessanten Verlauf dadurch, daß auch die Bürgerlichen noch in allerletzter Stunde Kandidaten aufgestellt haben, und zwar sind es Proviandantassistent a. D. Carpus, Aufseher Hermann Hiemele und Eisenbahnbureauassistent Gutisch, welche den Drachen Sozialdemokratie niederringen sollen. Die Vorgänge, welche bei dieser Kandidatenaufstellung mitgewirkt haben, werfen ein so interessantes Licht auf unsere bürgerlichen Vereine, daß wir dieselben zur Erweiterung unserer Genossen mitteilen wollen. Bekanntlich hatte der bürgerliche Wahlausschuß beschlossen, gegen die Bestimmung der „Deutschen Festfälle“ als Wahllokal Protest beim Bürgermeister zu erheben. Die Kommission, welche hierfür beim Bürgermeister vorstellig wurde und aus den Herren Rentier Weber, Buchhalter Duappe und Postassistent Köhler bestand, begründete ihren Antrag auf Verlegung des Wahllokals damit, daß die „Festfälle“ ein sozialdemokratisches Lokal seien und die bürgerlichen Wähler bei der Wahl vor zwei Jahren von den Sozialdemokraten angepöbelt und teilweise an der Ausübung ihres Wahlrechts gehindert worden seien. Diese Behauptung ist selbstverständlich eine Unwahrheit, was auch dem Bürgermeister, der ja die Wahl selbst leitete, bekannt ist, und so lehnte er den Antrag des bürgerlichen Wahlausschusses ab. Hierüber geriet der Ordnungsrat natürlich in helle Empörung, und man beriet, ob man nicht die bürgerlichen Wähler durch Plakate auffordern solle, gegen die Handlungsweise des Bürgermeisters dadurch zu protestieren, daß sie sich überhaupt nicht an der Wahl zur dritten Abteilung beteiligen. Dieser Antrag wurde aber von den Vertretern der Lehrerschaft und des Beamtenvereins bekämpft, welche erklärten, daß sie eine solche Aufforderung nicht unterschreiben würden, sobald der Antrag schließlich fallen gelassen, dagegen beschlossen wurde, beim Landrat Beschwerde gegen die Festlegung der „Festfälle“ als Wahllokal zu erheben. In einer am Freitag stattgefundenen Sitzung des bürgerlichen Wahlausschusses kamen nochmal die Wahlen zur 3. Abteilung zur Sprache und wurde nunmehr entgegen der früheren Absicht beschlossen, sich mit eigenen Kandidaten an dieser Wahl zu beteiligen. Die Kandidaten wurden auch gleich nominiert, ohne daß man die Mitglieder der dabei in Betracht kommenden Vereine gefragt hat. Die Beschwerden der Bürgerlichen gegen den Bürgermeister, daß er das Veramtlungskol der sozialdemokratischen Wahlvereine als Wahllokal bestimmt hat, soll erst nach den Wahlen an den Landrat abgehandelt werden. Wir glauben nicht, daß die Herren dabei auf ihre Rechnung kommen werden, denn von unseren Genossen wird natürlich alles vermieden werden, was den Gang des Wahlganges stören könnte. Interessanter wird es unsere Genossen, welche Organisationen an dieser Ordnungsratsaktion beteiligt sind; es wirken dabei mit der liberalen Verein, der Gemeindeverein, der Haus- und Grundbesitzerverein, der Arbeiterverein, der Beamtenverein, der Lehrerverein und der evangelische Arbeiterverein. Wenn auch die bürgerlichen trotz aller Anstrengungen mit ihrer Stimmenzahl hinter der sozialdemokratischen zurückbleiben werden, so ist es doch angebracht der ganzen Sache die Pflicht unserer Genossen, alles daran zu setzen, um unseren mit fleißigen und unmoralischen Mitteln arbeitenden Gegnern eine vernichtende Niederlage zu bereiten. Versäume daher keiner der Wähler, deren Namen die Anfangsbuchstaben M bis Z tragen, am heutigen Tage zur Wahl zu gehen und seine Stimme unseren Kandidaten zu geben.

Spandan.

Eine Sanitätswache ist am gestrigen Montag in der Haupt-Polizeiwache eröffnet worden. Der Heilgehilfe wird von abends 7 bis morgens 7 Uhr dort anwesend sein und in dringenden Fällen Rotverläufe anlegen und sonstige ärztliche Hilfsleistungen verrichten. In kürzester Zeit wird auch eine solche Sanitätswache im Krankenhaus eröffnet werden. Hier steht dann außer dem Heilgehilfen auch noch der diensthabende Assistenzarzt zur Verfügung.

Eine Wasch- und Schleifgesellschaft beginnt am 1. April cr. auch hier ihre Tätigkeit. Sie ist nach Berliner Muster eingerichtet.

Gerichts-Zeitung.

Ein umfangreicher Betrugsprozess

gegen den früheren Beamten der Hamburg-Amerika-Linie Böhlsdorff, der, wie mitgeteilt, kürzlich in Untersuchungshaft genommen worden ist, wird demnächst die Strafammer des Landgerichts I beschäftigen. Böhlsdorff, gegen den nunmehr die Anklage wegen Unterschlagung und Betruges erhoben ist, wird beschuldigt, sich Lieberfahrtsbillets angeeignet und diese dann zu seinem Nutzen verwendet zu haben. Diese Veruntreuungen soll B. dann durch sehr geschickt ausgeführte Fälschungen in den Büchern verdeckt haben. Um dies festzustellen, mußten die sämtlichen Geschäftsbücher der Hamburg-Amerika-Linie einer sehr schwierigen und

gekrautenden Prüfung durch einen Bücherrevisor unterzogen werden, die erst jetzt beendet ist. Ein mit Rücksicht auf den sehr ungünstigen Gesundheitszustand des Angeklagten von seinem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schwindt gestellter Antrag auf Haftentlassung ist mit Rücksicht auf die Schwere der zur Anklage stehenden Straftaten gefehert vom Gericht abgelehnt worden. Die Verhandlung, welche einen sehr großen Umfang nehmen wird, dürfte noch Ende dieses Monats stattfinden.

„Von“.

Herr v. Ostrowski war angeklagt worden, weil er sich ohne landesherrliche Genehmigung den Namen v. Ostrowski-Corap beigelegt und sich dessen bedient habe, ohne dazu berechtigt zu sein. Er dürfe sich nur v. Ostrowski nennen. Der Angeklagte wurde auch nach einer Beweiserhebung vom Landgericht Berlin zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Gericht ging in der Hauptsache davon aus, daß der Taufschein ein namengebender Akt sei und daß Angeklagter sich des Rufes Corap, den allerdings verschiedene seiner Vorfahren benutzten, nicht hätte bedienen dürfen, weil sein Taufschein nur den Namen v. Ostrowski aufführt. Das Kammergericht hob vor kurzem das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht mit folgender Begründung zurück: Das Landgericht habe die Beweislast verkannt. Es nehme an, der Angeklagte müsse beweisen, daß er das Recht habe, den Namen v. Ostrowski-Corap zu führen. Das sei falsch. Es müsse vielmehr ihm bewiesen werden, daß er das Recht nicht habe, und dabei müsse zurückgegangen werden auf das Jahr 1816, wo die Kabinetsorder erlassen wurde, welche die Vorgängerin der Kabinetsorder vom 15. April 1822 ist, wonach zur Änderung des Namens die landesherrliche Genehmigung erforderlich sei. Es müsse festgestellt werden, wie damals der Familiennamen lautete. Das sei maßgebend. Weiter müsse festgestellt werden, daß Angeklagter gewußt habe, daß der Name nicht führen dürfe, vorausgesetzt natürlich, daß der Name v. Ostrowski-Corap als nicht richtig festgestellt werde. Der dolus eventualis würde genügen.

Wegen der drei Buchstaben werden eine Unzahl Richter, Polizei- und Staatsanwaltschaften in Bewegung gesetzt. Herrscht denn bei den Herren Arbeitslosigkeit?

Anklage wegen Mordes.

Gegen den in hiesigen Kreisläufkreisen bekannten Radrennfahrer Josef Dreuer, dessen Verhaftung seinerzeit großes Aufsehen erregte, ist nunmehr die Anklage wegen Mordes erhoben worden. Mitte Oktober v. J. wurde der Mühlendörfener Mathonet aus St. Vith in der Eifel auf einer Chaussee in der Nähe von Gerolstein als Leiche aufgefunden. Mathonet galt als Millionär. Er hatte ansehend mit Dreuer, der ein sehr ausschweifendes Leben führte und riesige Summen verschwendete, unlautere Beziehungen unterhalten und diesem ungeheure Summen geopfert, ohne damit den entsprechenden Nutzen derselben entgegen zu können. Dreuer verschwand, wenn er Geld brauchte, wiederholt auf einige Tage aus Berlin und befand sich dann bei seiner Rückkehr nach Berlin immer im Besitze ganz bedeutender Geldmittel, mit denen er nicht hauswirtschaftlich umging. Am 14. Oktober traf er in Vith ein, nachdem er auf telegraphischem Wege ein Stelldichein mit Mathonet außerhalb des Ortes verabredet hatte. Bald nachdem sich die beiden Männer dort getroffen hatten, erdröhte ein Schuß und die durch den Knall aufmerksam gewordenen Landarbeiter, die nicht weit davon beschäftigt waren, sahen Mathonet zusammensinken, während sich Dreuer rasch zu entfernen versuchte. Die herbeieilenden Arbeiter nahmen ihn jedoch fest. Dreuer hat bisher immer behauptet, daß sich Mathonet selbst erschossen habe, die Staatsanwaltschaft steht auf einem anderen Standpunkte und hat, wie gesagt, die Anklage wegen Mordes erhoben. Die Sache wird vor dem Schwurgericht Trier zur Verhandlung kommen und die dortigen Geschworenen werden die Frage zu entscheiden haben, ob der Erschossene aus Verzweiflung über endlose Erpressungen die Waffe gegen sich selbst gerichtet hat, oder das Opfer eines mörderischen Anschlages seitens des Dreuer geworden ist.

Unschuldig verurteilt.

Am 3. Juli teilten wir mit, daß Prof. Dr. Zief von der philosophischen Fakultät wegen angeblicher Erregung öffentlichen Aergernisses zu 600 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Das Reichsgericht hob dies Urteil auf. In der erneuten Verhandlung, die erst in später Abendstunde am Sonnabend endete, wurde auf Grund einer ausgedehnten Beweisaufnahme vom Gericht festgestellt, daß der Angeklagte als Täter überhaupt nicht in Frage kommen könnte, da er sein Alibi für die fragliche Zeit durchaus einwandfrei nachgewiesen habe. Es handele sich, wie der Vorsitzende ausführte, um eine Personenverwechslung durch die Zeuginnen, so daß Prof. Z. als völlig unschuldig aus der Verhandlung hervorgehe. Das Urteil lautete demgemäß auf Freisprechung. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Dätte nicht ein Formfehler zur Aufhebung des ersten Urteils geführt, so wäre der Professor das Opfer einer Personenverwechslung geblieben.

Vermischtes.

Von Lawinen verschüttet.

Wie aus St. Johann im Pongau gemeldet wird, ist im Anlauf-tale eine Arbeiterbaracke mit 30 bis 40 Mann von einer Lawine verschüttet worden. Bis vorgestern vormittag 10 Uhr waren sechs Leichen und elf Schwerverletzte ausgegraben. Einer Meldung aus Wölstein zufolge wurden bis 6 Uhr abends 15 tot und 13 lebend zutage gefördert. Zwölf Arbeiter werden noch vermisst. Vom gestrigen Tage wird hierzu noch aus Salzburg berichtet. Heute vormittag waren schon 18 Tote geborgen. Es wurden bei Niedergang der Lawinen zwei Kochhöfen weggerissen, in welchen die Arbeiter um die Zeit des Unglücks gerade zum Frühstück versammelt waren. Im ganzen sind 35 Arbeiter verschüttet worden. Die Lawine ging aus einer Höhe von etwa 700 Meter nieder.

Beim Rodeln verunglückt.

Auf der stark vereisten Rodelbahn Hohewurzel-Rorschand bei der Station Clausthal fuhr, wie aus Wiesbaden berichtet wird, gestern nachmittag ein mit sechs Personen besetzter

Schlitten mit voller Wucht gegen eine Telegraphenstange. Alle sechs Personen wurden heruntergeschleudert. Ein achtzehnjähriges Fräulein Reeb brach das Genick und erlitt außerdem sehr schwere Verletzungen. Sie starb nach wenigen Minuten. Ein Handlungsgehilfe erlitt schwere Verletzungen am Kopf und am Unterleib; sein Zustand ist sehr bedenklich. Außerdem wurden noch ein junger Kaufmann schwer und zwei andere Personen leicht verletzt. Alle Verunglückten sind aus Wiesbaden.

Eine Telephonzentrale vom Feuer zerstört. Nach einer Meldung aus Turin ist die städtische Telephonzentrale von einer Feuersbrunst zerstört worden. Der Brand ist wahrscheinlich dadurch verursacht, daß infolge des Schneewetters einige Telephondrähte auf andere Telephondrähte herabfielen. Der Kundendienst ist nicht gestört, an der Wiederherstellung des Städtischen wird gearbeitet. Die Kunden sind geborgen. Der Generaldirektor des Telephondienstes kommt aus Rom hierher.

Unter Schneemassen den Tod gefunden. Wie aus Bogen gemeldet wird, zerstörten große Schneefälle in Cadore die Straßen und drückten die Dächer einiger Häuser in Prosenico ein. Sieben Personen wurden getötet. Eine Militärabteilung ist abgeschnitten. Aller Postverkehr ist unterbrochen.

Eingegangene Druckschriften.

Nummer 6 des „Zübdeutschen Postillon“ (Märznummer) ist soeben erschienen. Vier Vollbilder schmücken diese Nummer. Die Darstellung der jeweils Konzeptionellen durch ihre Glaubensgenossen; Olympische Spiele im Brunnenbad; Im Atelier-Morgenbesuch; Der Herr Beleger am Abend, außerdem eine ausländische Satire: Zur Buchdrucker-Ausstellung in Holland. Textlich heben wir hervor: Gesang (Zeitgedicht), Märchen, 100 Millarden, das Fortemonnaie der Besigenden, Junter-Lattit, Was in der Welt vorgeht, Nieder mit der Nachschleuder, Die schöne Helena, Reform des preussischen Wahlrechts in Sicht, Karawische Blüten, Ostelbien. Singers volkstümliche Bildererz. Bd. 1. Wäse Mitteleuropas von H. Döwals u. H. Wäcker. 2.00 M. — Bd. 2. Untere gefiederter Freuden aus Bad und Bier von E. Reumann u. D. M. Kirck. 1.00 M. — Bd. 3. Heilpflanzen von E. Müller u. Heimrichs. 2.00 M. — Bd. 4. Heimische Pflanzenwelt von H. Döwals u. H. Wäcker. — Bd. 5. Singers Taschenatlas. 1.00 M. — Bd. 6. Entstehung der Arten von E. Darwin. 1.00 M. — Bd. 7. Abstammung des Menschen. Derselbe. 1.00 M. — Bd. 8. Entwicklungslehre im 19. Jahrhundert von W. Bölsche. 2.00 M. J. Singer, Charlottenburg, Krumme Str. 60.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift An der Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, der Treppen, 1. Fahrstuhl, 1. Stockwerk, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Öffnung 7 Uhr. Sonntags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Hilferfragen trägt man in der Zeitschrift vor. S. Z. 27. 1. Nicht an Vereine, sondern an einen Patentanwalt, deren Adressen Sie im Adressbuch finden. 2. Klein-Kammern, Dorf bei Landsberg an der Warthe. Eisenbahnstation an der Linie Berlin-Schneidemühl. Sächsischer Bahnhof. — Nr. 3. A. 100. 1. Nicht Quasidaten. Spezialarzt für Hautkrankheiten. Königlich-Preuss. 2. In erster Reihe ist das Statut maßgebend, sonst werden beide Arten beibehalten. — Automob. 33. Die Sektion der Kraftfahrzeugführer, Mitgliedschaft des Handels- und Transportarbeiterverbandes, wird Ihnen vielleicht die besten Fragen beantworten können. Sonst eine Fachzeitung. — O. S. 86. „Berliner Arbeiter-Zeitung“ Düsseldorf. Bestellung bei der Post. — Nr. 4. 1. Die nicht dem Fideikommiss (unveräußerliche Verfassungen) vorbehaltenen Güter. 2. Des Jahrhunderts. — Südwestafrika. Warum denn den Unweg und Zeitverlust. — Zwei Streitende. Die Herren sind ja Mitglieder der Gärten, haben also auch Stimmrecht. — W. W. 90. 1. Rein. 2. Ja.

Antlicher Marktbericht der städtischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Preis: Futur stark, Geschäft reger, Preise für Hammelfleisch nachgebend, sonst unverändert. Bild: Futur knapp, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geschäft: Futur mäßig, Geschäft lebhaft, Preise beschleunigend. Fische: Futur gering, Geschäft ziemlich reger, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Futur höher, Geschäft ruhig, Preise für Butter nachgebend. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Futur gemäßig, Geschäft ruhig, Preise fest.

Witterungsübersicht vom 8. März 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Schwetende	759 D		4 heftig	-4		Daparunda	771 S		6 Schnee	-5	
Hamburg	756 DSD		3 bedeckt	-3		Petersburg	773 DSD		3 bedeckt	-6	
Berlin	756 DSD		4 heftig	-5		Essly	764 DSD		4 Regen	5	
Kranz a. M.	751 SD		4 bedeckt	-2		Aberdeen	752 SD		1 bedeckt	-0	
München	749 SD		2 mäßig	-2							
Wien	758 SD		3 mäßig	-2							

Wetterprognose für Dienstag, den 9. März 1909.

Wieslach heiter bei felschen nordöstlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge; nachts ziemlich strenger Frost, am Freitag Tauwetter. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 7. 3.		Wasserstand	am 8. 3.	
	7. 3.	6. 3.		7. 3.	6. 3.
Remel, Mühl	162 ²	+1	Saale, Großh.	86	-2
Uregel, Zusterburg	—5 ²	-2	Havel, Spandau	65	-2
Weißel, Thorn	70 ²	+4	Kathenow	120	+2
Oder, Ratibor	124 ⁴	-24	Spree, Spremberg	—	—
Krosen	124 ⁴	0	Beckow	96	0
Frankfurt	192	+1	Beier, Rindem	—82	-6
Wartze, Schrimm	60 ²	+2	Rindem	—5	0
Landsberg	46 ²	-5	Hain, Maximiliansau	281	—
Rege, Borsdamm	4 ²	+2	Kraus	80	0
Eide, Leitmeritz	-60	-2	Köln	60	+5
Dresden	-190 ²	-6	Kedat, Deilbrom	31	-2
Barba	64 ²	-3	Rain, Berthelm	117	-3
Ragdeburg	60 ²	0	Rosel, Trier	35	0

*) + bedeutet Hoch. — Null. — *) Unterpegel. — *) Abstand. *) Grundwasser. — *) Schwaches Treibeis.



Sunlicht Seife

Ist für die Instandhaltung der Wäsche unserer Kleinen wie keine andere geeignet. Sie verleiht ihr köstliche Frische und Reinheit im Gegensatz zu schlechten Seifen, die in den Wäschestücken ätzende und die Haut reizende Bestandteile zurücklassen. Die Behaglichkeit der jungen Weltbürger wird daher durch Sunlicht Seife gefördert!



